

Wohin treibt der Kapitalismus?

Chris Harman



Internationale Sozialisten

Einleitung

Zu Beginn der 90er Jahre erlebte die Welt ihre dritte schwere Wirtschaftskrise innerhalb von 18 Jahren. Was zunächst als Stockung in den Wachstumsraten der englischsprachigen Länder begonnen hatte, erfaßte bereits zwei Jahre später, Ende 1992, fast ganz Europa und Japan. Die Länder Osteuropas und der ehemaligen UdSSR steckten ebenfalls in einer tiefen Krise - hier betrug der Produktionsrückgang 30 bis 40 Prozent. Weltweit erschien nur ein einziger Silberstreif am Horizont für die Verteidigung des bestehenden Systems - die industriellen Schwellenländer (NIC¹) am Rand des Pazifiks, nämlich Taiwan, Südkorea, Singapur, Hongkong, Thailand und, in zunehmendem Maße, auch der Südosten Chinas.

Der Kontrast zu der Situation erst fünf Jahre früher hätte nicht augenfälliger sein können. Im Sommer 1987 war überall die Rede von einem scheinbar endlosen Aufschwung - und das nicht nur in konservativen Kreisen. So schwärmte zum Beispiel die britische Zeitschrift 'Marxism Today', das Monatsmagazin der niedergehenden Kommunistischen Partei, von der Dynamik des kapitalistischen Systems und seinen für Aufschwungszeiten typischen Modeerscheinungen und Trends. Währenddessen verabschiedete die britische Labour Party ein neues Parteiprogramm, das den Markt zum besten Mittel für die Organisation der Wirtschaft erklärte, und führende Parteiprominente sprachen von der Notwendigkeit, »den Thatcherismus zu übertrumpfen«.² Zwei Jahre später war die Vorstellung immer noch Gemeingut, daß der Markt über ein unbegrenztes Potential verfüge, die Probleme der Menschheit zu lösen. Wenn man nur die "staatliche Einmischung" aus den osteuropäischen Wirtschaften verbannen könnte, dann würden diese eine ähnliche Blütezeit erleben wie die westlichen Wirtschaften in den 50er und 60er Jahren. Insbesondere Ostdeutschland stehe an der Schwelle zu einem »zweiten deutschen Wirtschaftswunder«.

Zwölf Monate später jedoch befanden sich die Wirtschaften der USA und Großbritanniens in einer Krise, die sich wie eine Plage auf alle wichtigen fortgeschrittenen Wirtschaften der Welt ausbreitete. Von dem versprochenen Wunder in Osteuropa war nichts zu spüren, nachdem die Produktion und der Lebensstandard dort absackten und Arbeitslosigkeit und Inflation in die Höhe schnellten. Die Krise traf die Länder unterschiedlich hart.

¹ In diesem Artikel habe ich versucht, mit Abkürzungen möglichst zu sparen. Einige ließen sich dennoch nicht vermeiden:

NICS: Newly Industrialising Countries (industrielle Schwellenländer)

BSP: Bruttoinlandsprodukt, ein Maß für den gesamten Ausstoß eines Landes

BIP: Bruttoinlandsprodukt, ein etwa., abweichendes Maß für den Gesamtausstoß eines Landes

G7: die Gruppe der sieben wichtigsten Industrieländer (USA, Japan, Kanada, Italien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien)

OECD: die Organisation aller entwickelten Länder (einschließlich solcher Länder wie Griechenlands und der Türkei)

IWF: Internationaler Währungsfonds, der das internationale Bankensystem koordiniert und Regierungen berät.

² Der Fraktionssprecher der britischen Labour Party, Bryan Gould, auf der Labour-Party-Konferenz von 1987

In einigen (Großbritannien³, Japan) entpuppte sie sich als ernsthafter als die zu Beginn der 80er Jahre. In anderen (vor allem in den USA) fiel der Produktionsrückgang geringer als zehn Jahre zuvor aus, hielt dafür aber länger an. Jedenfalls hat die Krise dem Weltsystem schweren Schaden zugefügt, nicht nur im materiellen Sinne, sondern auch ideologisch. Anhänger des Systems hatten externe Faktoren für die Krisen Mitte der 70er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre verantwortlich machen können - der Erfolg der OPEC-Länder bei der Heraufsetzung des Ölpreises war ein Lieblingsargument. Für die Krise Anfang der 90er Jahre gab es eine solche Ausrede nicht: Der erwartete plötzliche Anstieg der Ölpreise zur Zeit des zweiten Golfkriegs Anfang 1991 blieb ganz einfach aus, und dennoch entfaltete sich die Krise weiter. Ihre Ursache mußte in der Arbeitsweise der fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaften selbst liegen - aber wo?

Kapitalismus und Krise

Es gibt eine marxistische Sichtweise des Kapitalismus, die tiefer werdende Krisen als ein wesentliches Merkmal des Systems begreift. Diese Sichtweise wird von herkömmlichen Wirtschaftswissenschaftlern meist kurzerhand abgetan. Selbst ein ausgesprochener Kritiker der Thatcherschen Wirtschaftspolitik der 80er Jahre wie der Wirtschaftsjournalist William Keegan verwarf die marxistische Anschauung mit dem Argument, sie basiere auf »*einem veralteten Lehrbuch der Wirtschaft, das in der bewegten Frühphase des unreformierten Kapitalismus geschrieben wurde*«,⁴ und zitierte mit großer Begeisterung die öffentliche Verurteilung des Marxschen Ansatzes durch den französischen Wirtschaftswissenschaftler Marjolin: »...*Ein Quentchen Erfahrung und etwas Geschichtskennntnis reichen aus, um die [marxistische] Theorie vom unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus infolge der fallenden Profitrate in Zweifel zu ziehen.*«⁵

Sogar auf der sozialistischen Linken wurde die marxistische Sichtweise wiederholt abge-

³ Im dritten Quartal von 1992 war der Produktionsrückgang in der Verarbeitung und in der Industrie immer noch geringer als 1979-80. Damals war die Industrieproduktion um ca. 12 Prozent zurückgegangen; der Rückgang von Anfang 1990 bis zum zweiten Quartal 1992 lag bei etwa 6,6 Prozent (OECD: "Leading Indicators and business cycles" 1960-85, S.168, und OECD: "Outlook", Dezember 1992). Auch wenn man die viel größeren Auswirkungen der Rezession der frühen 90er Jahre auf den Dienstleistungssektor verglichen mit der Rezession der frühen 80er Jahre in Betracht zieht, war das BIP 1980-81 um ein Drittel tiefer gefallen, als es bis zum dritten Quartal 1992 der Fall war. Allerdings überschritten Industrieproduktion und BIP die Talsohle bereits Ende 1980 und nahmen Anfang 1981 schon wieder zu. Im Gegensatz hierzu zeigte keiner der beiden Werte irgendwelche Erholungstendenzen nach dem zweiten Quartal 1992, und die Industrieproduktion außerhalb des Nordseeöl-Sektors fiel in der zweiten Hälfte von 1992 sogar etwas.

Schließlich war der Abschwung der britischen Wirtschaft in den frühen 90er Jahren - gemessen an den Trends des wirtschaftlichen Wachstums - durch einen weitaus abrupteren Knick gekennzeichnet als in den frühen 80er Jahren. Die OECD schätzt die Diskrepanz zwischen den potentiellen und den tatsächlichen wirtschaftlichen Aussichten auf 3,6 Prozent in den frühen 80er Jahren und auf 6,9 Prozent im vierten Quartal 1992 (OECD: "Economic Outlook". Dezember 1992, S.34). Sie kommt zu dem Schluß, daß für die USA der Abschwung nahe dem Durchschnitt [der letzten drei Abschwünge] lag, in Großbritannien und in Kanada hingegen »*weit überdurchschnittlich war*«.

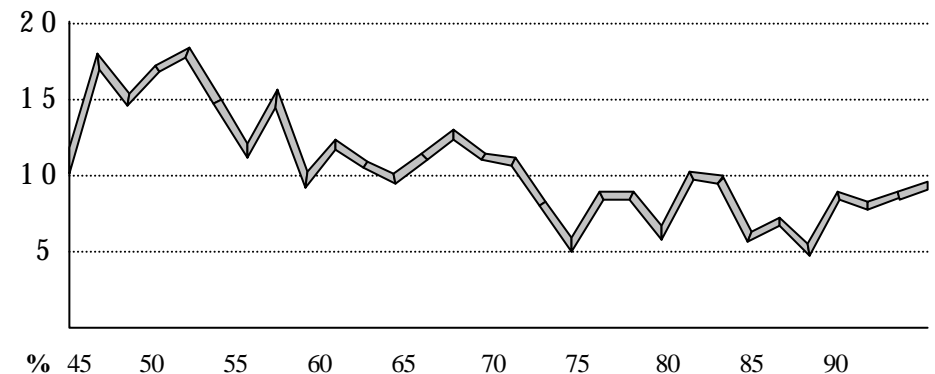
⁴ W. Keegan: "**The Spectre of Capitalism**", London 1992, S.79.

⁵ Ebenda, S. 14.

lehnt - in den 70er Jahren beispielsweise von Andrew Glynn, Bob Sutcliffe, John Harrison, Paul Sweezy und anderen.⁶ Dennoch erklärt die von Marx entwickelte Sichtweise die Wiederholung von Krisen in einer Weise, wie keine andere Theorie es vermag⁷ - vorausgesetzt, sie wird richtig verstanden.

Seine Darstellung stützt sich auf die Einsicht, daß die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation in ihrem Kern einen unlösbaren Widerspruch birgt. Die einzige Quelle des Werts und des Mehrwerts für das System als Ganzes ist die Arbeitskraft. Jeder einzelne Kapitalist kann aber seine eigene Wettbewerbsfähigkeit (und damit einhergehend seinen Anteil am gesamten Mehrwert) nur durch eine Steigerung der Produktivität seiner Arbeiter erhalten, indem er die Investitionen in Produktionsmittel im Verhältnis zur Belegschaft überproportional steigert. Der Prozeß der Kapitalakkumulation führt daher tendenziell zu einer weitaus schnelleren Ausweitung von Investitionen in Kapital als in Arbeitskräfte, obwohl letztere die einzige Quelle des Werts und folglich auch des Profits sind. Die unweigerliche Folge ist ein steigendes Verhältnis der Kapitalinvestitionen zu den Profiten. Umgekehrt bedeutet das ein sinkendes Verhältnis der Profite zu den Investitionen: Die Profitrate fällt. Letztere aber ist die treibende Kraft für Akkumulation.

Bild 1: USA: Profitrate 1946-1990



In anderen Worten: Gerade der Erfolg des Kapitalismus auf dem Gebiet der Akkumulation gefährdet die weitere Akkumulation. Es kommt der Zeitpunkt, wo der wettbewerbsbedingte Trieb von Kapitalisten, ihren Vorsprung vor anderen Kapitalisten zu verteidigen, in neue Investitionsvorhaben von riesigen Ausmaßen mündet, die nicht mehr von der Profit-

⁶ Eine ausführliche Darstellung der Ansichten dieser "marxistischen" Kritiker der Marxschen Sichtweise findet sich in meinem "**Explaining the Crisis**", London 1984, S.20-30.

⁷ Marx' eigene Darstellung findet sich in Karl Marx: "**Das Kapital**", Bd.III, Dritter Abschnitt, Ost-Berlin 1972, S.221-270. Weitere Darlegungen hiervon finden sich in: b.w.

R. Rosdolsky: "**The Making of Marx**" Capital, London 1980, S.376-383 und S.398-413;

H. Grossmann: "**Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems**", Leipzig 1929;

M.Kidron: "**Capitalism and Theory**", London 1974;

C. Harman: "Explaining the Crisis", a. a.O., Kapitel 1.

rate getragen werden können. Wenn einige Kapitalisten einen akzeptablen Gewinn erzielen sollen, dann kann das nur noch auf Kosten anderer Kapitalisten geschehen, die in den Konkurs getrieben werden. Der Akkumulationsdrang führt unweigerlich zu Krisen. Je größer das Ausmaß vergangener Investitionen, desto tiefer auch die Krise.

Es muß hervorgehoben werden, daß dies eine abstrakte Darlegung der allgemeinsten Tendenzen im kapitalistischen System ist. Daraus lassen sich noch keine unmittelbaren Schlußfolgerungen für das konkrete Verhalten der Wirtschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt oder an einem gegebenen Ort ziehen. Dazu ist es zunächst notwendig zu untersuchen, wie diese allgemeinen Trends mit einer Reihe anderer Faktoren zusammenwirken.⁸ Marx selbst war sich dessen vollkommen bewußt und baute in seine eigene Darstellung eine Reihe von "entgegenwirkenden Faktoren" ein, wie er sie nannte. Zwei davon waren von zentraler Bedeutung.

Erstens führt die Kapitalakkumulation zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität und somit zu einer Senkung der Kosten für den Unterhalt der Arbeiter. Während in der Vergangenheit vielleicht drei Stunden Arbeit erforderlich waren, um den durchschnittlichen Lebensstandard der Arbeiter aufrechtzuerhalten, sind es heute möglicherweise nur noch zwei. Der Kapitalist kann den Anteil der Arbeit des einzelnen Arbeiters, der in den Mehrwert fließt, erhöhen, ohne daß dafür der Lebensstandard des Arbeiters herabgesetzt werden müßte. Eine solche Zunahme der Ausbeutungsrate kann einigen der Faktoren, die die Profitrate nach unten drücken, entgegenwirken: Die Gesamtzahl der Arbeiter mag zwar mit dem Anstieg der Gesamtinvestitionen nicht Schritt halten, dafür produziert aber jeder einzelne Arbeiter zusätzlichen Mehrwert.

Zweitens bedeutet eine Zunahme der Arbeitsproduktivität eine kontinuierliche Abnahme der für die Erzeugung einer gegebenen Menge von Maschinen, Ausrüstung oder Rohstoffe erforderlichen Menge an Arbeitszeit - und daher auch an Wert. Der Wert der bereits vorhandenen Produktionsmittel wird, entsprechend den niedrigeren Kosten für ihre Ersetzung, fallen, so daß sich die wertmäßige Ausdehnung der Investitionen als niedriger herausstellt als ihre materielle, was wiederum der Tendenz entgegenwirkt, daß der Wert der Investitionen schneller steigt als der Mehrwert.

All das löst trotzdem nicht automatisch das Problem, das die Kapitalisten mit der fallenden Profitrate haben. Um den Konkurrenzkampf zu überleben, müssen sie die gesamten Kosten vergangener Investitionen gewinnbringend wieder hereinholen - und wenn der technologische Fortschritt dazu führt, daß diese Investitionen, sagen wir einmal, nur noch halb so viel wert sind wie vorher, dann müssen sie die Kosten der Abschreibung eben aus ihrem Bruttogewinn bezahlen. Was sie auf der einen Seite gewinnen, verlieren sie somit wieder auf der anderen. Die Wertminderung des Kapitals bereitet ihnen also genauso Kopfzerbrechen wie ein direkter Fall der Profitrate.⁹ Eine solche Wertminderung könnte al-

⁸ Ihr Versäumnis, dies zu berücksichtigen, hat eine Reihe von Marxisten wie Paul Mattick und David Yaffe in den frühen 70er Jahren dazu verleitet, eine "fundamentalistische" Position einzunehmen und einfach die Unmittelbarkeit der Krise zu betonen, ohne auch nur ansatzweise den langanhaltenden Nachkriegsboom oder den Unterschied zwischen der Krise der 70er Jahre und der der frühen 30er Jahre zu erklären. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen derjenigen Linken, die die marxistische Sichtweise der Krise ohnehin schon ablehnten. Die Debatten zwischen den beiden fehlerhaften Positionen finden ihren Niederschlag in verschiedenen Ausgaben von "**The Bulletin of the Conference of Socialist Economics**".

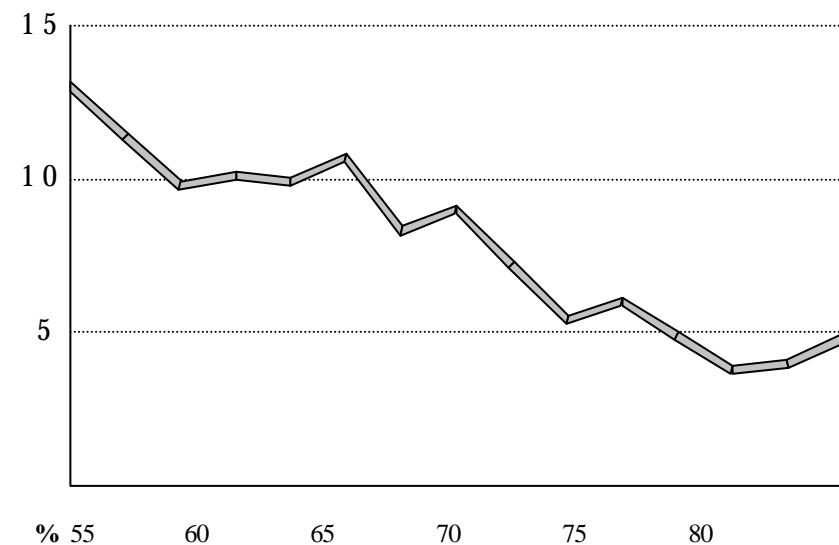
⁹ So stiegen die Abschreibungskosten in Japan 1991 bis auf fast 100 Prozent der erzielten Jahresgewin-

lerdings den Druck vermindern, unter dem das gesamte kapitalistische System steht, sofern die Kosten hierfür nur von den Kapitalisten getragen werden, die in Konkurs geraten, und nicht von denen, die überleben. Genau das geschah bisher in jeder Krise.

Verschiedene Firmen werden von den heftigen, für die kapitalistische Entwicklung so typischen Auf- und Abschwüngen der Nachfrage stets unterschiedlich betroffen. Einige investieren etwa in der Frühphase des Aufschwungs und erleiden dann Verluste, wenn sich auf dem Höhepunkt des Booms herausstellt, daß ihre Ausrüstung, verglichen mit der ihrer Konkurrenten, veraltet ist. Andere wiederum investieren erst gegen Ende der Aufschwungsphase und haben daher die modernste Ausrüstung von allen, bekommen aber wegen der Rezession keine Gelegenheit mehr, sie profitabel zu verwerten. Manche Unternehmen im Produktionssektor müssen mitansehen, wie auf dem Gipfel des Booms ihre Ausgaben für Rohstoffe in die Höhe schnellen und ihre Profite schrumpfen; andere, die Rohstoffproduzenten, erleben zu genau dem gleichen Zeitpunkt einen Anstieg ihrer Profite.

Der tendenzielle Fall der Profitrate verstärkt die Neigung zu periodischen Krisen. Aber indem die Krise die Firmen unterschiedlich trifft, sorgt sie dafür, daß manche in Konkurs geraten, während andere überleben können. Diejenigen, die untergehen, tragen einen Großteil der Abschreibungskosten für das System als Ganzes, was den Überlebenden ermöglicht, mit niedrigeren Kapitalkosten und nach einer Zeit auch höheren Profitraten weiterzumachen, als es sonst der Fall wäre. Marx war der Meinung, daß diese Faktoren die langfristige Tendenz des Falls der Profitrate über viele Aufschwünge und Konjunkturreinbrüche hinweg abfedern könnten. Er argumentierte aber auch, daß sie sie nicht vollständig aufheben könnten.

Bild 2: Profitrate in der EG



ne. Siehe "The morning after: Japanese companies count the cost of investment binge" [Der Morgen danach: Japanische Unternehmen zählen die Kosten des Investitionsgelages] in: 'Far Eastern Economic Review', 28. Januar 1993; siehe auch Bild Nr.5 weiter unten im Artikel.

Zum einen war die Fähigkeit des Systems, die fallende Profitrate durch eine steigende Ausbeutungsrate auszugleichen, begrenzt. Wie groß auch immer die Zunahme an Mehrwert, der aus jedem einzelnen Arbeiter herausgepreßt wird, ausfallen mochte - Marx bemerkte, daß sie doch auf eine Grenze stieß, nämlich auf die Gesamtlänge des Arbeitstages. Die Fähigkeit zur Erweiterung der Investitionen in Produktionsmittel hingegen ist in der Tat unbegrenzt. Es mußte ein Punkt erreicht werden, ab dem die Kapitalisten nur noch einen geringfügigen Vorteil aus einer weiteren Zunahme der Ausbeutungsrate erzielen konnten. Nichts jedoch konnte die immer stärker zu Tage tretende Kopflastigkeit im Verhältnis der Kapitalinvestitionen zu den Arbeitskräften und den damit verbundenen Druck auf die Profitrate aufhalten. In anderen Worten konnte eine Steigerung der Ausbeutungsrate nie mehr als eine begrenzte, kurzfristige Lösung im Kampf gegen fallende Profitraten sein.

Zum anderen glaubte Marx, daß sein zweiter "entgegenwirkender Faktor" die Entwertung und Abschreibung von Kapital im Zuge von Krisen - den langfristigen Anstieg der Kapitalinvestitionen im Verhältnis zu den Arbeitskräften nicht aufhalten könne. Seine Argumente hierfür sind nicht so klar wie jene über die begrenzten Möglichkeiten zur Steigerung der Ausbeutungsrate. Es ist aber nicht schwierig, die Lücken in seiner Argumentation auszufüllen, indem wir die Auswirkungen eines weiteren Trends im Kapitalismus untersuchen, nämlich der Tendenz, die er mit dem Begriff der "Konzentration und Zentralisation des Kapitals" umschrieb. Jede Krise bewirkt das Auslöschen einiger Einzelkapitalien. Im Laufe der Zeit gerät das System deshalb unter die Herrschaft einer immer kleiner werdenden Zahl von immer größeren Kapitalien - eine Entwicklung, die heute offensichtlich ist, wo wenige multinationale Konzerne einzelne Industriezweige im Inland wie auch auf dem Weltmarkt beherrschen. Wenn aber einer dieser Giganten pleite geht, hat das ganz andere Auswirkungen auf den Rest des Systems, als wenn es sich, wie zu Marx' Zeiten, nur um relativ kleine Firmen handelt. Jeder einzelne ist so groß, daß sein Zusammenbruch verheerende Auswirkungen auf weitaus wettbewerbsfähigere und profitablere Firmen hat. Mit einem Schlag verlieren sie Märkte, die für sie profitabel sind, und riskieren, selbst in den Bankrott mitgerissen zu werden. Anstatt daß das Auslöschen von nicht wettbewerbsfähigen Firmen automatisch den Weg frei macht für eine profitable Ausdehnung anderer Firmen, können auch letztere von der Krise in das schwarze Loch einer um sich greifenden Pleitewelle gesaugt werden.

Solche Überlegungen können zum Beispiel erklären, warum die Krise, die 1929 begonnen hatte, 1931 immer noch keiner Erholung entgegenging, sondern sich stattdessen vertiefte, von einem Sektor des Kapitals auf den anderen übergriff und erst dann ein Ende fand, als Staaten intervenierten, um sich im Interesse der Militarisierung über die Marktkräfte hinwegzusetzen. Sie können auch viele Merkmale der Krisen der letzten 20 Jahre erklären.

Wenn wir Marx' Modell unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus anwenden, gibt es einen weiteren wichtigen Punkt, den wir nicht außer acht lassen dürfen. Nach seinem Modell fließt der Wert, der in einem Produktionszyklus geschaffen wurde, in die Akkumulation der nächsten Runde - entweder in Form von neuen Produktionsmitteln und -stoffen oder in Form von Konsumgütern für die wertschaffenden Arbeiter. Mit den Wertflüssen, die nicht wieder der Akkumulation zugeführt werden, und den Auswirkungen, die

das für die Entwicklung des Systems hat, beschäftigte sich Marx nur am Rande. Solche Flüsse haben jedoch eine sehr bedeutende Rolle in der Geschichte des Kapitalismus der letzten hundert Jahre gespielt, infolge von massivem Zuwachs an unproduktiven Aktivitäten wie Werbung, Marketing und Krieg.

All diese Aktivitäten führen dazu, daß Wert verbraucht wird, der ansonsten für die produktive Akkumulation zur Verfügung gestanden und somit die Tendenz verstärkt hätte, daß die Investitionen viel schneller als die produktive Arbeiterschaft gestiegen und daß die Profitraten gefallen wären. Wie der deutsche Marxist Henryk Grossmann schon vor 65 Jahren über Militärausgaben¹⁰ schrieb:

»Weit entfernt, ein Hindernis für die Entwicklung des Kapitalismus zu sein oder ein Umstand, der den Zusammenbruch des Kapitalismus beschleunigte, sind die Zerstörungen und Entwertungen des Krieges vielmehr ein Mittel, den drohenden Zusammenbruch abzuschwächen, der Kapitalakkumulation frische Luft zu verschaffen. So verursachte z.B. in England die Dämpfung des indischen Aufstandes von 1857-58 23,5 Millionen Pfd.St. Kosten gegen 77,6 Millionen Kosten des Krimkrieges, zusammen 101 Mill.Pfd. oder mehr als 2 Milliarden Reichsmark. Jeder solche Kapitalverlust erleichtert die überspannte Situation und eröffnet Raum für neuen Aufschwung. So wirkten vor allem die kolossalen Kapitalverluste und Entwertungen im Gefolge des Weltkrieges...

Vom Standpunkt des Gesamtkapitals aus ist aber der Militarismus ein Gebiet der unproduktiven Konsumtion. Hier werden Werte verpulvert statt gespart, d.h. als Kapital gewinnbringend angelegt zu werden. Weit entfernt, ein Gebiet der Akkumulation zu sein, verlangsamt der Militarismus vielmehr die Akkumulation. Große Teile des Einkommens der Arbeiterklasse, die als Mehrwert in die Hände der Unternehmerklasse gelangen könnten, werden auf dem Wege der indirekten Besteuerung durch den Staat beschlagnahmt und (zum großen Teil) für unproduktive Zwecke verausgabt.«¹¹

Diese Einsicht griffen W.T. Oakes (T.N. Vance) in den 40er und 50er Jahren und Mike Kidron in den 60er und 70er Jahren wieder auf, um zu erklären, wie der Kapitalismus in den Jahrzehnten nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs akkumulieren konnte, ohne unmittelbar in eine Profitkrise zu geraten.¹² Rüstungsausgaben konnten die Krise jedoch nicht für immer aufhalten. Die finanziellen Lasten verteilten sich höchst ungleichmäßig auf die Schultern bestimmter Länder, vor allem auf die der USA und der UdSSR, was den Kapitali-

¹⁰ Rüstungsausgaben sind unproduktiv, weil sie nicht zur Schaffung von Mehrwert für die Kapitalisten bzw. den kapitalistischen Staat beitragen, die diese Ausgaben tätigen. Das bedeutet allerdings nicht, daß Rüstungsproduktion unproduktiv für die daran beteiligten Kapitalisten wäre: Ihre Investitionen schaffen Waffen als Tauschwerte, wodurch sehr wohl Mehrwert für sie herauspringt.

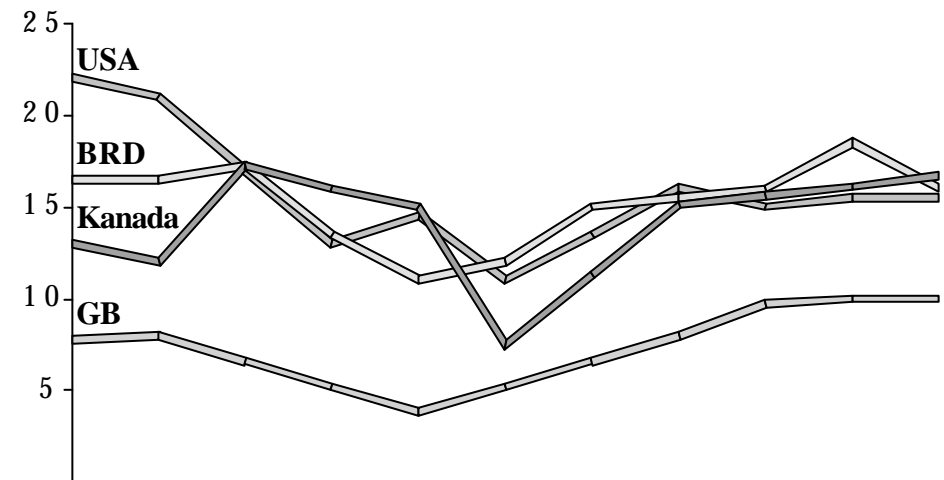
¹¹ H. Grossmann, a.a.O., S.369. Als Mike Kidron beinahe 40 Jahre nach Grossmann die gleiche Feststellung machte, beispielsweise in seinem "Western Capitalism since the War", London 1968, wurde er von selbsternannten Jüngern Grossmans wie David Yaffe und Ernest Mandel an den Pranger gestellt. Ihre Lesart Grossmanns ist offensichtlich eine sehr selektive.

¹² Verschiedene Artikel von Vance/Oakes sind in H. Draper (Hrsg.), "The Permanent War Economy", Berkeley 1970, enthalten; Mike Kidrons Darlegungen sind in seinem "Western Capitalism Since the War", London 1968, und seinem "Capitalism and Theory" London 1974, sowie in den frühen Nummern der ersten Serie der Zeitschrift International Socialism enthalten.

sten anderer Länder freie Bahn schuf, entsprechend mehr in den produktiven Sektor zu investieren, so daß sie die Rüstungsländer im Laufe der Zeit überholen konnten. Das konnte nur dazu führen, daß die Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben ihrerseits ihre Militärhaushalte in einem Maße zurückschrauben mußten, das die Stabilität der Weltwirtschaft als Ganzes gefährdete. Nachdem die Profitraten allmählich unter Druck geraten waren, kam hinzu, daß die Suche einzelner Kapitalien nach dem erforderlichen Mehrwert, um überhaupt noch akkumulieren zu können, durch die immer noch hohen Rüstungskosten zunehmend erschwert wurde. Für die ganze Welt wurden Rüstungsausgaben immer mehr vom Segen zu einer großen Belastung.

Diese Analyse wurde durch die Entwicklung Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre bestätigt. Die amerikanischen Großkonzerne machten die Erfahrung, daß sie die Kosten des Vietnamkriegs nicht tragen konnten, obwohl die Militärausgaben sogar auf dem Höhepunkt dieses Kriegs weit unter denen aus der Zeit des Koreakriegs 15 Jahre zuvor lagen. Die US-Regierungen, die zwischen 1969 und 1979 aufeinanderfolgten, reduzierten daher den Anteil des Militärhaushalts am Inlandsprodukt. In jenen Jahren fielen die Profitraten in allen bedeutenden westlichen Wirtschaften, und die Welt durchlebte zwei Rezessionen, wie man sie - gemessen an ihrer Schärfe - seit den 30er Jahren nicht mehr gesehen hatte.¹³

Bild 3: Verhältnis von verfügbarem Nettoprofit zum Kapitalbestand: Handwerk



Eine Analyse auf der Grundlage der Marxschen Darstellung der grundlegenden Dynamik des Systems kann aber nicht nur die Ursachen für die weltweiten Krisen von 1974-76 und 1980-81 deutlich machen. Sie kann auch die Boomphase Mitte der 80er und den Wiedereintritt in die Krise zu Beginn der 90er Jahre erklären.

¹³ Dies ist eine sehr verkürzte Zusammenfassung einer viel detaillierteren Darstellung in meinem "Explaining the Crisis", a.a.O., Kapitel 3.

Der ungleichgewichtige Aufschwung

In den 80er Jahren erlebten wir in der Tat eine Erholung von den Rezessionen Mitte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre. Ende des Jahrzehnts lag die Industrieproduktion Japans um 50 Prozent über der von 1980, in den USA betrug der Anstieg 40 Prozent, in Deutschland 25 Prozent, und sogar in Großbritannien 10 Prozent. Die Erholung war zum Teil ein paradoxes Ergebnis der beiden vorangegangenen Rezessionen. Diese hatten einige Firmen in den Bankrott getrieben und andere gezwungen, ihre weniger profitablen Geschäftszweige aufzugeben. Das war am deutlichsten in Großbritannien zu sehen, wo ungefähr ein Viertel der Industriekapazität zwischen 1980 und 1983 dichtgemacht wurde. Was übrigblieb, war profitabler als das, was geschlossen worden war - sogar profitabel genug, um den Firmen eine Erweiterung ihrer Aktivitäten von 1982-83 an zu ermöglichen. Sie stellten neue Arbeitskräfte ein und schufen einen Markt für die Produkte anderer Firmen. Die kapitalistische Krise selbst hatte der Tendenz entgegengewirkt, daß Investitionen schneller als die Belegschaft wachsen und daß die Profitraten fallen.

Die Rezessionen minderten den Druck auf die Profitraten auch auf andere Weise. Im Zuge der Produktionsdrosselung verbrauchten die Firmen auch weniger Rohstoffe, was deren Preise zum Rutschen brachte und so die Produktionskosten senkte. Eine Hochrechnung für die USA deutet auf einen relativen Preisverfall in den Produktionsmitteln und -stoffen von ca. 15 Prozent.¹⁴

Schließlich schwächten die Rezessionen den Widerstand der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften gegen die Kostensenkungsprogramme des Managements. Das grellste Beispiel sind die USA, wo die drohende Schließung des drittgrößten Automobilherstellers, Chrysler, im Jahre 1980 die Automobilgewerkschaft UAW zu "Zugeständnissen" in Form von Lohn- und Krankengeldkürzungen bewog. Es war ein Beispiel, dem andere Firmen und Gewerkschaften folgten, bis "Zugeständnisse" (concessions) oder "Rückerstattungen" (give-backs) zum Standardrepertoire fast aller Tarifverträge gehörten. Gleichzeitig sorgten die Firmen dafür, daß neue Werke in Regionen mit niedrigem gewerkschaftlichem Organisationsgrad gebaut wurden. Hierbei stützten sie sich entweder auf gewerkschaftsfeindliche "Recht auf Arbeit"-Gesetze, um den Gewerkschaften die Anerkennung ganz zu verweigern, oder sie erpreßten von den Gewerkschaften die Annahme von niedrigeren Löhnen und höheren Arbeitsbelastungen im Gegenzug für ihre Anerkennung.

Das Endergebnis war eine beträchtliche Kürzung der Reallöhne. Der wöchentliche Reallohn eines Arbeiters war 1990 um 19,1 Prozent niedriger als 1973. Die Gesamteinkommen von Arbeiterfamilien gingen meistens nicht so stark zurück, weil zunehmend auch Frauen neben ihren Ehemännern arbeiten gingen. Trotzdem fielen die realen Durchschnittseinkommen aller Familien außer denen des höchstverdienenden obersten Fünftels.¹⁵ Der nach wie vor stattfindende Produktivitätszuwachs bedeutete, daß ein wachsender Anteil am Gesamtprodukt den Profiten und ein immer geringerer Anteil den Löhnen zugeführt wurde:

¹⁴ F. Moseley: "The Falling Rate of Profit in the post-war US economy", London 1991, S.97.

¹⁵ »Der durchschnittliche Einkommensrückgang für Familien aus dem fünften, sechsten und siebten Zehntel auf der Einkommensskala - womit wohl der Kern der beschäftigten männlichen Arbeiterschaft erfaßt wäre - lag bei circa 5 Prozent«. R. Heilbroner, "New York Review of Books", 24. Oktober 1991.

Die Ausbeutungsrate nahm zu. Nach einer Berechnung stieg die Ausbeutungsrate im "produktiven" Industriesektor zwischen 1977 und 1987 um ca. 25 Prozent. Das war ein weitaus größerer Anstieg als in den dreißig vorangegangenen Jahren.¹⁶

In Europa und Japan kam es nicht zu einer solchen Senkung der Reallöhne wie in den USA. Aber auch hier stieg die Produktivität schneller an als die Löhne, und der Anstieg der Profite hielt Schritt mit dem Anstieg in der Ausbeutungsrate. Die OECD schätzt, daß in den Wirtschaften der wichtigen Industriestaaten der G7-Gruppe der Anteil der "Kapitaleinkünfte" von 31,9 Prozent für den Zeitraum 1975-79 auf 33,9 Prozent im Jahr 1990 kletterte.¹⁷

In Großbritannien stieg das real verfügbare Nettoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung zwischen 1987 und 1989 um insgesamt 11,7 Prozent. Aber der gleichzeitige Rückgang in der Gesamtbeschäftigtenzahl verwandelte dies in einen jährlichen Anstieg aller verfügbaren Einkommen aus Löhnen und Gehältern um lediglich 0,2 Prozent bei gleichzeitigem Rückgang ihres Anteils am Bruttosozialprodukt um 6,3 Prozent.¹⁸ Um die Mitte der 80er Jahre stiegen die Profite pro Produktionseinheit ca. 1,5 Prozent schneller als die Arbeitskosten pro Produktionseinheit.¹⁹

Im Verlauf der 80er Jahre stieg die Rentabilität Hand in Hand mit der Verlangsamung der Akkumulationsrate und dem Anstieg in der Ausbeutungsrate, wie Abbildung 3 zeigt.²⁰ Auf ihrem Höhepunkt im Jahr 1987 schätzte man die Rentabilität in Europa (einschließlich Großbritanniens) und in den USA genau so hoch ein wie in den frühen 70er Jahren - allerdings lag sie immer noch niedriger als weitere zehn Jahre früher.²¹ In Japan erreichte sie ein Niveau über dem der späten 70er und frühen 80er Jahre, lag aber immer noch beträchtlich unter dem der frühen 70er Jahre und noch früher. Die durchschnittliche Rentabilität der G7-Wirtschaften im Jahr 1990 wurde auf 15,3 Prozent geschätzt. Das war ein geringfügiger Anstieg verglichen mit einem Durchschnitt von 14,1 Prozent für den Zeitraum 1975-79, bedeutete aber noch keine grundlegende Besserung.²²

Die wirtschaftliche Erholung war allerdings nicht nur, nicht einmal hauptsächlich eine automatische Reaktion auf die teilweise Wiederherstellung der Rentabilität. Sie hing sehr stark von Regierungsinterventionen ab, besonders in den USA. Die Wirtschaftsideologie der Thatcher-Regierung, die in Großbritannien 1979 an die Macht kam, und der Reagan-Regierung, die in den USA 1981 an die Macht kam, war der "Monetarismus". Beide Regierungschefs hatten den Anspruch, die Inflation verhindern zu können, indem sie die Geldmenge und die Staatsausgaben streng kontrollierten. Beide traten für eine breitflächige Abschaffung von Kontrollen über verschiedene Bereiche des Wirtschaftslebens ein - die

¹⁶ F. Moseley, a.a.O. S.96.

¹⁷ OECD "**Economic Outlook**", Dezember 1992, Tabelle 4.

¹⁸ Andrew Glyn: "**The macro-anatomy of the Thatcher years**" in: F. Green (Hrsg.) 'Restructuring the UK Economy', 1989, S.67-69.

¹⁹ "**Beyond the profit squeeze**" in: 'Lloyds Bank Economic Revue', Juni 1989.

²⁰ Netto-Betriebsgewinn im Vergleich zum Netto-Kapital in der verarbeitenden Industrie, "**Bank of England Quarterly Bulletin**", August 1992, S.300

²¹ Zahlen für die "herkömmliche" Profitrate (d.h. nicht entsprechend der Definition von Marx) in F. Moseley, a.a.O., S.121.

²² Schätzungen aus OECD "**Economic Outlook**", Dezember 1992, Tabelle 4.

Kontrollmechanismen des Finanzsystems und der Geldmärkte sollten aufgegeben, Industriezweige wie die Fluglinien in den USA und die Busse in Großbritannien dereguliert und die Gesetze über die Minimallöhne durchlöchert werden. Beide boxten Kürzungen in den Sozialleistungen für die Armen durch. Beide senkten auf großzügigste Weise die Steuersätze für Reiche und für das Kapital.

Es stellte sich aber bald heraus, daß sich Reagans und Thatchers Politik in einer wichtigen Hinsicht unterschieden. Während Thatcher betonte, sie stünde für einen ausgeglichenen Haushalt, ließ Reagan ein steigendes Haushaltsdefizit zu - von 100 Milliarden Dollar im Jahre 1982 stieg es unaufhaltsam bis 1986. Ein Teil dieses Defizits war die Folge von sinkenden Steuereinnahmen. Ein anderer Teil war die Folge nach wie vor steigender staatlicher Leistungen, die ganz ungleichmäßig den bessergestellten Teilen der Bevölkerung zugutekamen - wie die Subventionen für die Renten und Gesundheitsausgaben reicher Pensionäre, während die Leistungen für die Wohlfahrt der Arbeitslosen und Armen gekürzt wurden. Einzelursache Nummer Eins für das wachsende Defizit war jedoch der Rüstungshaushalt.

Die "angebotsorientierte Wirtschaftstheorie" nahm den Platz des Monetarismus als offizielle Ideologie des Reagan-Regimes ein. Sie behauptete, daß ein Zurückschrauben der "Einmischung" in Firmenangelegenheiten seitens der Regierung einen Boom produzieren würde. Die Wirtschaftspolitik Reagans war aber in Wirklichkeit nichts anderes als militärischer Keynesianismus - Militärausgaben wurden benutzt, um vielen der größten amerikanischen Konzerne einen garantierten Markt und garantierte Profite zu verschaffen.

Die Rüstungsaufträge stiegen um 25 Milliarden Dollar im letzten Jahr der Carter-Regierung, um 24 Milliarden 1981 und um 44 Milliarden 1982. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt erhöhte sich von fünf auf sieben Prozent.²³ Die Gesamtrüstungsausgaben der USA stiegen weiter während des ganzen Jahrzehnts, so daß sie zum Schluß der Dekade mit \$ 314 Mrd. real 50 Prozent höher lagen als zu Beginn mit \$ 206 Mrd. (in konstanter US-Währung von 1990).²⁴ Das bedeutete einen deutlichen Bruch mit der Entwicklung der 30 vorangegangenen Jahre, als der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt stets rückläufig war - mit einer nur kurzen Unterbrechung auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs zwischen 1965 und 1969.

Diese "Rüstungsmedizin" bewirkte einen schnellen Übergang von der Rezession in eine Wachstumsphase. Während es 1980-81 Minuswachstum gegeben hatte, war die Wirtschaft von 1982 bis 1989 durch die längste ununterbrochene Wachstumsperiode seit den 40er Jahren gekennzeichnet. Die (offizielle) Arbeitslosenquote ging von ca. zehn Prozent auf knapp sechs Prozent zurück, während die Gesamtzahl der Arbeitsplätze von 100 Millionen auf knapp 120 Millionen stieg. Die mit dem Aufschwung einhergehenden steigenden amerikanischen Importe - allein im Jahre 1983 wuchsen sie um 100 Milliarden Dollar - gaben auch den Wirtschaften der übrigen entwickelten Länder und der Schwellenländer (NIC) am Pazifik einen Schub. Die japanische Industrieproduktion, die zwischen 1980 und 1982 stagniert hatte, erholte sich 1983 wieder und erreichte 1984-85 neue Höhen. Die west-

²³ Zahlen zitiert in P. Green, 'Socialist Review', November 1983.

²⁴ Wirtschaftsbericht für den Präsidenten, Februar 1991, zitiert in J.K. Galbraith, "The Culture of Consentment", London 1992, S.126

deutsche Industrieproduktion preschte in den Jahren 1984 und 1985 vor, nachdem sie bis 1983 unter dem Stand von 1980 herumgekrempt hatte. In Großbritannien, Frankreich und Italien setzte die Erholungsphase 1982-83 ein und war 1984-85 bereits in vollem Gange.

Die Erholung war jedoch schwächlich. Die treibende Kraft waren die USA. Die US-Wirtschaft litt aber unter zwei spektakulären Defiziten - dem bereits erwähnten Haushaltsdefizit und einem wachsenden Defizit in der Handelsbilanz. Der Positivsaldo der US-Handelsbilanz (unter Ausklammerung des Ölgeschäfts) von zwei Prozent des BIP 1980 hatte sich bereits 1986 in einen Negativsaldo von drei Prozent verwandelt. Der US-Anteil am Weltexport fiel um ca. ein Fünftel und hinkte 1987 hinter dem Anteil Deutschlands hinterher.

Diese Defizite mußten finanziert werden. Man mußte borgen - die Regierung von den Banken, und die US-Wirtschaft als Ganzes vom Rest der Welt. So wuchsen die amerikanische Staatsschuld von 19,1 Prozent des BIP 1979 auf 30,4 Prozent 1989²⁵ und die US-Auslandsschulden von 480 Mrd. Dollar 1980 auf 1.536 Mrd. Dollar 1987.²⁶ Eine unmittelbare Auswirkung war, daß die reale Verzinsung ab Anfang 1983 weltweit hochgetrieben wurde. Sie blieb auch für den Rest des Jahrzehnts hoch. Das zog besonders die hochverschuldeten Wirtschaften Lateinamerikas, Afrikas und Osteuropas in Mitleidenschaft: Während Nordamerika, Westeuropa und der pazifische Rand wuchsen, stagnierten diese oder fielen sogar weiter zurück. In Afrika »fiel das BIP von \$ 854 pro Kopf 1978 auf \$ 565 1988, und die Außenschuld stieg von \$ 48 Mrd. auf \$ 423 Mrd. 1987 stuft man schon 55 bis 60 Prozent der Armen Afrikas als "absolut arm" ein«²⁷ Für Lateinamerika und die Karibik rechnete man mit einem »kumulativen Rückgang« des regionalen BIP pro Kopf für den Zeitraum von 1981-90 um »ungefähr 10 Prozent«.²⁸

Zugleich war das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft nicht von einem großen Produktivitätszuwachs begleitet. Während die Arbeitsproduktivität in den Jahren 1950-73 um 2,5 Prozent jährlich gewachsen war, waren es für die Zeit 1973-87 lediglich 1 Prozent - weniger als ein Drittel der Rate für Japan und zwei Fünftel der Deutschlands (obwohl die absolute Produktivität in den USA nach wie vor höher war).²⁹

Die Schwächen des Aufschwungs kamen 1985-86 zum Vorschein. Die Wachstumsraten der wichtigen G7-Wirtschaften ließen nach, in den USA fielen sie um die Hälfte auf 2,7 Prozent, während sie in Deutschland und in Frankreich um die 2-Prozent-Marke pendelten.³⁰ Die Investitionsquote in den G7-Ländern war 1986 verglichen mit 1984 auf ein Drittel geschrumpft.³¹ Die Industrieproduktion ging im Frühjahr 1986 sowohl in den USA als auch in Japan sogar zurück.³² Was Wunder, wenn Kommentatoren die Welt am Vorabend einer

²⁵ OECD "Economic Outlook" 1992, Tabelle 7.

²⁶ Zahlen aus "Surveys of Economic Business" des US-Wirtschaftsministeriums, August 1981 und Juni 1988.

²⁷ Food and Agricultural Organisation, "The State of Food and Agriculture", 1991, S.43.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Zahlen für BIP pro geleistete Arbeitsstunde aus: A. Maddison: "Dynamic Forces in Capitalist Development, a long run view", 1991, Tabelle 3.3.

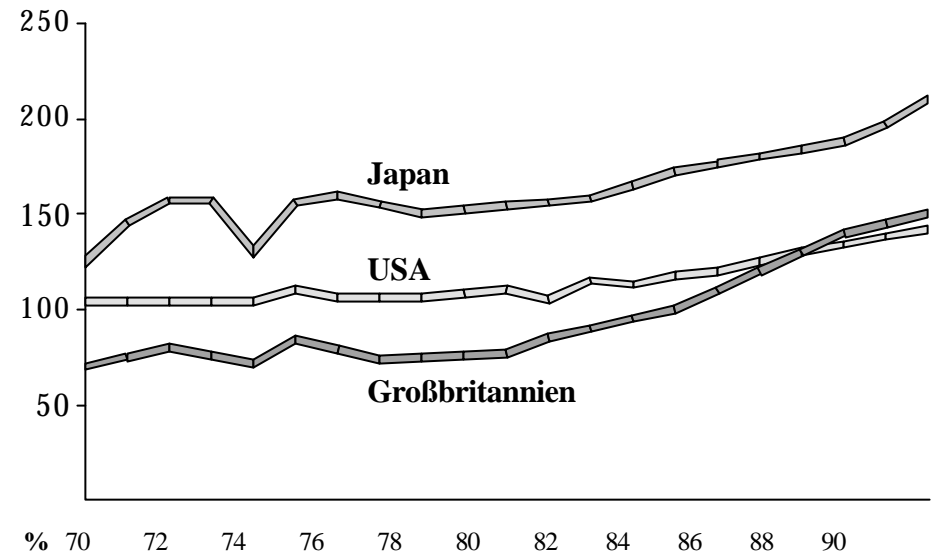
³⁰ IWF "World Economic Outlook", Oktober 1989, Tabelle A2

³¹ Ebenda, Tabelle A3.

³² Siehe z.B.: "America prods the slaggards" [Amerika zeigt es den lahmen Enten] in 'The Economist', 19. Juli 1986, S.59.

neuen Rezession wähten³³ und sich das britische Wirtschaftsmagazin The Economist zu der Feststellung veranlaßt sah: »Amerikas Wirtschaftsexperten fragen sich, was dieses Jahr noch mit sich bringen wird, weiteres Wachstum oder Krise?«

Bild 4: Konsumentenkredite in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Solche Vorhersagen waren weit gefehlt. Die Tendenz zur Rezession war nicht wegzuleugnen, sie wurde aber durch zwei weitere Faktoren mehr als ausgeglichen. Erstens ging die Aufrüstung der USA weiter - trotz aller Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen zwischen Reagan und dem Oberhaupt der UdSSR, Gorbatschow, beim Gipfeltreffen in Reykjavik im Herbst 1986. Zweitens ergriffen die Regierungen aller wichtigen Westmächte Maßnahmen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die USA gingen dabei am weitesten, indem sie die Zinsen senkten, den Wert des Dollars auf den internationalen Märkten absackern ließen (was ihre Exporte verbilligte), Einkommens- und Körperschaftssteuern senkten, die Staatsverschuldung erhöhten (trotz ihrer laut verkündeten Selbstverpflichtung, sie gemäß dem neuen Gramm-Rudman-Gesetz zu senken) und indem sie schließlich die japanische und die deutsche Regierung unter Druck setzten, ihre Inlandsnachfrage auszuweiten. Diese Regierungen fügten sich den amerikanischen Forderungen nicht ganz, machten jedoch einige Gesten, um die USA zu besänftigen. In Großbritannien lockerte die konservative Regierung ihre Kontrolle über die Staatsausgaben, senkte die Steuern im Vorfeld von Parlamentswahlen und kehrte ihrem eigenen selbstauferlegten Monetarismus den Rücken, indem sie die "erweiterte Geldmenge" (M3) um 20 Prozent wachsen ließ.

Diese Maßnahmen der Regierungen spornten 1986-87 eine neue Wachstumsphase an.

³³ Einschließlich jener in 'Socialist Worker' und 'Socialist Worker Review'. Siehe z.B.: "Here comes the slump" [Jetzt kommt die Rezession] in Socialist Worker Review, Juli/August 1986, und "How deep can it go?" [Wie dick kann es noch kommen?] in Socialist Worker Review, September 1986.

Sie lag bei 3,5 Prozent in den USA, 5,3 Prozent in Japan, 2,5 Prozent in Frankreich, 4,6 Prozent in Großbritannien, wobei Deutschland mit weniger als 2 Prozent das Schlußlicht bildete.³⁴ Sowohl in Japan als auch in den USA (allerdings nicht in den meisten europäischen Ländern) wuchs die Industrieproduktion schneller als die Wirtschaft als Ganzes. Der neue Aufschwung war ein wirklicher Aufschwung in dem Sinne, daß er zur Produktion einer wachsenden Masse an greifbaren Waren führte. Der Boom war allerdings noch viel größer im Finanzsektor der Wirtschaft als in der Industrieproduktion.

Die Aktivitäten auf den Finanzmärkten überschlugen sich, Aktien- und Grundstückspreise schnellten in die Höhe. Riesige Kredite finanzierten eine zunehmende Zahl von Firmenübernahmeangeboten und Gegenangeboten. "Leveraged-Buy-Outs" kamen in Mode: Kleine Firmen stürzten sich in Schulden, um weitaus größere zu verschlucken, mußten dafür aber als Sicherheit hochverzinsliche Aktien, sogenannte Junk-Bonds, herausgeben, die man durch den Verkauf von Kapitalanteilen der einmal übernommenen Firmen zu decken hoffte. Für eine Weile nährte sich der Spekulationsboom selbst. Finanziere überboten sich gegenseitig beim Kauf von Eigentum und Aktien, womit sie genau den Aufwärtstrend auf den Märkten herbeiführten, den sie prognostiziert hatten. Die Spekulationsgewinne wurden ihrerseits wieder auf die Märkte geworfen, um sie nur noch weiter in die Höhe zu treiben. Die so erzeugten papiernen Profite finanzierten eine riesige Welle von Luxusausgaben - es geschah zu dieser Zeit, daß der Ausdruck "Yuppie" auf beiden Seiten des Atlantiks wirklich in Mode kam.

Der 'Economist' merkte Ende 1986 den Kontrast zwischen dem »*rasenden Geld und den schleppenden Wirtschaften*« an:

»Geld macht immer von sich reden, aber 1986 war der Krach ohrenbetäubend. Zuerst kreischten die Devisenmärkte, als der Dollar um weitere 11 Prozent absackte. Dann kam der Große Knall in der City of London als Teil eines weltumspannenden Trends der finanziellen Umgestaltung und Deregulierung. Irgendwo im Hintergrund konnte man das Geräusch von Zentralbanken vernehmen, die ihre Geldmengenziele nach oben schießen ließen. Im Gegensatz hierzu war die reale Wirtschaft zu ruhig.«³⁵

Der Crash und danach

Die Schere zwischen der explosionsartigen Ausdehnung der Finanzmärkte und dem langsamen Wachstum der materiellen Produktion ließ offizielle Stellen einen verstärkten Inflationsschub befürchten. Die amerikanische Zentralbank (FED) reagierte darauf mit dem Versuch, die Kreditvergabe einzuschränken und die Zinsen zu erhöhen. Börsen auf der ganzen Welt krachten am "Schwarzen Montag" im Oktober 1987, wobei die Aktien in Europa und den USA etwa ein Drittel ihres Wertes verloren (in Japan wurden sie bei weitem nicht so stark in Mitleidenschaft gezogen).

Wieder einmal hörte man überall Prognosen einer unmittelbar bevorstehenden Krise, und es wurden Parallelen mit dem Wall Street Crash von 1929 gezogen.³⁶ Aber auch dies-

³⁴ Vom 'The Economist' im Frühling 1988 geschätztes Wachstum des BSP/BIP für das Jahr 1987.

³⁵ 'The Economist', 20. Dezember 1986.

³⁶ Obwohl wir diesmal den Fehler nicht mehr machten. Die Schlußresolution der Konferenz der briti-

mal verhinderten Regierungsinterventionen, daß die Krise zum Durchbruch kam. Regierungen überall machten eine Kehrtwende, lockerten ihre Geldmengenpolitik, ließen die Bankzinsen fallen und pumpten Milliarden von Dollar in das Finanzsystem, um es vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Darin wurden sie auch von vielen monetaristischen Hardlinern unterstützt. Samuel Brittan z.B. hatte folgenden Ratschlag parat:

»Wenn eine Rezession droht, brauchen wir Hubschrauber, die Banknoten vom Himmel herunterwerfen. Das bedeutet eine Lockerung der Richtlinien für die Kreditvergabe und, falls das noch nicht ausreicht, eine Mischung aus niedrigeren Steuern und höheren Staatsausgaben.«³⁷

Der 'Economist', zu der Zeit ein wackerer Verfechter des Monetarismus, drückte sich ebenso unumwunden aus: *»...Die unmittelbare Aufgabe ist eine keynesianische: die Nachfrage stützen in einer Zeit, in der der Börsenkrach droht, sie zu senken.«³⁸*

Die Regierungen vergaßen all ihre selbstgesteckten Ziele, den Boom unter Kontrolle zu halten - und bald war die Spekulationswelle wieder in vollem Gang. Die amerikanischen und europäischen Börsen blieben relativ ruhig, aber die Junk Bonds waren wieder richtig in Mode, und es kam im Falle von R.J.R. Nabisco zum bisher größten Versuch eines "Leveraged-Buy-Out".³⁹ Die Grundstücksspekulation stieg in ungeahnte Höhen, während private Kreditaufnahmen in den USA, Großbritannien und Japan neue Rekorde schlugen. Ende der 80er Jahre hatten sich die Bankkredite in den USA mittlerweile mehr als verdoppelt⁴⁰ und in Japan sogar verdreifacht - verglichen mit den Zahlen zu Beginn des Jahrzehnts. In Großbritannien schnellten die Kreditaufnahmen im privaten Bereich von unter 9 Prozent des verfügbaren Einkommens im Jahre 1984 auf 16 Prozent 1988,⁴¹ während sich das Verhältnis von Betriebsschulden zu Grundkapital zwischen 1987 und 1989 verdoppelte.⁴²

Das war die Periode der "Seifenblasenwirtschaft", wie sie die Japaner später titulierten, in der japanische Grundstückswerte nach oben schnellten und die Börsentitel ihren Wert verdoppelten - bis der Nettowert der japanischen Firmen angeblich den der US-Firmen sogar überflügelte, obwohl nach allen realen Meßkriterien die US-Wirtschaft etwa doppelt so groß wie die japanische war. In Großbritannien waren das die Jahre des stürmischen Bürohausbaus in der City und auf dem Gelände des ehemaligen Hafens von London, des Hochziehens von neuen Einkaufszentren in jeder mittleren Stadt, der wunderbaren Vermehrung von Supermarktgiganten auf der grünen Wiese und der Aufblähung des Finanz- und Immobiliensektors, bis schließlich fast jeder achte Arbeitsplatz dort angesiedelt war (verglichen mit jedem vierzehnten 1979) und ein Fünftel des gesamten Mehrwerts dort erzeugt

schen "Socialist Workers Party" von 1987 hielt fest: *»Der Crash hat unsere Analyse bestätigt. Aber wir müssen vorsichtig sein. Ein finanzieller Crash führt nicht automatisch zu einem sofortigen Zusammenbruch des Systems.«*

³⁷ 'Financial Times', 29. Oktober 1987.

³⁸ 'The Economist', 31. Oktober 1987.

³⁹ Siehe B.Burrough und J.Helyar: **"Barbarians at the Gate, The Fall of R.J.R Nabisco"**, New York, 1990.

⁴⁰ "Financial Retrenchment in the US", 'Bank of England Quarterly', Februar 1992.

⁴¹ Nach G. Davies' Einschätzung in 'The Independent', 27. Januar 1992.

⁴² Siehe J. Plender: "The can-do tactics come home to roost" [Die Rache der Laissezfaire-Politik], 'Financial Times', 16. Oktober 1990 und The Bank of England: 'Quarterly Bulletin', Februar 1992.

wurde.⁴³

Es gab auch ein reales Wachstum im industriellen Sektor, das aber durch die Expansion der Immobilienmärkte und verschiedene Formen der Spekulation in den Schatten gestellt wurde.

"Allgemeine Geschäftsinvestitionen" wuchsen wesentlich schneller als Industrieinvestitionen - ein ganz anderes Bild als in den 60ern und zu Beginn der 70er Jahre, als die Produktion mit dem Handel Schritt hielt. Hinzu kam noch, daß das Wachstum der Industrieinvestitionen in den USA und in Japan um etwa ein Drittel und in Europa gar um zwei Drittel geringer lag als in der früheren Phase.

Durchschnittliches jährliches Wachstum des Geschäftskapitals (Industriesektor jeweils in Klammern):⁴⁴

	1960-73	1979-89	1983	1989
USA	3,7 (4,0)	3,5 (2,3)	2,8 (1,3)	3,5 (2,1)
Europa	5,2 (5,1) 2,9 (1,3)	2,6 (0,8)	3,4 (2,0)	
Japan	12,4 (12,4)	7,3 (5,4)	6,5 (5,4)	9,4 (7,6)

Während in Großbritannien die gesamte Investitionstätigkeit in der Wirtschaft von 14 Prozent des BSP 1984 auf 18 Prozent 1989 kletterte, stiegen die Investitionen im produktiven Sektor lediglich von 3 auf 4 Prozent des BSP⁴⁵ - die Zunahme der Industrieproduktion um etwa 15 Prozent verglichen mit 1982 war größtenteils ein Ergebnis der verstärkten Nutzung bestehender Anlagen und Maschinen, wobei die Kapazitätsauslastung an die 100 Prozent heranreichte.⁴⁶

Auf dem Höhepunkt des Aufschwungs behaupteten manche hochrangige Wirtschaftsexperten, daß die Schere zwischen dem allgemeinen Wirtschaftswachstum und dem im Produktionssektor ohne Belang sei, weil - so lautete ihre Argumentationslinie - in einer modernen Wirtschaft Dienstleistungen den produktiven Sektor zunehmend verdrängten. Nun, es stimmt zwar, daß manche Dienstleistungen ebenso vermarktbar sind wie Fabrikwaren. Es sind Waren, die gewinnbringend verkauft werden, und die Arbeit, die in ihnen steckt, ist sehr wohl produktiv⁴⁷ - der Arbeiter, der Computerprogramme schreibt, ist nicht weniger produktiv als derjenige, der die Hardware herstellt, auf der sie laufen. Aber bei weitem nicht alle "Dienstleistungen" sind in diesem Sinne produktiv. Bei vielen geht es nur darum, den bereits hergestellten Reichtum der herrschenden Klasse zu schützen (beispielsweise bei privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei) oder diesen innerhalb der

⁴³ IWF: "World Outlook", Oktober 1992, Tabelle 15, S.61

⁴⁴ Zahlen aus: Armstrong, Glyn und Harrison: "Capitalism Since 1945", Oxford 1991. Tabellen A5 und A6.

⁴⁵ Grafik 11, Bank of England: "Quarterly Bulletin", November 1991, S.150.

⁴⁶ Grafik 4, "National Institute Economic Review", 92/2, Mai 1992, S. 12.

⁴⁷ Im Sinne von Marx.

herrschenden Klasse immer wieder neu aufzuteilen (beim Finanzsektor, der Vertriebs- und Werbebranche und einem Großteil der zivilen Rechtsprechung). Ein Wachstum in diesen Sektoren geht zu Lasten des produktiven Sektors, anstatt ihn zu fördern. Und es gibt viele Anzeichen, daß es eben solche Dienstleistungen waren, die in den 80er Jahren die höchsten Wachstumsraten zu verzeichnen hatten, während das Bild im Bereich der wirklich produktiven Dienstleistungen dem in der Industrie stark ähnelte.

Eine Untersuchung über die USA zeigt, daß, obwohl ein Teil des Wachstums im Dienstleistungsbereich Anfang bis Mitte der 80er Jahre auf "positive Entwicklungen" deutete - z.B. die neu geschaffenen Arbeitsplätze für Programmierer, Systemverwalter, Entwickler und Bioingenieure -, »der überwiegende Teil der in den letzten 15, zehn oder gar fünf Jahren entstandenen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich sehr althergebrachter Art ist: Groß- und Einzelhandel, einfache Bürotätigkeiten, Hausmeisterarbeit, Sicherheitsdienste usw.«⁴⁸

In Großbritannien konzentrierten sich die Investitionen nicht bloß im Dienstleistungssektor, sondern vor allem im unproduktiven Bereich des Dienstleistungssektors. Sie stiegen um zwei Drittel im Bereich des Vertriebs und haben sich im Finanzsektor mehr als verdreifacht.⁴⁹ Der Investitionsboom war vor allem im nicht frei vermarktbareren Sektor der Wirtschaft konzentriert: Finanzdienstleistungen, Immobilienmakler, Einkaufszentren usw.⁵⁰

Der Aufschwung war ein ungleichgewichtiger Aufschwung, er hatte einen Riß. Er verdeckte einige Jahre lang die wirkliche Schwäche der Kapitalakkumulation. Diese Schwäche mußte aber über kurz oder lang den Boom zu Fall bringen und die gesamte Weltwirtschaft wieder in eine offene Krise stürzen.

Vom Wunder zum Trugbild

1987 und 1988 waren für Großbritannien, Frankreich und die USA Wahljahre. Für die bestehenden Regierungen lag es nahe, die wirtschaftlichen Erfolge besonders hervorzuheben. Vor allem der britische Schatzmeister Nigel Lawson machte sich einen Namen, als er von einem »britischen Wirtschaftswunder« sprach. Rückblickend sagt er heute, er habe sich »bloß in einer Tischrede von der Stimmung mitreißen« lassen. Aber schon 1989 waren einige Momente des Ungleichgewichts im Aufschwung nicht mehr zu übersehen. Überall stieg die Inflationsrate.⁵¹ In den USA bereitete die Psychose der Leveraged-Buy-Outs und Junk Bonds den führenden Geschäftsleuten zunehmend Kopfschmerzen. Sie fürchteten sich nämlich vor dem Übergriff spekulativer Plünderer auf ihr eigenes Revier und vor den Kosten für die Großkonzerne infolge der maßlos überhöhten Zinszahlungen

⁴⁸ S. Cohen und J. Zysman: "Manufacturing Matters", New York 1987, S.10.

⁴⁹ Zahlen aus: A. Glyn: "The costs of stability: the advanced capitalist countries in the 1980s" in 'New Left Review', N^o. 195, S. 89.

⁵⁰ J.Wells: "**Britain in the 1990s**" in J.Cornwall (Hrsg.) 'The Capitalist Economics', Aldershot 1991, S.182.

⁵¹ Von einem Durchschnittsniveau um ca. 2,5 Prozent gegen Ende 1987 in den wichtigsten Industrieländern stiegen sie auf ca. 4 Prozent ein Jahr später. Siehe Grafik 2, Internationaler Währungsfonds, "World Outlook", Oktober 1989, S.6.

für Risikoaktien. »Der Verschuldungsrausch - ist die Übernahmewelle zu weit gegangen?« fragte die 'Business Week' auf der Titelseite im November 1988.⁵² Die Ängste erhielten weitere Nahrung durch den plötzlichen Zusammenbruch des gesamten amerikanischen Bausparkassensektors infolge unkontrollierter Spekulation, auf den die Regierung mit dem Versprechen reagieren mußte, Hunderte von Milliarden Dollar locker zu machen, um die Bausparkassen über Wasser zu halten. Schließlich war auch die Staatsverschuldung ein steter Grund zur Sorge.

In Großbritannien bereiteten die Ungleichgewichtigkeiten der Regierung noch größeres Kopfzerbrechen. Der Mangel an produktiven Investitionen bedeutete, daß der Boom zum großen Teil ein Boom an Importwaren war. Die Zahlungsbilanz entwickelte sich von einem geringen Plus im Jahr 1985 zu einem Defizit von 20 Mrd. Pfund 1989, während die Inflation 8 und mehr Prozent erreichte. Der Economist, der noch zwei Jahre zuvor das Programm von Thatcher bejubelt hatte, merkte jetzt an:

»... die reale Inlandsnachfrage stieg um unglaubliche 9,4 Prozent in der zweiten Hälfte von 1987, und die Geschäftsinvestitionen um real mehr als 18 Prozent. Die Frage, die zukünftige Wirtschaftshistoriker nur schwer werden beantworten können, lautet: Wie konnte es Herr Lawson zulassen, daß die Nachfrage mindestens dreimal so schnell wächst wie die potentielle Produktion?«⁵³

Aber die meisten Wirtschaftsexperten des Establishments blieben bei ihrer Ansicht, daß die Ungleichgewichtigkeiten nicht so ernst zu nehmen seien. Notwendig sei lediglich eine begrenzte Einmischung der Regierung, um sicherzustellen, daß der Boom nicht außer Kontrolle gerate. Dann könnte das Wachstum seine gesunde Aufwärtsentwicklung ohne inflationäre Nebeneffekte fortsetzen. Typisch für diese Sichtweise war die Stellungnahme des Internationalen Währungsfonds in seinem 'World Economic Outlook' im Herbst 1989:

»Eine gewisse Verlangsamung der schnellen Wachstumsraten der letzten Jahre scheint in Nordamerika und Großbritannien stattzufinden. Gegenwärtig liefern die Bilanzergebnisse und Gewinnspannen keine klaren Anzeichen dafür, daß sektorielle Ungleichgewichtigkeiten ein solches Ausmaß erreicht hätten, daß eine plötzliche Anpassungsbewegung seitens der Konsumenten oder Unternehmen verursachen könnte ... Das gegenwärtige Niveau der Unternehmensverschuldung ist im internationalen Vergleich nach wie vor niedrig. Der relativ rasche Anstieg der Bruttoverschuldung der privaten Haushalte in mehreren Ländern ist ebenfalls größtenteils durch den steigenden Wert des Haushaltsvermögens ausgeglichen worden.«⁵⁴

Solche Argumente bestärkten die führenden Wirtschaftsexperten in ihrer Haltung, daß begrenzte Maßnahmen - in erster Linie ein Heraufsetzen der Zinsen "eine sanfte Landung" bei kontinuierlichem, nicht-inflationärem Wachstum hervorbringen würden.

Dieser Optimismus wurde in den drei darauffolgenden Jahren immer wieder an den Tag gelegt. Der IWF und die OECD sagten wiederholte Male Wachstum voraus, obwohl sich Stagnation oder gar Minuswachstum einstellen sollten. Im Juni 1990 zum Beispiel behaupt-

⁵² Zitiert in: B. Burrough und J. Helyar: "**Barbarians at the Gate**", a.a.O. Siehe auch 'International Business Week', 7. November 1988.

⁵³ 'The Economist', 12. August 1989.

⁵⁴ IWF, "World Economic Outlook", Oktober 1989, S.7.

tete die OECD, daß sich »das Wirtschaftsleben in der industrialisierten Welt auf eine tragfähige Wachstumsrate von 3 Prozent jährlich eingependelt hat«, und prognostizierte für 1991 2,5 Prozent Wachstum für die USA und 1,9 Prozent für Großbritannien. Starke Exporte würden, so der Bericht, die britische Wirtschaft vor der Rezession bewahren.⁵⁵ In Wirklichkeit erlebte man im folgenden Jahr einen Produktionsrückgang von 0,6 Prozent in den USA und 3,7 Prozent in Großbritannien.⁵⁶ In jenem Jahr hatte es die auserwählte Mannschaft der IWF-Vorhersager weitgehend versäumt, das Abgleiten der angelsächsischen Länder in die Rezession vorauszusehen. Mit ihrem Versagen teilten sie das Schicksal aller, die ihre Prognosen auf Modelle stützen. Der Konsens unter den Wirtschaftsweisen Großbritanniens war, daß die britische Wirtschaft um 1,8 Prozent wachsen und nicht um eben diesen Betrag schrumpfen würde.⁵⁷

Die orthodoxe Lehre irrte in Wirklichkeit in doppelter Hinsicht. Es bedurfte nämlich eines entschiedeneren Eingreifens seitens der Regierung, als sie vorausgesagt hatte, um den Boom wieder unter Kontrolle zu bekommen. Und dieses Eingreifen verursachte in der Tat eine Rezession.

In den USA hatte die FED in dem Jahr bis April 1989 die Zinsen stufenweise um insgesamt 3,5 Prozentpunkte, also um mehr als die Hälfte, angehoben.⁵⁸ Der britische Schatzmeister Lawson hatte sie in der Zeit bis zu seinem Rücktritt im Herbst desselben Jahres verdoppelt. Der Boom setzte sich jedoch fort, und der inflationäre Druck nahm zu. Auf beiden Seiten des Atlantiks erwies sich gerade die Deregulierung, die den spekulativen Boom mit angeheizt hatte, nun als ein Hindernis, um ihn wieder unter Kontrolle zu bringen.

Das war aber nur ein Vorspiel für die Ereignisse von 1990. Die erwartete "sanfte Landung" stellte sich als außerordentlich hart heraus. Sowohl Großbritannien als auch die USA traten in eine wirkliche Rezession ein, und nicht bloß in die von Führern in Politik und Wirtschaft erwartete "Wachstumsrezession". Und der Ausweg aus dieser Rezession erwies sich als schwieriger als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Wie konnte sich die Orthodoxie so sehr irren?

Der Profit und die Zinsraten

Der Optimismus des Establishments von 1988-89 gründete auf der Annahme, daß der Aufschwung eine Reaktion der Wirtschaft auf ein wirkliches und dauerhaftes Wachstum der Profite im ganzen System sei. Daher glaubte der IWF, daß die Gewinne leicht ausreichen würden, um die gewachsenen Bankkredite in den USA zurückzuzahlen, und daß die allgemeine Zunahme der Verschuldung ohne weiteres durch den gewachsenen Wert des Aktivvermögens ausgeglichen sei.⁵⁹ Im Herbst 1989 argumentierte der 'Economist' in Großbritannien ganz ähnlich, daß die steigenden Zinsen kleine und mittlere Unternehmen in Mitleidenschaft ziehen, die großen aber wegen ihrer relativ hohen Profitraten verschonen

⁵⁵ Zusammenfassung der OECD "Economic Outlook" Nr.47 in 'Financial Times', 29. Juni 1990.

⁵⁶ Wachstumszahlen aus 'The Economist', 16. November 1991.

⁵⁷ 'Financial Times', 5. Oktober 1991.

⁵⁸ Siehe z.B. 'The Economist', 26. August 1989.

⁵⁹ IWF: "World Outlook", Oktober 1989, S.9.

würden.⁶⁰

Die Zahlen schienen diese Behauptung zu stützen. Sie zeigten, daß sich die Profitraten auf dem Niveau, das sie nach der Rezession zu Beginn der 80er Jahre erreicht hatten, mehr oder minder halten können.⁶¹ Man schätzte, daß sie in den USA 1989 14 Prozent betragen⁶² und in den größten britischen Industriebetrieben im gleichen Jahr auf 19,5 Prozent gestiegen waren.⁶³ Sogar nachdem die Rezession bereits im vollen Gang war, konnte die Bank von England behaupten, daß die Profitraten *»Ende 1990 nicht weit entfernt von dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre lagen«*.⁶⁴ Das wirft aber eine wichtige Frage für jede Wirtschaftsanalyse auf: Wenn die Profitraten so gesund waren wie behauptet, warum dann der plötzliche Rückfall in die Rezession?

Eine Teilantwort auf diese Frage ist, daß die Zahlen eine Erholung der Profite lediglich auf das Niveau unmittelbar vor der wichtigen Rezession von 1974-76 belegen und nicht auf das weitaus höhere Niveau, das dem langanhaltenden Aufschwung der 50er und 60er Jahre zugrundelag. Es gibt aber darüber hinaus umfassende Belege dafür, daß die wirkliche Rentabilität in der Industrie 1987-88 weitaus niedriger war, als es die Zahlen nahelegen.

Toporowski hat darauf hingewiesen, daß die britischen Zahlen kein genaues Bild von den Bedingungen zeichnen, unter denen sich die inländische Produktion dem Wettbewerb stellen muß.⁶⁵ Denn sie schließen die Auslandsgewinne der britischen multinationalen Konzerne ebenso ein wie auch die hohen Monopolprofite der erst kürzlich privatisierten öffentlichen Versorgungsbetriebe. Er zitiert die regierungseigene Publikation 'Economic Trends' 1989, in der festgestellt wird, daß die Unternehmensgewinne *»durchgängig zu hoch angesetzt«* wurden. Sich auf sein eigenes Wirtschaftsmodell stützend kommt er zu dem Ergebnis, daß *»der Anteil der Profite am Inlandsprodukt in der ersten Hälfte von 1988 immer noch geringer war als Ende der 70er Jahre«*.

Ganz allgemein stellte die Welle der Zusammenschlüsse jener Jahre einen enormen Anreiz für die Firmen dar, ihre Bilanzen durch *»kreative Buchhaltung«* zu frisieren und den ausgewiesenen Gewinn aufzustocken. Dadurch stieg der Preis ihrer Aktien, was den Kauf fremder Firmen verbilligte, falls sie sich als Räuber betätigen wollten, und, falls sie das nicht wollten, potentielle gegnerische Übernahmeveruche erschwerte - und auf alle Fälle brachte es jenen Direktoren, die sich zum Verkauf der eigenen Aktien entschlossen hatten, willkommene Spekulationsprofite ein. Ein kürzlich erschienenenes Buch über das

⁶⁰ "When the pips start to squeak" [Wenn die Welpen zu quietschen anfangen], 'The Economist', 14. Oktober 1989.

⁶¹ Für eine Zusammenfassung des Zahlenmaterials siehe A. Glyn in: 'New Left Review', Nr.195, a.a.O., S.85-88.

⁶² Maß für die "herkömmliche Profitrate", wie von F. Moseley, a.a.O., S.110 und 120, erarbeitet.

⁶³ Zahlen für eine Auswahl der 1.400 größten Unternehmen aus: Bank of England: "**Quarterly Bulletin**", November 1991, S.546. Es muß erwähnt werden, daß Vergleiche zwischen den Profitraten verschiedener Länder sehr irreführend sein können, da sie oft auf einer unterschiedlichen Basis errechnet werden. Siehe auch Bank of England: "Quarterly Bulletin", Februar 1992.

⁶⁴ Bank of England: "Quarterly Bulletin", Februar 1992.

⁶⁵ J. Toporowski, "The Financial System and Capital Accumulation in the 1980s", in: F Green (Hrsg.), a.a.O., S.256.

Murdoch-Imperium sagt:

»Die Mehrheit der Leute, die sich eine Bilanz anschauen, geht davon aus, daß diese eine unwiderlegbare und sachliche Darstellung der Situation liefert. Ordentlich aufgelistete Zahlenkolonnen der Unternehmensgewinne haben eine verlockende Endgültigkeit an sich. Aber, wie Susan Dev, Professorin für Buchführung an der London School of Economics, einmal feststellte: "Profite sind nicht Tatsachen, sie sind lediglich Meinungen."

Das ist eines der großen Geheimnisse der Buchführung, das in privaten Gesprächen zugegeben, von den Buchführern in der Öffentlichkeit aber meist abgestritten wird. Wenn ein Unternehmen seine Bilanz aufstellt, muß es eine Reihe von Annahmen machen. Das liegt vor allem daran, daß es zu Jahresende eine Menge unerledigter Geschäfte gibt, was Unsicherheiten schafft. Zum Beispiel gibt es ausstehende Forderungen, und man muß einschätzen, ob diese bezahlt werden. Es gibt eine Menge Aktiva, und man muß einzuschätzen versuchen, wie lange diese halten werden. Das sind aber alles subjektive Einschätzungen: Ein Unternehmen wird vielleicht die Annahme machen, daß alle Forderungen bezahlt, ein anderes, daß keine bezahlt werden. Das zweite Unternehmen wird dann diese Forderungen abschreiben und folglich einen geringeren Gewinn für das laufende Jahr aufweisen. Profite sind demnach eine Meinungsfrage.«⁶⁶

Buchhalter sind angehalten, buchhalterische Normen einzuhalten, die das Ziel haben, eine gewisse einheitliche Grundlage für solche Meinungsfindungen zu liefern. Aber die Normen variieren von Land zu Land und halten außerdem nicht unbedingt Schritt mit der neuesten Praxis der Firmen bei der Festlegung ihrer Gewinnspannen. So gab Rupert Murdochs News International Nettoprofite von 1.163.626.000 australischen Dollar für das Jahr 1989 an, fast dreimal soviel wie für 1987. Wenn man die US-Normen angewandt hätte, hätte das eine Steigerung von lediglich 3 Prozent für den gleichen Zeitraum ergeben.⁶⁷

Britische Buchhaltungsnormen sollen angeblich strenger als die australischen sein.⁶⁸ Aber im Sommer 1992 verursachte der Forschungsdirektor der Londoner Börsenmaklergruppe UBS Phillips and Drew, Terry Srnith, einen Skandal (und verlor deswegen auch seinen Job), als er ein Buch veröffentlichte, das eine Reihe von vollkommen legalen Wegen auflistete, wie britische Firmen ihre Profitangaben frisieren können, und auch eine ganze Latte sehr großer Gesellschaften anführte, die, das in den späten 80er Jahren tatsächlich praktiziert hatten.⁶⁹ Der Freiraum für in Großbritannien ansässige Firmen, ihre Profite aufzublähen, wurde 1992 durch die Einführung einer neuen Buchungsnorm, FRS3, ein-

⁶⁶ R. Belfield, C. Hird und S. Kelly: "Murdoch, the decline of an empire", London 1991, S.232-233.

⁶⁷ Zahlen aus: ebenda, S.235.

⁶⁸ Belfield, Hurd und Kelly, ebenda, führen dies als Grund für Murdochs Wahl von Australien als Ort für die Bilanzveröffentlichung seines multinationalen Imperiums an. Natürlich können Profite mit Hilfe der gleichen Technik auch unterschätzt werden. Das wird allerdings nur versucht werden, wenn sich Unternehmen vor der Gewinnsteuer und nicht vor der Übernahme fürchten. Eine Unterschätzung der Profite war daher in den 60er Jahren wahrscheinlich, in den 80er Jahren war ihre Überschätzung zu erwarten. Insgesamt haben die Bilanztechniken den Fall der Profitrate zwischen beiden Perioden teilweise verdeckt.

⁶⁹ Siehe T. Smith: "Accounting for Growth", London 1992.

geschränkt. Der ausgewiesene Gewinn der Bau-, Maschinenbau- und Reedereigiganten Trafalgar House, der nach der alten Norm 122 Mio. Pfund betragen hätte, verwandelte sich in einen Verlust von 28,5 Mio. Pfund.⁷⁰ Marx merkte im Kapital an,

»daß der Schein eines sehr soliden Geschäftes und flotter Rückflüsse noch ruhig fortexistieren kann, nachdem die Rückflüsse in der Tat schon längst nur noch auf Kosten teils geprellter Geldverleiher, teils geprellter Produzenten gemacht worden sind. Daher scheint immer das Geschäft übertrieben gesund gerade unmittelbar vor dem Krach. Das Geschäft ist immer kerngesund bis auf einmal der Zusammenbruch erfolgt.«⁷¹

Die ausgehenden 80er Jahre liefern unzählige Beispiele für solche aufgeblähten Profitspannen, was ein vollkommen verzerrtes Bild von dem Gesundheitszustand sowohl einzelner Firmen als auch des kapitalistischen Systems als Ganzes liefert. Das Bild von den Profiten, die in Wahrheit niedriger sind als die angegebenen, wird bestätigt durch eine ganz andere Statistik, nämlich die des Zinsniveaus, das von Mitte bis Ende der 80er Jahre hoch blieb.

Zinsrate und Profitrate stehen meistens im umgekehrten Verhältnis zueinander wenn - die eine steigt, sinkt die andere.⁷² Das liegt daran, daß das Zinsniveau von dem Verhältnis der in das Finanzsystem fließenden Geldströme zur Nachfrage nach Krediten aus demselben abhängt (Banken und Regierungen können die Zinsen nur innerhalb von Grenzen, die von diesem Verhältnis abhängen, manipulieren). Der Großteil des zufließenden Geldstroms stammt aus den Profiten, die in der Industrie erwirtschaftet und an die Banken verliehen werden.⁷³ Wenn die Profite hoch sind, steigt der Zustrom von Geldern in das Finanzsystem, und das Angebot übersteigt die Nachfrage. Die Kosten für das Leihen von Geld - die Zinsen - sinken. Wenn andererseits die Profite niedrig sind, versiegt der Geldstrom in das Finanzsystem, die Nachfrage übersteigt das Angebot, und die Kosten für das Leihen von Geld steigen. Hinzu kommt, daß niedrige Profitraten Firmen, die investieren wollen, keine andere Wahl lassen, als ihren Schuldenanteil zu erhöhen, was die Nachfrage nach Geldmitteln gerade zu einem Zeitpunkt vergrößert, wo das Angebot fällt, wodurch die Zinsen noch weiter in die Höhe getrieben werden.⁷⁴

Die hohen Zinsen der zweiten Hälfte der 80er Jahre sind also eine Absonderlichkeit. Sie zeigen, daß die angegebenen Gewinnraten das wirkliche Verhältnis des Mehrwerts zu den Investitionen im gesamten System ernsthaft übertreiben. Dieses absonderliche Ergebnis war aber nicht nur ein Resultat von falschen Angaben über Firmengewinne. Es spiegelte auch die Veränderungen im System infolge der Zentralisation und Konzentration des Kapitals wider.

⁷⁰ 'Guardian und Financial Times', 2. Dezember 1992.

⁷¹ Karl Marx: "Das Kapital", Bd.III, Ost-Berlin 1972, S.501-502.

⁷² Das Verhältnis variiert im Laufe des wirtschaftlichen Auf und Ab, so daß nicht jede Zinserhöhung unmittelbar mit einem Rückgang der Profite einhergeht. Aber der allgemeine Trend der ersteren steht im umgekehrten Verhältnis zum allgemeinen Trend des letzteren.

⁷³ Das gilt sogar für einen Großteil der "Familienersparnisse", die auf das Konto der Dividendeneinkünfte und hohen Gehälter der Kapitalistenklasse gehen.

⁷⁴ Diese ganzen Zwänge verschärfen sich im ersten Stadium der Rezession. Diejenigen, die während der Boomphase zu viel geborgt haben, versuchen noch mehr Geld zu pumpen, um ihre Verluste zu decken.

Die Rezession der frühen 80er Jahre hatte im großen und ganzen nicht in eine große Zahl von direkten Pleiten gemündet. Wenn Firmen am Rande des Zusammenbruchs standen, übten Banken oder Regierungen (oder beide) vielmehr politischen Druck aus, um sie über Wasser zu halten - der Fall Chrysler in den USA ist lediglich das berühmteste Beispiel. Das aber bedeutete, daß ihre Verluste in Bankschulden umgeschrieben wurden, entweder direkt, indem ihnen die Banken höhere Kredite dafür selbst mehr aus dem Banksystem borgen mußten. In beiden Fällen verschwanden die Verluste aus den Firmenbilanzen, nur um als verliehenes Geld in den Bankbilanzen wieder aufzutauchen.

Gleichzeitig unternahmen die Regierungen überall große Anstrengungen, um den Gewinn nach Steuern der Unternehmen durch eine Senkung der Betriebssteuern möglichst zu entlasten. Der Anteil der Ertragssteuer am gesamten Steueraufkommen der USA, der 1950 noch ein Drittel betragen hatte, war in den frühen 70er Jahren auf ein Sechstel gesunken und betrug in den späten 80er Jahren kaum noch mehr als ein Zehntel. Das trug zum Haushaltsdefizit bei, was wiederum die Belastung des Systems als Ganzes durch die höhere Gesamtkreditaufnahme verstärkte.⁷⁵ Mitte der 80er Jahre waren es nicht mehr nur einzelne Firmen, die vom Rest des Systems freigekauft werden mußten. Wichtige Staaten wie Mexiko, Brasilien und Polen schlitterten haarscharf am Bankrott vorbei und mußten durch eine koordinierte Aktion der weltgrößten Banken und zwischenstaatlichen Institutionen wie dem IWF gestützt werden.

Als der spekulative Boom in den späten 80er Jahren ins Stocken geriet, sahen sich Staaten wieder einmal gezwungen, auf ihre Geldsäcke zurückzugreifen, um Riesenfirmen zu schützen. Die US-Regierung stopfte die Verluste der Bausparkassen (Loans- and Savings-Associations) - und war dabei gezwungen, sich diese Gelder durch eine erhöhte Kreditaufnahme zu verschaffen. In diesem Fall war der Auftrieb des allgemeinen Zinsniveaus eine unmittelbare Folge der kreativen und oftmals betrügerischen - Buchführungsmethoden, die die Sparkassen so profitabel erscheinen ließen. In anderen Fällen hatten sich die Banken durch ihre Geldgier dazu verleiten lassen, riesige Summen an Unternehmen zu verleihen, die diese auf die eine oder andere Art einsetzten, um ihre ausgewiesenen Gewinne zu erhöhen. Robert Maxwell, Boß des weltweit größten Druck- und Verlagsimperiums, hatte so betrügerische Gewinne geschöpft, bevor er sich ins Meer stürzte und sein Imperium unterging. Genauso war es auch im Fall der gigantischen Bank of Credit and Commerce International.

Diese Betrügereien waren aber nicht der entscheidende Punkt. Von wirklicher Bedeutung ist die Tatsache, daß gerade jene Maßnahmen, die die Rentabilität des Finanzsektors der Wirtschaft scheinbar steigerten, gleichzeitig die allgemeine Schulden- und Zinsbelastung für den produktiven Sektor des Systems erhöhten und damit seine Fähigkeit schwächten, kontinuierlich zu akkumulieren. Das wird an der Entwicklung der Investitionen deutlich. Sie flossen in den meisten Fällen nicht in den produktiven Sektor, was sonst zu erwarten gewesen wäre, wenn die Profite wirklich so hoch gewesen wären, wie es den Anschein hatte. Wie Glynn bemerkte: *»In Großbritannien stagnierten die Investitionen in der Industrie und der Landwirtschaft zwischen 1979 und 1989, jene im Vertrieb verdoppelten sich und jene im Finanzsektor haben sich mehr als verdreifacht. Die Zahlen*

⁷⁵ Siehe F.P. Cipolla: "Profit rate and public deficit in the USA" in: 'Review of Radical Political Economy', Bd.24, Nr.2, 1992, S.77.

sprechen für ein ähnliches, vielleicht sogar noch verzerrteres Muster in den USA«⁷⁶

In Wirklichkeit stiegen die Investitionen in den meisten Ländern im allgemein geschäftlichen wie auch im produzierenden Sektor erst 1988-89, also ganz am Ende des Booms.⁷⁷

Der Konsum und die Krise

Abgesehen vom Profitniveau muß noch ein weiteres Element bei jeder Wendung eines Aufschwungs in einen Abschwung in Betracht gezogen werden, nämlich die Höhe und die Beschaffenheit des Konsums. Es gibt Theorien, die eine einfache Erklärung für Rezessionen aufgrund des niedrigen Konsumniveaus liefern. Solche "Unterkonsumtionstheorien" wurden von frühen Ökonomen wie Malthus und Sismondi entwickelt und später von liberalen Ökonomen wie Hobson und Keynes wieder aufgegriffen. Marxistische Varianten dieser Theorie sind ebenfalls entwickelt worden, die bekanntesten von Rosa Luxemburg und in jüngerer Vergangenheit von Paul Sweezy und Paul Baran.⁷⁸ Das Grundargument lautet, daß es in einer auf Profit basierenden Wirtschaft per Definition immer eine Schere geben muß zwischen dem, was Arbeiter produzieren, und dem, was sie verbrauchen. Je größer diese Schere ist - und je größer damit die Rentabilität des Systems - desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß es nicht genügend Nachfrage seitens der Konsumenten geben wird, um alles, was die Arbeiter herstellen, kaufen zu können.

Diese Theorien sind falsch, weil die Schere zwischen Produktion und Nachfrage sehr wohl ausgefüllt wird, wenn Unternehmer ihre Profite für Investitionen in neue Werke und Ausrüstung verwenden - und das werden sie auch tun, wenn die Rentabilität hoch genug ist.⁷⁹ Diese Theorien weisen dennoch auf eine Quelle der Instabilität im Kapitalismus - wie Marx selbst anerkannte, als er bemerkte: »*Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.*«⁸⁰

Wie wir bereits gesehen haben, bedeutet die Kapitalakkumulation ein weitaus schnelleres Wachstum der Produktionsmittel als der Zahl der Arbeiter. Die Masse der Profite kann

⁷⁶ A. Glyn: op.cit., 'New Left Review' N°. 195, a.a.O., S.89.

⁷⁷ Ebenda, S.97-98.

⁷⁸ R. Luxemburg: "**Die Akkumulation des Kapitals**", Ost-Berlin 1985;

P. Baran und P. Sweezy: "**Monopoly Capital**", London 1973.

⁷⁹ Weder Rosa Luxemburg noch Baran und Sweezy waren so dumm, die Auswirkung von Investitionen nicht zu berücksichtigen. Ihr Argument war nur, daß letztere die Lücke bloß vorübergehend füllen könnten. Rosa Luxemburg argumentierte, daß der Kapitalismus unmöglich das richtige Verhältnis zwischen Investitionen und Konsumtion über einen Zeitraum von mehreren Produktionszyklen aufrechterhalten könne, und daß es sowieso ein Widerspruch in sich sei, von einer Produktion zu reden, die auf etwas anderes als auf Konsumtion ziele. Baran und Sweezy argumentierten, daß die kapitalistische Entwicklung zur Monopolisierung führe, und daß Monopole einfach keinen Grund mehr hätten, im notwendigen Ausmaß zu investieren.

⁸⁰ Das Kapital, Bd.III, S.501.

mit der Steigerung des allgemeinen Investitionsniveaus nur Schritt halten, wenn mehr Profite pro Arbeiter geschöpft werden - das heißt, wenn der Anteil der Produktion, der den Arbeitern zukommt, fällt, während die Gesamtproduktion steigt. Wenn das nicht geschieht, dann wird die Profitrate sinken. Der Erfolg des Systems hängt also von einer kontinuierlichen Ausweitung der Schere zwischen der Gesamtproduktion und dem Konsum der Arbeiterklasse ab. Aber je größer diese Schere wird, desto mehr hängt die Stabilität des Systems von den Investitionen ab - die ihrerseits von der Aufrechterhaltung der Profitrate durch eine weitere Ausweitung der Schere abhängen.

Wenn irgendetwas geschieht, was die Profitrate in Mitleidenschaft zieht, dann werden die Investitionen auf einmal nicht mehr ausreichen, um die Lücke zwischen Produktion und Konsumtion zu schließen. Firmen werden nicht mehr alle produzierten Waren verkaufen können. Sie werden gezwungen, ihre Preise niedrig zu halten. Ihre Profite werden weiter fallen, Investitionen werden weiter zurückgeschraubt, noch mehr Güter werden unverkauft auf Lager bleiben, und eine allgemeine Überproduktionskrise wird das Ergebnis sein.

Die Eigendynamik des Systems, der Trieb zur Akkumulation, hat die Bedingungen hervorgerufen, in denen der Konsum der Massen zu hoch ist, um eine für die weitere Akkumulation genügende Profitrate zu gewährleisten, und zu niedrig, um die Industrieproduktion aufzunehmen. Eine Anhebung des Massenkonsums kann die Krise nicht lösen, denn das würde weitere Einschnitte in die allgemeine Profitabilität mit sich bringen und somit eine weitere Bedrohung für Investitionen bedeuten. Eine Senkung des Massenkonsums kann die Krise auch nicht sofort lösen, da sie die Nachfrage nach Industrieprodukten reduzieren und somit Firmen daran hindern würde, ihre Rentabilität unmittelbar wiederherzustellen.

Das sind genau die Bedingungen, die wir während der ganzen 80er Jahre vorfinden. Die Profitrate wurde teilweise wiederhergestellt durch eine Reduzierung des Anteils der Arbeiter (in marxistischer Terminologie: durch eine Erhöhung der Ausbeutungsrate). Die Wiederherstellung ging aber nicht weit genug, um die Investitionstätigkeit auf das Niveau der 50er und 60er Jahre zu heben. Die Gesamtproduktion war nach wie vor höher als Investitionen und Konsum der Arbeiter zusammengenommen. Die Überproduktion war eine ständig lauende Gefahr. Dies erklärt die Neigung des Systems zur Krise, ist aber nicht eine ausreichende Erklärung dafür, warum die Krise nicht früher ausgebrochen ist, z.B. zum Zeitpunkt der leichten Stockung 1985-86 oder des Börsenkrachs von 1987. Der Boom und nicht die Krise wird dann zu einer schwierigen Frage der Analyse.

Unproduktive Konsumtion und die Krise

Unsere Analyse muß noch einen weiteren Faktor neben der produktiven Investition und dem Konsum der Arbeiter berücksichtigen, nämlich das Ausmaß an unproduktiven Ausgaben der Kapitalistenklasse. Der Luxuskonsum der Kapitalisten selbst fällt in diese Kategorie. Er saugt die Produkte des Systems auf, ohne dafür neue herzustellen. Gleiches gilt für die Konsumtion derjenigen, die den Kapitalisten eine Reihe von Dienstleistungen anbieten - ihre Diener, Rechtsanwälte, Privatärzte, ihre Sicherheitskräfte und, über den Umweg ihres Staates, das Militär und die Polizei.

Hinzu kommen noch die Ausgaben der Kapitalisten (sowohl einzelner als auch ganzer Firmen), die der Ausweitung ihrer Marktanteile und Profite auf Kosten anderer Kapitalisten dienen - Ausgaben beispielsweise für Werbung und Marketing, für die Spekulation bei Grundstückerschließungen und auf der Börse, für das Leihen und Verleihen von Geld. Diese "unproduktiven" Ausgaben gibt es immer. Aber solange sich das Gesamtsystem im Aufschwung befindet, spielen sie im Vergleich zu den produktiven Ausgaben eher eine Nebenrolle. In solchen Aufschwungszeiten haben die Kapitalisten keine Schwierigkeiten, Profite zu machen und zu realisieren, egal was in ihren Werken produziert wird. Sie werden nicht zu enormen unproduktiven Ausgaben gedrängt, bloß um zu überleben.

Es ergibt sich aber ein ganz anderes Bild, wenn der Aufschwung ins Stocken gerät. Erhöhte Ausgaben für Werbung und Marketing sind jetzt für jeden Kapitalisten unabdingbar, der seine Konkurrenten schlagen will. Die Verlockung von Profiten durch Spekulation wird umso größer, wenn die Profite aus der unmittelbaren Produktion bedroht sind. Auch psychologische Faktoren können den Luxuskonsum der Kapitalistenklasse in die Höhe treiben. Demonstrativer Konsum wird zur Norm in einer Atmosphäre des »laßt uns essen, trinken und fröhlich sein, denn morgen sind wir hinüber«. Die gleiche Krise, die das Niveau der produktiven Investitionen reduziert, kann unproduktive Ausgaben in die Höhe treiben, und letztere können der stockenden Nachfrage nach Industrieprodukten einen Anstoß geben.

Grossmann wies auf das Verhältnis zwischen der Krise im produzierenden Gewerbe und der aufblühenden Spekulation unmittelbar vor dem Wall Street Crash in den 20er Jahren hin:

»... Das überproduzierte Kapital steht einem Mangel an Investitionsgelegenheiten gegenüber ... das überflüssige und brachliegende Kapital kann den vollständigen Zusammenbruch der Rentabilität nur durch den Kapitalexport oder seine Verwertung auf der Börse abwenden. Während der Wirtschaftsflaute von 1925-26 flossen daher Gelder in die Börse... Das Spekulationsfieber ist lediglich ein Barometer für den Mangel an produktiven Anlagemöglichkeiten...«⁸¹

In seinem Rückblick auf den Crash und die nachfolgende Krise hob Lewis Corey hervor, wie solche unproduktiven Ausgaben den Boom der "wilden 20er Jahre" ermöglicht hatten, nur um den anschließenden Zusammenbruch noch gewaltiger zu machen.⁸²

Solche unproduktiven Ausgaben spielten in den 80er Jahren eine ähnliche Rolle. Das Jahrzehnt erlebte eine Blütezeit der Ausgaben fürs Militär, für Werbung, Marketing, Spekulation und Luxusanschaffungen, die ihren Höhepunkt 1987-89 hatte. Vor allem nach der aufkommenden Wirtschaftsflaute von 1985-86 flossen Gelder verstärkt in Immobilien, geschäftliche Dienstleistungen und in die Börse auf der Suche nach Profiten, die durch produktive Investitionen nicht zu verwirklichen waren. Gleichzeitig gewährte die britische und die amerikanische Regierung den Superreichen eine riesige, und den Mittelschichten eine etwas bescheidenere Zulage durch Steuersenkungen, Anreize an die Firmen, höhere Spitzengehälter zu zahlen, Deregulierung des Finanzwesens und den Verkauf von Aktien von

⁸¹ H. Grossmann, a. a. O., S.531ff.

⁸² L. Corey: "**The Decline of American Capitalism**" [Der Niedergang des amerikanischen Kapitalismus], London 1935, S.172.

zu privatisierenden Staatsunternehmen zu Schleuderpreisen. »In den 80er Jahren waren die Gehälter der leitenden Manager der dreihundert größten amerikanischen Konzerne 29 mal höher als die eines Durchschnittsarbeiters in der Produktion. Zehn Jahre später lagen sie bereits 93 mal höher.«⁸³ In Großbritannien stiegen die Gehälter von Firmendirektoren während der ganzen 80er Jahre um 20 Prozent jährlich;⁸⁴ die Dividendenausschüttungen der größten 1.400 Unternehmungen stiegen 1988 um 20,4 Prozent, 1989 um 33,9 Prozent und 1990 um 20,3 Prozent;⁸⁵ die Ausschüttungen im Produktionssektor lagen 1989 real um 73 Prozent höher als zehn Jahre zuvor, »während die Gesamtlohnsumme real um fast 5 Prozent zurückgegangen war«.⁸⁶

Unproduktive Ausgaben durch die Firmen und riesige Geschenke an die Reichen schufen in der Tat einen Markt für produktive Unternehmen, für solche z.B., die Luxusautos herstellen oder Waren für die Bauindustrie liefern. Sie schufen auch Arbeitsplätze für nichtproduktive Angestellte - Wertpapierhändler, Rechtsanwälte, Immobilienmakler, Bankangestellte, Werbeleiter usw. -, die ihrerseits die Nachfrage für Güter anderer Industrien erhöhten. Riesige Reichtümer wurden in jenen Jahren angehäuft, trotz des langsamen Akkumulationstempos. Es war aber eine Art der Erzeugung von Reichtum, die sich nur bis zu einem gewissen Grad selbst tragen konnte. Sie stand in einem parasitären Verhältnis zu den Profiten, die in der produktiven Industrie erzeugt wurden und die sie in ihrer unersättlichen Gier und Freßsucht ständig wiederverwerteten. Sobald diese Profite ernsthaft zurückgingen, mußte das ganze Gebäude der Geschäftsspekulation und Luxusproduktion zusammenkrachen.

Akkumulation, Ausbeutung, Produktivität und Profite

Die Akkumulation in der produktiven Industrie vollzog sich langsam. Sie fand dennoch in bescheidenem Maße statt, so daß die Investitionen pro Arbeiter langsam anstiegen. Das Verhältnis der Produktionsmittel und -materialien zur Arbeiterschaft in der produktiven Industrie der USA wuchs in der Periode von 1977-87 um 2,37 Prozent jährlich⁸⁷ - ein beträchtlicher Anstieg, wenn auch weniger als die 3,47 Prozent im vorhergehenden Jahrzehnt;⁸⁸ in Großbritannien ist die arbeitende Bevölkerung mehr oder minder konstant geblieben, während das Grundkapital wächst... Die Wachstumsrate des Grundkapitals betrug 1970 4 Prozent und ging [Mitte der 80er Jahre] auf 2 Prozent jährlich zurück.⁸⁹ In den frühen 80er Jahren hatte die Erhöhung der Ausbeutungsrate ausgereicht, um das steigende Verhältnis der Investitionen zur Zahl der Arbeiter auszugleichen. Aber in den ausgehenden 80er Jahren war das immer weniger der Fall. Der Produktivitätsanstieg in der verarbei-

⁸³ J.K. Galbraith, a.a.O., S.55.

⁸⁴ Untersuchung der London Business School und des Centre for Economic Performance an der London School of Economics, zitiert in 'Financial Times', 28. November 1992.

⁸⁵ Auswertung der Repräsentativerhebung der 1.400 größten britischen Unternehmen in Bank of England: 'Quarterly Bulletin', November 1991, S.546.

⁸⁶ A. Glynn, a.a.O., S.92.

⁸⁷ Was Marx die "technische Zusammensetzung des Kapitals" nannte.

⁸⁸ Berechnung von F. Moseley, a.a.O. S.97.

⁸⁹ "Beyond the profit squeeze", Lloyds Bank Economic Review, Juni 1989 (a.a.O.).

tenden Industrie blieb unter dem Niveau der Jahre 1983-84⁹⁰ - in allen Industrieländern stieg die Produktion pro Arbeiter in der Stunde um 5,1 Prozent im Jahr 1983 und um 5,4 Prozent 1984, aber nur noch um 3,3 Prozent 1987, 4,6 Prozent 1988 und 3,6 Prozent 1989. Hinzu kam, daß die Unternehmer in den Jahren 1988-89 angesichts eines Rückgangs der Arbeitslosenzahlen von ihren erreichten Spitzenwerten überall Schwierigkeiten hatten, die Löhne zu bremsen. Die Statistiken zeigen eine allgemeine, sich beschleunigende Aufwärtsentwicklung der Löhne und Lohnstückkosten in den meisten Industrieländern in den Jahren 1987-88 - vor allem in den USA und in Großbritannien.⁹¹

Die Gesamtinvestitionen, die aus den Profiten bezahlt werden mußten, stiegen jedoch weiter. Sogar nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 setzte sich die angeheizte Investitionstätigkeit im nichtproduktiven Konsumsektor fort. In Großbritannien zum Beispiel begann man mit dem Bau von Londons größtem Büroprojekt, dem Canary Wharf, erst im November 1987, und das Vermögen eines der größten Bauunternehmers, Rosehaugh, stieg in den zwei darauffolgenden Jahren 1988 und 1989 steil an.⁹² Großbritannien war dabei keineswegs ein Einzelfall. Ähnliche Tendenzen waren weltweit festzustellen, in Tokio, Toronto, New York und sogar in Lahore - alle hatten ihre Bürotürme, die aus dem Boden sprießten. Hinzu kam, daß der allgemeine Anstieg der Geschäftsinvestitionen in den letzten Jahren des Aufschwungs noch von einem plötzlichen Anstieg der Investitionen im industriellen Sektor der bedeutendsten Industrieländer begleitet wurde.

Der Zeitpunkt mußte kommen, wo die Geschäftswelt entdeckte, daß die Masse der Gesamtprofite nicht mehr ausreichte, um die Profitabilität ihrer wachsenden Investitionen aufrechtzuerhalten. In den USA kam dieser Wendepunkt gegen Ende 1989. »Für die Profite kommen harte Zeiten. Die Gewinne sanken unerwarteterweise um 22 Prozent im dritten Quartal«, berichtete die Business Week über die US-Wirtschaft Ende 1989.⁹³ Sie gab den »steigenden Löhnen«, vor allem »dem Anstieg der Lohnstückkosten um 5,5 Prozent - doppelt soviel wie der durchschnittliche Anstieg in den letzten fünf Jahren« und den steigenden Zinszahlungen infolge des Fusionierungsbooms die Schuld dafür.

In Großbritannien wichen die Voraussagen vom Anfang des Jahres 1990, daß »die Profite um die 10-Prozent-Marke herum hochgehen würden«, im September desselben Jahres der Einsicht, daß sie fallen würden.⁹⁴ In der Tat fielen die Profite der nicht am Nordseeöl beteiligten Unternehmen von knapp über 10 Prozent Mitte 1986 auf knapp über 6 Prozent Mitte 1990.⁹⁵

⁹⁰ Internationaler Währungsfonds, "World Economic Outlook", Oktober 1989, Tabelle AIO: Stundenlöhne, Produktivität und Lohnkosten in der Produktion.

⁹¹ IWF, "World Economic Outlook", Oktober 1989, Grafik 8, S.12, und, für Großbritannien, "Bank of England Quarterly Bulletin", August 1992, Tabelle A, S.298.

⁹² Siehe "Receivers move into Rosehaugh's properties" [Konkursverwalter betreten Rosehaughs Grundstücke], 'Financial Times', 1. Dezember 1992.

⁹³ 'Business Week', 13. November 1989, S.80.

⁹⁴ A. Brummer, 'Guardian', 14. September 1990.

⁹⁵ "Bank of England Quarterly Bulletin", November 1991, Grafik 4.

Die Rezession

Der Rückgang der Profite setzte einen Teufelskreis in Gang. Er zwang die Firmen dazu, mehr Geld zu borgen, um unvollendete Investitionsvorhaben zu finanzieren. Er reduzierte aber auch gleichzeitig den Geldfluß in das Bankensystem. Die Zinsen stiegen weiterhin, was die Profite noch weiter schmälerte und die Firmen zu noch mehr Schuldenmachen trieb: Zwischen 1987 und 1991 haben sich die durchschnittlichen Bankschulden britischer Firmen mehr als verdoppelt.⁹⁶ Das endete zwangsläufig damit, daß einigen Firmen die liquiden Mittel ausgingen, um ihre Schulden zu bezahlen, und sie Konkurs anmelden mußten. Die Banken konnten das verliehene Geld nicht mehr zurückbekommen, und ihre Jahresbilanzen litten dementsprechend. In ihrem verzweifelten Bemühen, weitere Verluste zu vermeiden, schraubten sie ihre Kreditvergabe an andere Firmen zurück. Bereits im März 1990 sprach man in den USA von einer »Kreditschraube«, die »eine unerwartete Bedrohung für die schwache amerikanische Wirtschaft darstellen und die USA in die Rezession treiben« könnte.⁹⁷

Ende 1990 war die Rezession in den USA und in Großbritannien eigentlich bereits voll im Gange - obwohl die britische Regierung immer noch behauptete, es handle sich lediglich um eine "Wachstumsschwäche". Um die Jahreswende konnte die Wirklichkeit dann doch nicht mehr vertuscht werden. In Großbritannien wurde die bittere Wahrheit durch eine Reihe von Zeitungsschlagzeilen ins Bewußtsein gehämmert. »Zunehmende Sorgen in der City und der High Street, daß die Flaute erst beginnt, und uns noch Schlimmeres erwartet«, kommentierte der 'Observer'.⁹⁸ »Der Investitionsrückgang deutet auf eine tiefere Rezession«, warnte die 'Financial Times',⁹⁹ und in einer späteren Ausgabe stand dann: »Ein hartes Jahr für alle, ein schmerzliches für viele.«¹⁰⁰

Anfänglich wurden gerade jene Firmen von der Rezession am schlimmsten betroffen, die in die Ausgabenexplosion der 80er Jahre im nichtproduktiven Sektor besonders eng verstrickt waren - vor allem Immobilienfirmen. Sobald sich der Boom verlangsamte, wurde klar, daß das Spekulationsfieber den Immobilienmarkt in gänzlich unrealistische Höhen getrieben hatte. Der 'Economist' brachte bereits im Oktober 1989 den warnenden Hinweis, daß die Überkapazitäten an Büroflächen in der Londoner City die 10-Prozent-Marke überschritten hatten, wobei noch weitere 35 Millionen Quadratfuß zwischen 1990 und 1992 auf den Markt geworfen werden sollten. Es hieß außerdem, daß »die Banker in Anbetracht der 27 Milliarden Pfund an ausstehenden Forderungen an Bauunternehmer langsam Schweißausbrüche bekommen«. ¹⁰¹ Jedoch konnte das Magazin noch hinzufügen, daß »trotz allen Trübsinns alle Warnungen vor einem Crash ähnlichen Ausmaßes wie 1973-74 in den Wind geschlagen werden«. Drei Jahre später waren bedeutende Immobilienfirmen wie Olympia and York (Bauherr von Canary Wharf), Rosehaugh (einer der am Entwicklungsprojekt von Broadgate beteiligten Bauherren und vorgesehener Bauherr des Entwick-

⁹⁶ "Profitability of large companies", Bank of England's Quarterly Bulletin, November 1991, S.547.

⁹⁷ 'Wall Street Journal', 22. März 1990.

⁹⁸ 'Observer', 10. Februar 1991.

⁹⁹ 'Financial Times', 20. Dezember 1990.

¹⁰⁰ 'Financial Times', 22. Januar 1991.

¹⁰¹ 'The Economist', 14. Oktober 1989, S.138.

lungsprojektes Kings Cross) und Heron sämtlich pleitegegangen, während die Zukunft anderer Firmen wie Stanhope ungewiß blieb.

In den USA verschärfte die Flaute auf dem Immobilienmarkt die Krise seiner Kreditgeber - in erster Linie der Sparkassen und der Banken in Regionen wie Neu-England. In Großbritannien sind die großen einheimischen Banken zwar nicht zugrundegegangen, aber der Immobilienkrach kostete sie mehrere hundert Millionen.

Die Probleme des Immobilienmarktes und der Banken holten die Firmen im produktiven Sektor der Wirtschaft ein - gerade zu dem Zeitpunkt, als ihnen ihre eigenen Investitionen schwindende Einnahmen bescherten. Einige hingen selbst im Immobiliengeschäft drin oder waren mit den Banken eng liiert. Viele wandten sich an die Banken, um ihre Zahlungsprobleme zu lösen, gerade als die Banken ihre Kreditlinien verschärfen. Alle verloren Marktanteile in dem Maße, wie die für den nichtproduktiven Sektor Wirtschaftenden ein Loch in die allgemeine Nachfrage rissen. Eine ganze Riege von Firmen in Großbritannien, die sich unter Thatcher einen Namen gemacht hatten, brach zusammen - Colorol, British and Commonwealth, Polly Peck, Maxwell Communications Corporation, Dan Air. Andere konnten sich um ein Haar gerade noch retten: Rupert Murdochs News International zum Beispiel, dessen Größe allein ausreichte, um einen auserlesenen Kreis internationaler Banken von einer Einforderung ihrer Kredite abzuschrecken. In den USA winselten Giganten wie Ford, während General Motors und IBM die schwersten Verluste zu verzeichnen hatten, die bei Industriebetrieben je gesehen worden waren, und Pan Am Bankrott anmelden mußte.

Deregulierung und die Krise

Erst nachdem die Rezession voll im Gange war, beeilten sich diejenigen die sie selbst gar nicht vorausgesehen hatten, der Regierungspolitik aus der Zeit von vor zwei oder drei Jahren früher die Schuld zu geben. Wenn die Regierungen bloß kein Geld in das Finanzsystem nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 gepumpt hätten, behaupteten sie jetzt, dann wäre der Immobilien- und Kreditboom niemals außer Kontrolle geraten, und es wäre 1988 oder 1989 zu einer weichen Landung gekommen. Ausgefeiltere Analysen wiesen auf die Deregulierungswelle im Finanzsystem Anfang und Mitte der 80er Jahre hin. Das Problem sei nicht, daß die Regierungen absichtlich Kreditrahmen und die Geldmenge außer Rand und Band geraten ließen, sondern vielmehr, daß sie die Mechanismen, mit denen sie solche Dinge früher hatten kontrollieren können, aufgegeben hätten - und das trotz ihrer Festlegung auf die monetaristische Lehre, die solchen Kontrollmechanismen einen zentralen Platz einräumt.

Aber solche Argumente ließen - und lassen noch heute - zwei Dinge außer acht. Erstens bot der Boom in Spekulationsgeschäften, nichtproduktiven Dienstleistungen und Luxusproduktion sowie bei den zu ihrer Finanzierung erforderlichen Krediten während der ganzen 80er Jahre den einzigen Ausweg für das System, seine Unfähigkeit auszugleichen, im produktiven Sektor der Wirtschaft zu investieren. Ohne die Kreditexplosion hätten die Apologeten des Systems 1986 und wieder 1988 nicht behaupten können, daß es sich glorreich von der Krise befreit habe. Die Phase der wirtschaftlichen Erholung wäre wahr-

scheinlich bereits zu Ende gegangen, noch bevor sie drei Jahre alt war, nämlich zur Zeit des industriellen Abschwungs von 1984-85. Die Erholung hätte jedenfalls nicht über den Börsenkrach von 1987 hinaus andauern können. In anderen Worten war ausgerechnet jener Faktor, der jetzt als lähmende Hypothek auf dem System lastete, für die Fortsetzung des erst vor vier oder fünf Jahren so gefeierten Booms verantwortlich gewesen. Ohne ihn hätte die "neue Rechte" ihre intellektuelle Glaubwürdigkeit schon längst eingebüßt, und Millionen Worte über den "Postfordismus", "Postmarxismus" und "Postmodernismus" wären wohl ungeschrieben geblieben. Der Fehler lag nicht bei einzelnen Regierungsmaßnahmen, sondern im System, das die erforderlichen Profite zur Selbsterhaltung nicht hervorbringen konnte.

Zweitens war die Deregulierung selbst Ausdruck einer noch weiterreichenden Veränderung im System, nämlich der Internationalisierung der Produktion und des Finanzsystems neben der des Handels. Lange Zeit, beginnend mit den frühen 30er Jahren bis in die frühen 70er Jahre hinein, hatten Regierungen eine gewisse Kontrolle über das Finanzsystem ausüben können, weil sich die Produktion immer noch vorwiegend im nationalen Rahmen abspielte. Die Situation änderte sich aber allmählich, nachdem Firmen begannen, ihre Forschung, Innovation und Produktion über nationale Grenzen hinweg zu organisieren und den ganzen Globus nach den Mitteln zur Finanzierung von neuen Investitionen durchzukämmen. Mit dem Einbruch der Krise 1974-76 machten viele Regierungen die schmerzliche Erfahrung, daß Interventionen des Nationalstaates nicht mehr wirksam waren. Andere versuchten in jenen Jahren, die Endabrechnung aufzuschieben, indem sie internationale Kredite aufnahmen, um ihre Wirtschaften auf Expansionskurs zu halten - - fielen aber dann in der nachfolgenden Krise der frühen 80er Jahre umso mächtiger auf die Nase. Ende der 80er Jahre waren mittlerweile sogar die Puristen unter den staatlich regulierten Wirtschaften, China, die ehemalige UdSSR und die Wirtschaften Osteuropas, dazu übergegangen, ihre Kontrolle über den Kapitalfluß durch Anreize für das Kapital, in ihre Richtung zu fließen, zu ersetzen. Ein Teil dieses Anreizes bestand gerade im Versprechen, die Handlungen individueller Kapitalisten so wenig wie möglich zu regulieren.¹⁰²

Die Deregulierung und die Globalisierung spiegelten Entwicklungen im kapitalistischen System wider, die der fortwährenden Abhängigkeit einzelner Bestandteile des Systems, also einzelner Kapitalien, von national organisierten Staaten zur Verteidigung ihrer Interessen und zur Überwachung ihrer Beziehungen untereinander widersprachen. Das System verlangte nach wie vor nach Regulierung, wenn es nicht gänzlich aus den Fugen geraten sollte, aber seine Entwicklung hatte jegliche Regulierungsmaßnahme schwieriger und widerspruchsvoller als zuvor gemacht.

Während des Booms nahmen die Wirtschaftsexperten der neuen Rechten für sich in Anspruch, daß die Deregulierung die Zauberkraft hinter den "neuen Wirtschaftswundern" sei - eine Behauptung, die sie im Falle Chinas und, weniger betont, auch Indiens und einer Handvoll lateinamerikanischer Länder immer noch aufrechterhalten. Seit dem Ende des

¹⁰² Diese Argumente werden viel ausführlicher dargelegt in meinen Artikeln "**Poland and the Crisis of State Capitalism**" in: 'International Socialism' Nr. 93 und 94 (erste Serie); "**The storm breaks**" in: 'International Socialism' 2:46; "**The state and capital**" in 'International Socialism' 2:51 sowie in den Schlußkapiteln meiner beiden Bücher "**Class struggles in Eastern Europe**" und "**Explaining the Crisis**", a.a.O.

Booms haben die noch übriggebliebenen Keynesianer die Deregulierung für seine zügellose Entwicklung verantwortlich gemacht. Was beide übersehen: Veränderungen im System selbst haben dazu geführt, daß Nationalstaaten nicht mehr effektiv eingreifen können, sei es, um spekulative Booms aufzuhalten oder um Rezessionen in den Griff zu bekommen. Monetaristische und keynesianische Methoden sind beide gleichermaßen durch das System zum Scheitern verdammt, das sie so sehr am Laufen zu halten versuchen.

Die verzögerte Rezession I: Deutschland

Ende 1990 war die Rezession in den USA und in Großbritannien bereits voll im Gange. Japan und Deutschland aber boomten noch, wobei ihre Wachstumsraten bei über 4,5 Prozent lagen.¹⁰³ Der Kontrast zwischen ihrem fortgesetzten, selbstbewußten Wachstum und dem Pessimismus der angelsächsischen Wirtschaften war für Wirtschaftskorrespondenten Anlaß für endlose Spekulationen über die Vorzüge ihrer angeblichen "sozialmarktwirtschaftlichen" oder "sozialkapitalistischen" Wirtschaftsmodelle verglichen mit dem freimarktwirtschaftlichen, "thatcheristischen" Modell, das man in den USA und in Großbritannien bevorzugte.¹⁰⁴ Aber trotz des verzögerten Beginns der Rezession waren die Faktoren, die anderswo der Krise zuarbeiteten, auch in diesen Wirtschaften am Wirken.

Die westdeutsche Wirtschaft war eindeutig die größte Europas mit einem Anteil von zwei Fünfteln an der Industrieproduktion der Europäischen Gemeinschaft. Das verleitete viele dazu, Deutschland als "Supermacht" zu bezeichnen - vor allem nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 - und davon auszugehen, daß es weitaus besser dastünde als die übrigen europäischen Staaten während der ganzen 80er Jahre. Aber Deutschland für sich alleine genommen spielte nicht in der gleichen Liga wie die US-Wirtschaft, die viermal so groß war, nicht einmal in derselben wie Japan mit einer doppelt so großen Wirtschaft. Und seine Wachstumsraten, über eine 18jährige Zeitspanne gemessen, hinkten sogar leicht hinter denen der USA und der anderen Staaten Kontinentaleuropas hinterher. Und waren wesentlich niedriger als die Japans.¹⁰⁵ Zwischen 1979 und 1986 war sein Anteil an den weltweiten Exporten - Öl ausgenommen - geringer als zu Anfang der 70er Jahre¹⁰⁶ (während der Japans um etwa 50 Prozent gewachsen war), und sein Anteil an der Industrieproduktion der Europäischen Gemeinschaft war 1985 niedriger als 1970.¹⁰⁷ Wie William Keegan bemerkte:

»Die westdeutsche Wirtschaft war in den 80er Jahren nicht merklich schnell gewachsen. Vielmehr gerieten die Westdeutschen in internationalen Foren wie der OECD und den G7 oft unter Beschuß, weil sie sich mit ihrem exportangetriebenen Wachstum scheinbar vollkommen zufrieden gaben und keine außerordentlichen Anstrengungen

¹⁰³ Wachstumsraten zwischen dem 4. Quartal von 1989 und dem 4. Quartal von 1990, 'The Economist', 20. April 1991.

¹⁰⁴ Siehe z.B. W. Keegan, a.a.O.

¹⁰⁵ Wachstum des realen BSP in Industrieländern, Tabelle A2 in IWF: "World Economic Outlook", Oktober 1989, S.74.

¹⁰⁶ Grafik 9, IWF: "World Economic Outlook", Oktober 1989, S.14.

¹⁰⁷ Zahlen zitiert in T. Cutler, C. Haslam, J. Williams und K. Williams, 1992.: "The Struggle for Europe", New York 1989, S.13.

zur Ankurbelung ihrer Binnenwirtschaft unternahmen. Über mehrere Jahre hinweg wuchs die Binnennachfrage in Deutschland fast überhaupt nicht.»¹⁰⁸

Während Deutschlands Markt für Industrieprodukte zwischen 1970 und 1985 real lediglich um 9,1 Prozent angewachsen war, konnten Italien und Frankreich ein Wachstum von 33,7 Prozent verzeichnen.¹⁰⁹ Der Überhang der Exporte über die Importe brachte Deutschland 1986 einen Zahlungsbilanzüberschuß von annähernd 50 Mrd. Dollar. Das hielt den internationalen Wert der Deutschen Mark auf hohem Niveau, was, zusammen mit einer relativ niedrigen Inflationsrate, die Bewunderung vieler Wirtschaftskommentatoren des Establishments in anderen Ländern hervorrief. Die langsame Wachstumsrate weckte allerdings zusehends ein Gefühl des Unbehagens in der ganzen Gesellschaft. Das Niveau der Klassenkämpfe nahm geringfügig zu (zum Beispiel der Kampf der Metallarbeiter um eine kürzere Arbeitswoche Mitte der 80er Jahre), und in journalistischen Kreisen redete man bereits von der "britischen Krankheit" wachsender Anforderungen an eine relativ stagnierende Wirtschaft, die nun auch Deutschland erwischt habe.¹¹⁰

Die deutsche Regierung unternahm sehr wohl Schritte zur Ankurbelung des Wachstums nach 1985, wobei die Neuverschuldung 1988 auf 2 Prozent des Bruttosozialprodukts anwuchs. Dies, zusammen mit dem wieder losgetretenen spekulativen Boom in den USA und anderswo, führte zu einem plötzlichen Anstieg der Produktion in Deutschland, wobei die Wachstumsraten beinahe doppelt so hoch lagen als erst zwei Jahre zuvor. Aber bereits Mitte 1989 drohte diesem Wachstumsanschub die Puste auszugehen: Die Preise zogen an (allerdings von einer quasi Nullinflationsrate auf 3 Prozent, was man überall sonst als niedrig bewertet hätte), die Lohnkosten in der Produktion waren um mehr als 4 Prozent nach oben geschossen, und die Bundesbank bemühte sich mit Hilfe von einer Verdoppelung der Zinsen, "die Wirtschaft abzukühlen". Dann aber kam der Zusammenbruch des ostdeutschen Regimes.

Bundeskanzler Kohl setzte sich für die Wirtschafts- und Währungsunion und dann für die vollständige politische Vereinigung ein, gerade weil er darin einen Ausweg aus den wachsenden Schwierigkeiten im wirtschaftlichen und politischen Leben Westdeutschlands zu erkennen glaubte. Mit diesem Schritt verpaßte er dem Wirtschaftswachstum in Westdeutschland eine neue Schonfrist. Westdeutschen Firmen fiel es überhaupt nicht schwer, den ostdeutschen Industrien Märkte abzufragen und die Mehrheit sogar in den Bankrott zu treiben. Westdeutsche Wachstumsraten lagen 1990 und 1991 sogar über denen von 1988 und 1989. Zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten spielte Deutschland wieder die Rolle einer Lokomotive für Westeuropa. Indem sein Wachstum einen Exportmarkt für seine Nachbarn schuf, zog es andere Wirtschaften hinter sich her, bis sich sein laufender Zahlungsbilanzüberschuß 1991 in ein Defizit verwandelte.

Diese Veränderung verlangte aber einen sehr hohen Preis. Die Güter, welche die Ostdeutschen von westdeutschen Firmen kauften, mußten bezahlt werden und der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft bedeutete, daß die Regierung die Rechnung be-

¹⁰⁸ W. Keegan, a.a.O., S.131.

¹⁰⁹ T. Cutler et al., a.a.O., S.27.

¹¹⁰ Solche Artikel erschienen 1988 in der 'Financial Times' und werden abschätzig von W. Keegan, a.a.O., S.131-132, erwähnt.

gleichen mußte. Nachdem sie zuvor einen ausgeglichenen Haushalt zur Dämpfung des Wirtschaftsaufschwungs von 1988-89 verabschiedet hatte, gab die deutsche Regierung jetzt auf einmal weit mehr aus, als sie in Form von Steuern einnahm: Man erwartete, daß die Neuverschuldung 1992 auf 6,5 Prozent steigen würde.¹¹¹ Die Behörden, die sich 1989 wegen einer dreiprozentigen Inflationsrate Sorgen gemacht hatten, sahen sich im März 1992 mit 4,8 Prozent konfrontiert.¹¹² Ihre Reaktion war verzweifelt: Die Bundesbank hob die Zinsen an, und die Regierung führte den "Solidaritätszuschlag" mit dem Ziel ein, den Lebensstandard im Westen zu senken. Schließlich verwandelte sich der Boom ab Mitte 1992 in eine Rezession. »Die Industrieproduktion fiel um 3 Prozent verglichen mit den Vorjahreszahlen, und die Arbeitslosigkeit stieg um ein Zehntel.«¹¹³

Kommentatoren schieben oft die Schuld für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands auf Kohls überstürzte Wiedervereinigung 1989-90. Hier wird aber nicht berücksichtigt, daß ein wichtiger Grund für Kohls Eile gerade das Vorhandensein der ersten Krisensymptome war. Nach einem mäßigen Wirtschaftswachstum während der 80er Jahre wäre Deutschland in eine Stagnationsphase, wenn nicht gar in eine Rezession eingetreten, wenn Kohl anders gehandelt hätte. Deutschlands Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann gab im Dezember 1992 zu: »Von der Flaute in ganz Europa wurde die Wirtschaft anfänglich durch den Wiedervereinigungsboom abgeschirmt.«¹¹⁴

Jener Boom spielte in Wirklichkeit eine ähnliche Rolle wie die spekulativen Booms der späten 80er Jahre in den USA und in Großbritannien - er verschob bloß den Augenblick der Wahrheit und ermöglichte eine schwache wirtschaftliche Erholung nur um den Preis eines umso jähren Absturzes in die Rezession. Hier, wie in den USA und in Großbritannien, hatte die Schwäche ihre Wurzeln in den Grundlagen des Systems. Die Profitrate hatte sich nach den Krisen Mitte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre nie vollkommen erholt und übertraf schließlich nur geringfügig das Niveau von 1975-79.¹¹⁵ Das reichte aus, um eine langsame Akkumulationsrate während der 80er Jahre aufrechtzuerhalten; in dem Augenblick aber, in dem eine schnellere Akkumulation versucht wurde, verwandelten der inflationäre Druck und wachsende Schulden den Boom in eine Flaute.

Die verzögerte Rezession II: Japan

Die Wirtschaft Japans schien den globalen Zwängen zur Rezession 1989 und 1990 noch besser als Deutschland widerstehen zu können. Sie war seit 1976 auf Wachstumskurs geblieben, hatte 1980-81 eher unter niedrigeren Wachstumsraten als unter einer wirklichen Rezession zu leiden gehabt und war 1980-89 jährlich um durchschnittlich 4,2 Prozent ge-

¹¹¹ Zahlen in 'Financial Times', 10. April und 17. Juni 1992.

¹¹² 'Financial Times', 29. September 1992.

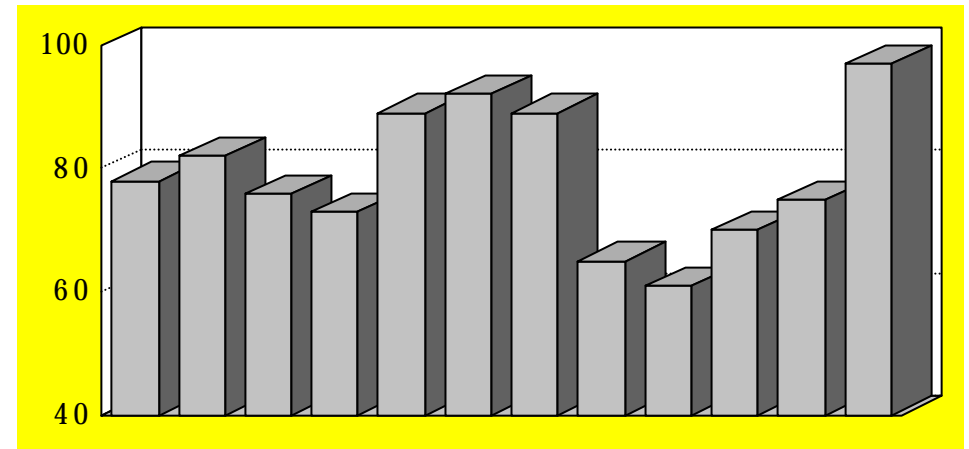
¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ Bericht im 'Guardian', 4. Dezember 1992.

¹¹⁵ Basierend auf den Grafiken in "International comparisons of the rate of return to capital" in: 'Bank of England Quarterly Bulletin', August 1992, S.300. Die OECD "Economic Outlook", Juni 1992, gibt folgende Zahlen für Untermehmensrenditen an: 1975-79: 13,3 Prozent, 1980-87: 12 Prozent, 1988: 13,7 und 1989: 14,2.

wachsen (verglichen mit 2,7 Prozent für die USA und 1,9 Prozent für Deutschland).¹¹⁶ Dann schnallte die Wachstumsrate 1989-90 nochmals in die Höhe und erreichte im Frühling 1990 einen Spitzenwert von 7 Prozent jährlich, gerade als die USA in die Rezession schlitterten. Sogar nach einem Rückgang des Nikkei-Börsenindex um die Hälfte Anfang 1990 blieb die etablierte Meinung dabei, daß die Wirtschaft "schwungvoll"¹¹⁷ sei, und der Chef der Bank von Japan machte sich wegen der Inflation mehr Sorgen als wegen der Rezession.¹¹⁸

Bild 5: Anteil der Abschreibungskosten an den Bruttoprofiten japanischer Firmen



% 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991

Das Wachstum verbarg allerdings tiefe Schwächen. Die Profitrate erholte sich nur langsam im Verlauf der 80er Jahre (von einem Tiefpunkt um die 14 Prozent 1982 auf ungefähr 16 Prozent 1988), so daß sie am Ende des Jahrzehnts immer noch beträchtlich tiefer lag als in den 60er und 70er Jahren.¹¹⁹ Und sogar diese relativ niedrigen Profitraten erforderten eine sehr hohe Ausbeutungsrate der Arbeiterschaft. Der durchschnittliche japanische Beschäftigte leistete 200 Arbeitsstunden mehr im Jahr als sein (oder ihr) britischer Kollege, während der Anteil des BIP, der in den privaten Verbrauch floß, mit 54 Prozent angeblich »der niedrigste unter den OECD-Ländern«¹²⁰ war. Die Wirtschaft expandierte weiter, weil trotz der niedrigen Profitrate weiterhin investiert wurde: »Betriebliche Investitionen sind der wirkliche Motor der Wirtschaft - sie sind für über 50 Prozent des Wirtschaftswachs-

¹¹⁶ Zahlen zitiert in C. Kossis: "A miracle without end? Japanese capitalism and the world economy" in: 'International Socialism' 2:54, S.119.

¹¹⁷ 'Financial Times', 29. September 1990.

¹¹⁸ 'Financial Times', 20. Oktober 1992.

¹¹⁹ Für eine Übersicht ganzer Geschäftssparten in den 80er Jahren siehe: "International comparisons of the rate of return to capital", 'Bank of England Quarterly Bulletin', August 1992, S.300 (a.a.O.). Längerfristige Trends werden in A. Glynn, a.a.O., S. 87 behandelt.

¹²⁰ 'Financial Times', 20. Oktober 1990.

tums seit Ende 1986 verantwortlich.«¹²¹

Die Akkumulationsrate war verglichen mit den Zahlen für die 60er und 70er Jahre niedriger. Sie blieb aber höher als in den übrigen entwickelten Ländern - etwa doppelt so hoch wie in den USA.¹²² Das läßt sich zweifellos zum Teil durch das Element der bewußten Intervention der Regierung in die Wirtschaft erklären, was vor allem von den Kreisen betont wird, die gerne vom "sozialen Kapitalismus" reden. Der Staat hatte eine Schlüsselrolle im Wiederaufbau des japanischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg gespielt, wobei das Ministerium für Handel und Industrie manche Sektoren der Wirtschaft ermutigte und andere entmutigte. In den 80er Jahren hatte sich diese Kontrolle mittlerweile gelockert, aber eine direkte wie auch eine informelle Kooperation zwischen den Spitzen der Ministerien, der Banken und der großen Industriekonglomerate sicherte nach wie vor ein gewisses Maß an nationaler Führung für die Wirtschaft. Vor allem war dies die Gewähr für ein stetiges Ansteigen der Kapitalinvestitionen in jenen Jahren, trotz der relativ niedrigen Profitrate.

Hinzu kam, daß Verschachtelungen beim Aktienbesitz und mannigfaltige Verbindungen zwischen den großen Industriefirmen und den Banken unfreundliche Übernahmeveruche nur selten zuließen. Die Firmen waren mehr an einer langfristigen Sicherung ihrer Marktanteile durch schnelle Akkumulation und Innovation als an kurzfristigen Profiten oder Aktienpreisen interessiert.¹²³ Solange die Masse der Profite anwuchs, gab es Investitionen, auch wenn die Profitrate niedrig war. Was aber die Theorien vom "sozialen Kapitalismus" übersehen, ist, daß es nicht allein, nicht einmal in der Hauptsache die hohen Investitionsraten waren, die die japanische Wirtschaft während der ganzen 80er Jahre auf dem Wachstumspfad hielten. Exporte, vor allem Exporte in die USA, spielten die zentrale Rolle. Japans Handelsüberschuß wuchs von ungefähr Null 1980-81 auf circa 80 Mrd. Dollar 1985-87, während sich das amerikanische Defizit von 40 Mrd. Dollar auf rund 140 Mrd. Dollar verschlechterte.

Der eigentliche Vorgang bestand darin, daß die Ausdehnung der US-Wirtschaft - ihrerseits zum großen Teil ein Produkt steigender Rüstungsausgaben - den japanischen Firmen trotz stagnierender Rentabilität einen Ansporn für hohe Investitionen daheim (und zunehmend auch in den USA) gab, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Profitanteile auf dem amerikanischen Markt zu erhöhen. Das mußte aber zwangsläufig zu enormen Problemen führen, sobald die US-Wirtschaft ins Stocken geriet. Es stellte sich dann die Frage, ob die japanische Industrie und der japanische Staat die Bedingungen für ein auf Inlandsnachfrage gestütztes Wachstum schaffen konnten.

Bereits Mitte der 80er Jahre übten die Amerikaner Druck auf Japan aus. etwas zur Reduzierung seines Handelsüberschusses - und damit des US-Defizits - zu unternehmen, indem es die einheimische Wirtschaft expandiere und mehr importiere. Wie die 'Financial Times' 1986 bemerkte: »Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß erneuter Druck auf die Regierung ausgeübt wird, ihre Wirtschaft auf die einheimische Nachfrage umzuorientieren,

¹²¹ 'Financial Times', 27. März 1991.

¹²² Zahlen für allgemeine Geschäftsinvestitionen sowie für Investitionen in der verarbeitenden Industrie sind in A. Glynn, a.a.O., Tabelle IX, S.86 enthalten.

¹²³ Das sind die Argumente, die Keegan, a.a.O., S.151-153, vertritt.

jüngst mit der Betonung auf Verbesserung des mangelhaften Wohnungswesens und der Infrastruktur.«¹²⁴ Das Ergebnis:

»Beim Versuch, der Stagnation durch eine Stärkung der einheimischen Nachfrage entgegenzuwirken, begann der Staat, seine Finanz- und Geldpolitik zu lockern. Das Steuersystem wurde überarbeitet, um den Privatkonsum anzuschieben. Der offizielle Diskontsatz ging 1987 auf 2,5 Prozent zurück und blieb zwei Jahre lang auf diesem Niveau, was die Kosten des Geldborgens erheblich senkte.«¹²⁵

Damit war der Exportüberschuß immer noch nicht vom Tisch, obwohl er sich 1988 etwas stabilisierte und 1989 sogar um etwa ein Viertel zurückging. Die Folge war allerdings ein Boom an der Börse und bei Immobilien, ähnlich dem in den USA und Großbritannien. Der japanische Spekulationsboom wurde auch durch den Börsenkrach von 1987 kaum betroffen, sondern setzte sich bis Frühjahr 1990 fort. Zu diesem Zeitpunkt stand der Nikkei mehr als drei Mal so hoch wie sechs Jahre zuvor. Der Spekulationsboom nährte sich selbst. Steigende Immobilien- und Aktienwerte ermöglichten einen Anstieg des Buchwerts der Banken, so daß sie ihrerseits wiederum mehr Geld für Spekulationsgeschäfte an der Börse und auf dem Immobilienmarkt verleihen konnten.

Der Spekulationsboom erreichte, wie in den USA und Großbritannien, auch die reale Wirtschaft. Er schuf aber gleichzeitig ein Klima, in dem sich Firmen gute Chancen für eine schnelle Mark ausrechneten, sogar dann, wenn ihre eigenen Bilanzbücher sie hätten vorsichtiger stimmen müssen:

»Viele Firmen hatten Mitte der 80er Jahre bereits erkannt ..., daß die Profite langfristig nach unten tendierten und es einer Neustrukturierung bedurfte. Aber die Jahre der schnellen Mark Ende der 80er spornten eine unkluge Ausdehnung der binnenwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und eine rapide Aufstockung des Personals an.«¹²⁶

Wie auch in Großbritannien konnten Firmen die tatsächliche Schwäche der realen Rentabilität leicht vertuschen. *»Bei seinen Untersuchungen über die Rentabilität in Unternehmen seit Mitte der 60er Jahre fand das Wako-Forschungsinstitut heraus, daß in den späten 80er Jahren frustrierte Firmen zunehmend auf finanzielle Manipulationen zurückgriffen.«¹²⁷*

In dieser Atmosphäre der unrealistischen Hoffnungen und der falschen Zahlen *»boomten die Geschäftsinvestitionen noch stärker und wurden zur treibenden Kraft des wirtschaftlichen Wachstums, nachdem sie im Zuge der sich beschleunigenden Erholung den Regierungsausgaben zur Ankurbelung des Handels den Rang abgelaufen hatten«*. Anfang 1990 *»gingen die meisten Voraussagen von einer 8- bis 9prozentigen Erhöhung der Kapitalausgaben der Firmen aus, nach einem Sprung von 19,4 Prozent im Jahr zuvor«*.¹²⁸ Sogar nach einem starken Einbruch der Börse ein paar Monate später konnte ein

¹²⁴ 'Financial Times', 2. September 1986.

¹²⁵ C. Kossis, a.a.O., S.119.

¹²⁶ "Corporate Japan frets about profits" [Die Geschäftswelt Japans in Sorge um ihre Profite], 'Financial Times', 21. Oktober 1992.

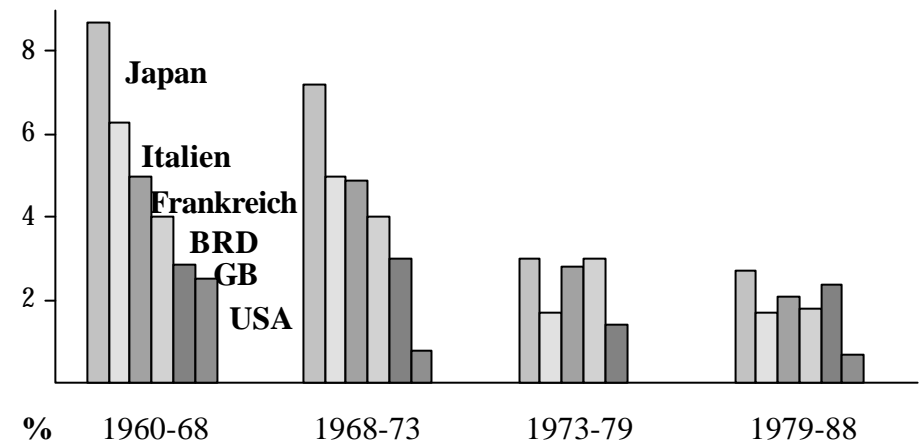
¹²⁷ 'Financial Times', 21. Oktober 1992.

¹²⁸ 'Financial Times', 5. Juni 1990.

Kommentator der 'Financial Times' immer noch schlußfolgern: »Was auch immer geschieht, es ist schwer, irgendetwas vorherzusehen, was die japanische Wirtschaft in der nahen Zukunft ernsthaft von ihrem Kurs abbringen könnte.«¹²⁹

Diese Analyse mußte schnell revidiert werden. Nicht einmal drei Monate später berichtete der gleiche Autor von Versuchen der Regierung, das Investitionsniveau zu reduzieren, um den inflationären Druck abzumildern.¹³⁰ Für eine Weile schien der Boom sich fortsetzen zu wollen. Bankkredite an Immobilienfirmen wuchsen weiter an, und der stellvertretende Präsident der Bank of Japan sprach noch im Februar 1992 davon, daß »kein plötzlicher Rückfall der wirtschaftlichen Aktivitäten droht«¹³¹

Bild 6: Jährliches Wachstum des realen Brottoinlandsprodukts pro Beschäftigten



In Wirklichkeit war die wirtschaftliche Seifenblase bereits geplatzt, genauso wie zuvor in den USA und Großbritannien Ende 1989. Immobilienwerte brachen zusammen, und die Börse rutschte noch tiefer bis auf zwei Fünftel ihres Höhepunkts von 1989 ab, während sich die uneinbringlichen Forderungen der Banken auf über 20.000 Mrd. Yen (240 Mrd. Mark) türmten.¹³² Der Spekulationsboom hatte es der produktiven Industrie ermöglicht, ihre eigenen Rentabilitätsschwierigkeiten zu ignorieren. Nun erschienen letztere nach dem Zusammenbruch des Booms in umso grellerem Licht. In den ersten Monaten von 1992 gerieten manche Sektoren des Großkapitals angesichts der in den Keller stürzenden Profitraten in Panik.¹³³ Sony meldete laufende Verluste in Höhe von 20 Mrd. Yen (240 Mio. Mark), Fujitsu, Toshiba und NEC erwarteten einen Rückgang ihrer Gewinne um 40 bis 80 Prozent,

¹²⁹ Ebenda.

¹³⁰ 'Financial Times', 24. September 1990.

¹³¹ Zitiert in "Slow motion but not a standstill" [Zeitlupentempo, aber kein Stillstand] in 'Financial Times', 21. Februar 1992.

¹³² Siehe z.B. "Shock waves around the globe" [Schockwellen rund um den Globus] in: 'Financial Times', 10. April 1992.

¹³³ 'Financial Times', 21. Februar 1992.

Nippon Steel um 75 Prozent.¹³⁴ Die sehr hohen Investitionsraten der späten 80er Jahre bedeuteten jetzt sehr hohe Abschreibungsraten, was die Profite untergrub, wie aus Bild 5 zu ersehen ist.

Offizielle Stellen blieben bis Juli 1992 bei ihrem Standpunkt, daß die Entwicklung im Grunde gesund sei.¹³⁵ Aber die Industrieproduktion war bereits im Mai um massive 8,7 Prozent zurückgegangen. Das Inventar an unverkauften Gütern wuchs weiter an,¹³⁶ im späten Sommer waren die Verkaufszahlen für Elektrogeräte mittlerweile um 11,6 Prozent¹³⁷ gesunken und die für Autos um 6,2 Prozent.¹³⁸ Ende 1992 war die durchschnittliche Gewinnrate in der verarbeitenden Industrie auf 5 Prozent zurückgefallen - verglichen mit 9 Prozent drei Jahre zuvor -, und die großen Firmen kürzten ihre Investitionsvorhaben um 20 bis 40 Prozent¹³⁹, was die Krise bei ihren Zulieferern weiter verschärfte.

Diesmal war es eine wirkliche Rezession, nicht bloß eine Wachstumsschwäche. Und sie kam trotz der Tatsache zustande, daß der Export nach wie vor die Hauptantriebskraft der japanischen Wirtschaft blieb. Denn die Maßnahmen zur Senkung des Handelsüberschusses hatten nicht gegriffen. Der Überschuß in der Leistungsbilanz war diesmal sogar größer als jemals zuvor.¹⁴⁰ Das "sozialkapitalistische" Modell zeigte sich bei der Krisenvermeidung genauso unfähig wie das "marktkapitalistische" Modell der USA und Großbritanniens. Bestenfalls war es ein Hebel für japanische Kapitalisten, um ihre Anstrengungen zu konzentrieren und ausländische Märkte zu erobern. Solange das System weltweit expandierte, konnten die japanischen Kapitalisten relativ hohe Investitionsraten aufrechterhalten und sie auf Schlüsselindustrien konzentrieren, ohne sich von kurzfristigen Sorgen um Profitraten abhalten zu lassen.

Sobald aber das Weltsystem zu schrumpfen begann, traf die niedrige Profitrate die japanische Wirtschaft mit voller Wucht und zerrte sie in die Rezession. Manche Industrielle wünschten sich sogar auf einmal, sie hätten die westliche Versessenheit auf kurzfristige Profite geteilt: »Firmen, die traditionell ihren Marktanteil zum Maßstab gemacht haben, schauen wieder einmal auf das Fazit.«¹⁴¹ So wie prokapitalistische Kritiker der britischen und amerikanischen Wirtschaftspolitik oft auf Japan als Modell geblickt hatten, wie man der Flaute entgehen könnte, behaupteten prokapitalistische Kritiker der japanischen Wirtschaftspolitik, daß sich der Kollaps deswegen ereignet habe, weil Japan nicht den britischen und amerikanischen Weg gegangen sei.¹⁴² Sie alle haben übersehen, daß die Bedingungen, die die Krise hervorgebracht haben, dem Wesen des Kapitalismus innewohnen, unabhängig von seiner besonderen Organisationsform.

¹³⁴ 'Financial Times', 21. Februar 1992, 22. Mai 1992 und 12. September 1992.

¹³⁵ Siehe z.B. Masaru Yoshitomi vom Ministerium für Wirtschaftsplanung, zitiert in der 'Financial Times', 22. Juli 1992.

¹³⁶ 'Financial Times', 27. Juni 1992.

¹³⁷ 'Financial Times', 23. November 1992.

¹³⁸ 'Financial Times', 14. August 1992, 17. September 1992 und 22. Mai 1992.

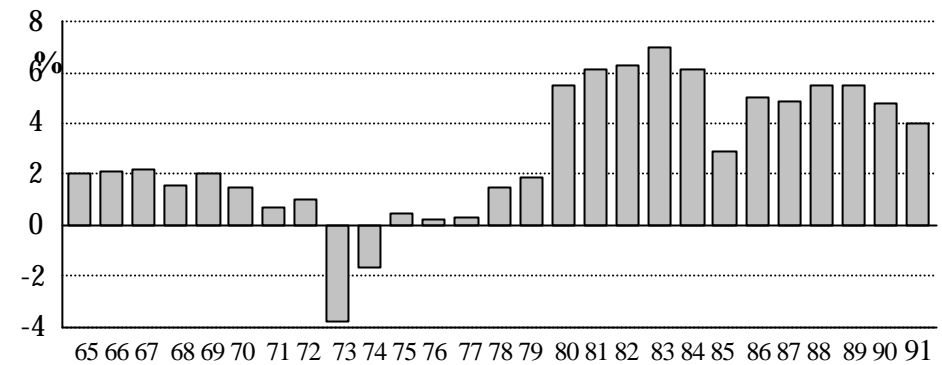
¹³⁹ "Far Eastern Economic Review", 28. Januar 1993.

¹⁴⁰ 'Financial Times', 5. September 1992.

¹⁴¹ "Toyota assembly line halted as recession bites" [Fließband bei Toyota angehalten die Rezession greift], 'Guardian', 10. Dezember 1992.

¹⁴² Siehe z.B. das Buch des Japan-Korrespondenten des 'Economist', C.Wood: "The Bubble Economy, Japan from Boom to Bust", London 1992.

**Bild 7: Realzinssatz langfristiger Anlagen
in den großen Industrieländern**



Die Beschaffenheit der Krise

Es wird mancherorts behauptet, sowohl auf der Linken wie auf der Rechten, daß die Krise der frühen 90er Jahre nicht besonders ernst gewesen sei, daß es sich bloß um eine Krise der "Umstrukturierung" handele, die in eine neue Expansionsphase münden wird. Das ist im wesentlichen die These von solchen Leuten wie dem konservativen britischen Schatzkanzler Lamont und seinem Vorgänger Lawson. Sie argumentieren, daß der Kapitalismus immer Zyklen durchlaufe und daß Rezessionen bloß eine Unterbrechung des Wachstums seien. Eine Variante dieses Arguments wird durch Samuel Brittan von der 'Financial Times' vertreten: *»Nichts, was sich bisher ereignet hat, ist mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre vergleichbar. Trotz aller Elemente des finanziellen Unbehagens ist die Verlangsamung des Wachstums bisher in der gleichen Größenordnung wie in den frühen 80er Jahren...«*¹⁴³

Dieses Argument bedeutet schon einen gewissen Rückzug - verglichen mit den Behauptungen der Apologeten des Systems in den 60er Jahren, wonach Rezessionen ganz der Vergangenheit angehörten - aber es läßt immer noch Raum für ein gewisses Vertrauen in das System. Ähnliche Argumente finden sich auch auf der reformistischen Linken. Die Krisen, so interpretieren sie Marx, seien der Weg, über den sich der Kapitalismus neustrukturiere, bevor er in eine neue Akkumulationsphase eintrete. Immerhin hat bei ihnen die Vorstellung eines krisenfreien Kapitalismus keinen Platz, aber ebensowenig auch die Vorstellung, daß das System in eine Phase der langfristigen Krise oder gar des Zusammenbruchs eintreten könnte. Meghnad Desai, Wirtschaftsprofessor an der London School of Economics und wirtschaftlicher Berater der britischen Labour Party, argumentiert zum Beispiel:

»Sozialisten haben die Dynamik des Kapitalismus fehlinterpretiert und seinen unmittelbar bevorstehenden Untergang wiederholt prognostiziert. Aber ein Jahrhundert nach dem Tod von Marx und Engels reproduziert er sich weiterhin. Die alte fordistische Technologie der Massenproduktion wird über Bord geworfen, neue flexible

¹⁴³ 'Financial Times', 10. Dezember 1992.

Methoden werden eingeführt.«¹⁴⁴

In den 80er Jahren habe es zu einem »Wiedererstarben des Kapitalismus« kommen können, weil er sich »durch die Krise der 70er als globales System umgestaltet« habe.¹⁴⁵ Das habe den Regierungen, die das System mit Hilfe des Nationalstaats im Interesse ihrer Einwohner kontrollieren wollten, Probleme bereitet, denn sie seien »nicht mehr in der Lage, eine autonome Kontrolle über das Kapital auszuüben«.¹⁴⁶ Gleichzeitig bleibe aber jede Vorstellung von einer sozialistischen Revolution ausgeschlossen, denn nach Desai setzt diese eine Theorie des Abwirtschafens des Kapitalismus voraus, und diese finde ganz einfach nicht statt.¹⁴⁷

Die Krisen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre haben jedoch keineswegs automatisch zu einer Wiederbelebung der Kapitalakkumulation geführt. Wie wir gesehen haben, hing die Erholung der Akkumulation von staatlichem Handeln ab, insbesondere von den steigenden Rüstungsausgaben der USA. Das ist aber noch nicht das Ende vom Lied. Die resultierenden Wachstumsraten lagen viel niedriger als diejenigen, die der Krise Mitte der 70er vorausgingen:

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP pro Beschäftigte

	1960-68	1968-73	1973-79	1979-88
USA	2,6	1,0	0,0	0,9
Japan	8,8	7,3	2,9	3,1
BRD	4,2	4,1	2,9	1,9
Frankreich	4,9	4,7	2,7	2,4
Großbritannien	2,7	3,0	1,3	2,6
Italien	6,3	4,9	1,7	1,6

In den 80ern wuchsen alle Wirtschaften nur noch halb so schnell wie in den 60er Jahren - mit Ausnahme der Großbritanniens, deren Wachstumsrate für die 80er, gestützt auf das Nordseeöl, allerdings immer noch nicht die anderer fortgeschrittener Länder in den 60ern erreichte. Wie es John Cornwall ausdrückte: »Nach ungefähr zwei Jahrzehnten unvergleichbaren Wachstums der Produktionszahlen, der Produktivität und des Welthandels und niedriger Arbeitslosen- und Inflationsraten sank die Leistungsfähigkeit fast aller fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaften Anfang der 70er Jahre.«¹⁴⁸

¹⁴⁴ 'Tribune', 12. Juni 1992.

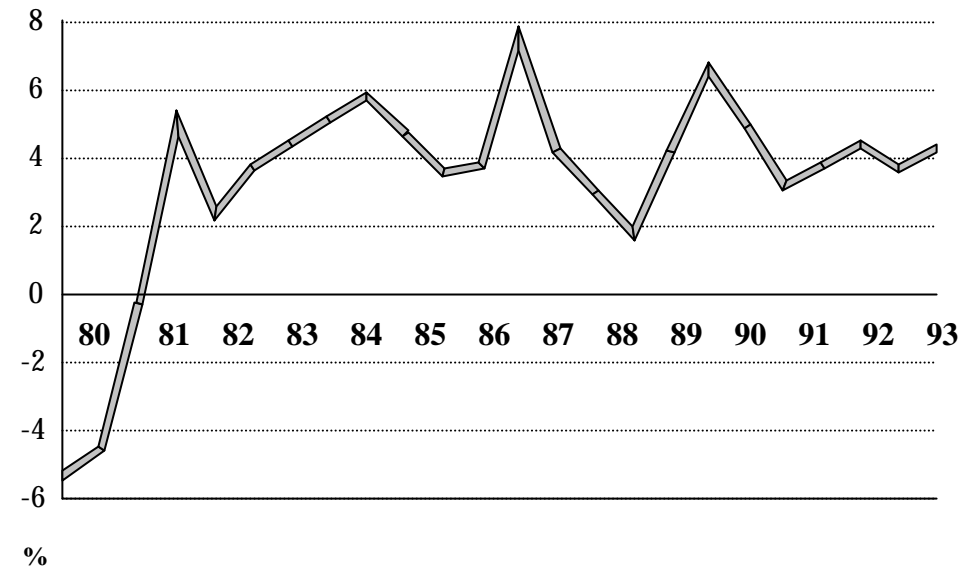
¹⁴⁵ 'Tribune', 17. April 1992.

¹⁴⁶ Ebenda.

¹⁴⁷ Desai vertrat diese Argumente mit großem Nachdruck in einer Debatte mit mir an der London School of Economics im November 1992.

¹⁴⁸ Einleitung zu J. Cornwall (Hrsg.): "The Capitalist Economics", Aldershot 1991, S.1.

Bild 8: Realzinssatz in Großbritannien



Die Zahlen lassen nur eine Schlußfolgerung zu: Die Rezessionen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre haben den Kapitalismus nicht so restrukturiert, daß das System zu seiner früheren Dynamik wiedergefunden hätte. Es ist nicht schwer zu verstehen, warum das nicht geschehen ist.

Eine Neustrukturierung ist nicht in erster Linie eine Frage der Umorganisation der materiellen Produktion - Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie, die Schließung einiger Fabriken und die Eröffnung anderer, die Einführung neuer Produktionstechniken. Es geht vielmehr um die Umorganisation der Kräfteverhältnisse zwischen konkurrierenden Kapitaleinheiten mit dem Ziel, die Profite der einen auf Kosten der anderen zu erhöhen. Dann kann, zumindest in einem Teil des Systems, die Profitrate auf ein Niveau steigen, das Erweiterungsinvestitionen möglich macht.

Nach dem Modell des klassischen Kapitalismus, wie es von Marx dargestellt wurde, ermöglicht die Rezession selbst, indem sie einige Kapitalien vom Markt drängt, den übriggebliebenen, ihre Profite zu steigern, denn diese können jetzt ihre Rohmaterialien und Maschinen zu niedrigen Preisen aufkaufen und ihren Belegschaften Lohnkürzungen aufzwingen. Alles in allem würden die erfolgreichen Kapitalisten die Kosten für Neuinvestitionen senken, ohne daß ihr eigenes akkumuliertes Kapital unter Entwertung zu leiden hätte. Das aber würde voraussetzen, daß die erfolgloseren Kapitalisten Pleite machen und ihre Kapitalien abgeschrieben würden.

Wie wir aber weiter oben gesehen haben, unterscheidet sich der heutige Kapitalismus von Marx' Modell in mehrfacher Hinsicht. Gerade der Prozeß der Zentralisation und Konzentration, den er beschrieb, hat zur wachsenden Beherrschung des Systems durch einige wenige sehr große Einheiten geführt. Wenn einer dieser Giganten an die Wand gedrückt

wird, hilft das nicht unbedingt anderen. Jeglicher Gewinn durch niedrigere Einkaufspreise für Grundstoffe, Maschinen und Arbeitskräfte kann mehr als aufgefressen werden durch den unmittelbaren Verlust an Märkten, den der Bankrotteur gesichert hatte. Aus diesem Grund fürchten sich die Herrscher des Systems heute allgemein vor solchen gigantischen Pleiten. Seit den 30er Jahren haben Regierungen und Banken im allgemeinen erhebliche Anstrengungen unternommen, um große Firmen zu stützen, über denen der Pleitegeier schwebte. So handelten die Regierungen unter Carter und Reagan im Fall Chrysler Anfang der 80er Jahre und unter Bush im Fall der Bausparkassen.

Solche Aktionen verschaffen sowohl den einzelnen mit Verlust arbeitenden Firmen als auch ihren mit Profit arbeitenden Lieferanten Luft. Heute ist Chrysler beispielsweise die profitabelste (wenn auch die kleinste) unter den "großen Drei" der US-Automobilfirmen. Aber die Kosten einer solchen Erholung werden, da vom Staat getragen, an die übrigen Teile des Systems weitergeleitet. Die Rettungsaktion für die Bausparkassen in Höhe von 300 Mrd. Dollar zum Beispiel trägt erheblich zum Haushaltsdefizit der USA bei. Der Regierung bleiben nur drei Optionen, um solche Interventionen zu finanzieren, und alle drei erhöhen die Lasten für den Rest des US-Kapitalismus: Steuererhöhungen, wachsende Staatsverschuldung oder das Drucken von Geldscheinen mit dem einhergehenden Inflationsrisiko. Gleichzeitig bleiben, gerade weil die Firmen nicht pleite gegangen sind, den anderen die Vorteile billigerer Maschinen, Rohstoffe und Arbeitskräfte vorenthalten. Solche Regierungseingriffe reduzieren den Umfang der Rezession, damit aber auch den Umfang der Rentabilitäts-erholung für das System als Ganzes.

Es hat in den frühen 90er Jahren mehr offene Pleiten als in den Rezessionen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre gegeben - zumindest in den USA und in Großbritannien.¹⁴⁹ Während den Bausparkassen geholfen wurde, gingen eine Reihe großer Firmen auf beiden Seiten des Atlantiks zugrunde: Pan Am, BCCI, Polly Peck, Maxwell Communications Corporation und eine Menge kleinerer Konzerne.

Das ist aber noch nicht alles. Sogar ein offener Bankrott hat nicht den positiven Effekt für den Rest des Systems, den er einst hatte. Das Finanz- und das Industriekapital sind miteinander verflochten, die großen Finanzhäuser halten Aktienpakete der wichtigsten Industrieunternehmen und übernehmen weitere Wertpapiere als Gewähr für Kredite. Wenn also eines dieser Unternehmen Pleite macht, werden auch andere in Mitleidenschaft gezogen: die Banken, die die Schlußrechnung für den Zusammenbruch des Maxwell-Imperiums, der Firma Olympia and York und eines Großteils des japanischen Immobilienmarktes begleichen mußten. Wenn einzelne Aktionäre (oder, wie im Falle Maxwells, einzelne Anteilseigner) betroffen sind, ist das für das System als Ganzes vorteilhaft, denn es kann gedeihen, während die Aktionäre und ihr Kapital abgeschrieben werden. Aber wenn die großen Finanzhäuser höchstpersönlich betroffen sind, sieht die Sache anders aus. Die zu tragenden Verluste gehen auf Kosten funktionierender, und nicht auf Kosten pleite gegangener Kapitalien, reduzieren somit die Profitabilität des Systems als Ganzes und verschärfen die Tendenz zur Krise, anstatt sie zu mildern. Das deutlichste Anzeichen dafür sind die

¹⁴⁹ In Großbritannien lag die Zahl der Konkurse im zweiten Rezessionsjahr Anfang der 80er Jahre bei ca. 1,6 Prozent aller aktiven Unternehmen; im zweiten Rezessionsjahr Anfang der 90er Jahre waren es 2,3 Prozent. Die Gesamtzahl der Konkurse war doppelt so hoch, wenn man die Zahlen des "Bank of England Quarterl. Bulletin", August 1992, zugrundelegt.

nach wie vor hohen Zinsen für Langzeitkredite beinahe drei Jahre nach Beginn der Rezession. Wie die Bilder 7 und 8 zeigen, liegen sie im allgemeinen doppelt so hoch wie während der 60er Jahre und während der Rezession der frühen 80er. In Großbritannien steht die Zahl von plus 4 Prozent Ende 1992 im krassen Gegensatz zu den minus 4 Prozent der frühen 80er Jahre. Es überrascht einen nicht, wenn sich die Erholung so schwierig gestaltet.

Das Problem für die Kapitalisten liegt aber nicht allein bei den Kreditkosten. Es ist für sie schwierig, überhaupt an Kredite heranzukommen. Infolge der Pleitewelle von 1990-92 in den USA, Großbritannien und Japan entstehen den Banken steigende Kosten wegen des wachsenden Anteils an nichteinbringlichen Forderungen, an nichtarbeitenden Krediten (solche, die keine Zinsen abwerfen) und an Immobilien, deren Wert weit unter den in den Bilanzbüchern der Banken verzeichneten gesunken war. Als Reaktion darauf zeigten sich die Banken wesentlich vorsichtiger bei der Gewährung weiterer Kredite und nahmen sogar andere, profitable Kunden in die Zange. Britische Banken zum Beispiel erweiterten die Schere zwischen dem Zinssatz für Kredite und dem für Guthaben. Japanische Banken holten Kredite von Kunden wieder ein, deren Zahlungsfähigkeit gesichert war, während sie denen, die der Pleite am nächsten waren, mehr Spielraum einräumten.

Alles in allem wird durch Rezessionen bei weitem nicht im gleichen Ausmaß wie früher der Boden für weitere Expansion bereitet. Das galt bereits für die Rezessionen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre und gilt noch mehr für die Rezession der frühen 90er Jahre. Denn letztere folgte auf einen riesigen Zuwachs bei den Kreditvergaben zur Finanzierung der Immobilienmärkte, des Bauwesens, der Börsenspekulation und des Luxuskonsums Mitte und Ende der 80er Jahre überall auf der Welt - in den USA, Großbritannien, Japan, Korea, Skandinavien und anderswo.¹⁵⁰ Die Kosten dieses Zuwachses erhöhen jetzt ganz erheblich die Schwierigkeiten, die Rentabilität des ganzen Systems wiederherzustellen.

Kreditklemme?

Die gewöhnliche Erklärung, warum sich die Erholung nach der Rezession der frühen 90er Jahre so schwierig gestaltet, lautet: Eine beträchtliche Ausdehnung entweder der Investitionen oder des Konsums sei notwendig, um dem System zu einer neuen Expansionsphase zu verhelfen. Aber die vielen Schulden, die sie noch zurückzahlen müssen, halte die Konsumenten davon ab, mehr Geld auszugeben, und zwingen die Firmen dazu, bei Neuinvestitionen kürzer zu treten. Will Hutton vom Guardian schreibt zum Beispiel:

»Britische Firmen hattet geborgt, um zu investieren, Dividenden auszuschütten und sich gegenseitig zu übernehmen. Als ihre Profite nicht mehr stiegen, entdeckten sie auf einmal, daß die Zinszahlungen 40 Prozent von dem verschlangen, was nach Entrichtung der Steuern noch übrig blieb. Sie reagierten, wie Firmen schon immer reagieren - sie kürzten bei den Investitionen, entließen Arbeiter und gingen auf Sparkurs. In den letzten drei Monaten von 1990 und den ersten drei von 1991 berichteten Firmenma-

¹⁵⁰ Für Norwegen, Schweden und Finnland siehe "Slippery slopes" [Rutschige Hänge], 'Financial Times', 31. Oktober 1991, und "Nordic nightmare" [Nordischer Alptraum], 'Wall Street Journal', 1. November 1991.

nager, daß sie einen solchen Rückgang der Geschäfte noch nie erlebt hätten.«¹⁵¹

Eine Analyse der Handelskredite in den Vereinigten Staaten ergibt einen bemerkenswerten Unterschied zwischen der Rezession der 90er und früheren Rezessionen. Zuvor hatten Firmen in Zeiten der Rezession ihre Kreditaufnahme erhöht: Alle Bankkredite zusammen genommen stiegen 1973 um 12,2 Prozent, 1980 um 3,5 Prozent und 1981 um 5,4 Prozent. 1990 fielen sie um 3,6 Prozent. Der Rückgang bei den "kommerziellen Industriekrediten" war noch größer.¹⁵² Ein Bericht über eine Rede des Vorsitzenden der US-Zentralbank, Alan Greenspan, in Tokio hält fest:

»Er sagte, daß die USA und Japan mit einer Art von Abschwung konfrontiert seien, wie man sie seit 1945 nicht mehr erlebt habe. Herr Greenspan nennt sie das "Schlußbilanz"-Problem, da Firmen und Konsumenten Ausgaben für Güter und Dienstleistungen zugunsten der Schuldentilgung und zur Aufstockung ihrer Rücklagen umlenken.«¹⁵³

Es ist aber nicht nur die fehlende Nachfrage nach Finanzmitteln für Investitionsvorhaben, die zu einer Rückentwicklung der Kreditvergaben geführt hat. Es gibt zugleich Anzeichen für einen Unwillen oder ein Unvermögen seitens der Banken, in ausreichendem Maße Geld zur Verfügung zu stellen. Über Großbritannien sagt Hutton: *»Die Banken, die Finanzen so freizügig angeboten hatten, zogen sie zurück - was den allgemeinen Verlust an Vertrauen noch verstärkte.«¹⁵⁴* In den USA war dieses Verhalten der Banken angeblich für den Rückgang bei den Kreditaufnahmen 1990 mit-, allerdings nicht allein verantwortlich.¹⁵⁵ In Japan *»wurde bis zur Hälfte aller neuen Bankkredite von 1985-90 mit Grundeigentum abgesichert, dessen Wert in den Keller gestürzt ist ... Die Deflation im Immobiliensektor untergräbt das Vertrauen der Wirtschaft. Entnervte Bankiers schränken den Kreditrahmen ein.«¹⁵⁶*

Dabei geht man davon aus, daß der japanische Immobiliencrash nicht nur die inländische Kreditvergabe treffen wird. In den 80er Jahren entwickelte sich Japan zu einem der weltweit wichtigsten Kreditgeber, der seine Handelsbilanzüberschüsse in gewaltige neue Investitionsvorhaben lenkte, vor allem in Ostasien, den USA und zu einem geringeren Teil in Großbritannien. Anfang der 90er Jahre kehrte sich dieser Trend um, als japanische Banken und Industriekonzerne ihre Auslandsinvestitionen zurückschraubten:

»Zum ersten Mal seit 1980 haben japanische Investoren ihre internationale Beteiligungen reduziert. Der Fluß an japanischen Direktinvestitionen ist drastisch verringert worden ... Der Bruttoreückgang des internationalen Bankengeschäfts im letzten Jahr [1991] geht voll auf das Konto der neunprozentigen Schrumpfung in den Bilanzen der japanischen Banken.«¹⁵⁷

Japan ist nicht das einzige Land, das seine internationalen Kreditvergaben im Zuge der

¹⁵¹ "UK economy in the early 1990s", British Economic Survey, 1991, Bd.20, Nr.2, Sprint 1991.

¹⁵² "The Credit Crunch" [Die Kreditklemme], Brookings Papers on Economic Activity, 1991:2, S.208.

¹⁵³ 'Financial Times', 26. Oktober 1992.

¹⁵⁴ W. Hutton in 'British Economic Survey', a.a.O.

¹⁵⁵ "The Credit Crunch", a.a.O., S.220.

¹⁵⁶ "Far Eastern Economic Review", 26. November 1992.

¹⁵⁷ 'Financial Times', 14. September 1992.

Rezession eingeschränkt hat. Es kam auch zu einer enormen Schrumpfung der Nettoauslandsinvestitionen britischer Firmen und Banken, nachdem sie ihre Finanzmittel wieder nach Hause orderten, um ihre eigenen Bilanzen zu sanieren. Solche Senkungen des Kreditplafonds haben allerorten prokapitalistische Kommentatoren dazu verleitet, von einer "Kreditklemme" oder einem "globalen Kapitalmangel" zu reden. Es fehlten ganz einfach die Finanzmittel, so wird behauptet, um die Welt wieder in den Zustand der 80er, geschweige denn der 50er und 60er Jahre zu versetzen. Diese Finanzmittelknappheit soll ihre Ursache in der zu geringen Sparquote haben - vor allem in den USA und in Großbritannien, wo weniger als 20 Prozent des BSP in Ersparnisse fließen, gegenüber 25 Prozent in Frankreich, Deutschland und Italien und annähernd 35 Prozent in Japan.¹⁵⁸

Michael Camdessus, Geschäftsführer des Internationalen Währungsfonds, äußert privat die Befürchtung, daß die 90er ein flaves Jahrzehnt werden könnten. Er wies auf die mögliche ökonomische Krankheit der 90er Jahre hin: einen potentiell verheerenden Mangel an Ersparnissen. Industrieländer werden ihre fixen Geschäftsinvestitionen dramatisch erhöhen müssen, wenn sie die Wachstumsraten der 80er Jahre annähernd erreichen wollen. Gleichzeitig müssen auch die Entwicklungsländer ihre Investitionsraten stark erhöhen. Hinzu kommen die riesigen Bedürfnisse Ost- und Mitteleuropas und Rußlands.

Wird es genügend Ersparnisse geben, um all diese Investitionen zu finanzieren? Nur dann, wenn es eine konzertierte Aktion aller Industrieländer gibt, um Haushaltsdefizite zu vermeiden und private Ersparnisse zu verbessern, sagt Herr Camdessus.¹⁵⁹

Aber das geht an der eigentlichen Frage vorbei. In den meisten fortgeschrittenen Ländern (einschließlich eines Großteils Osteuropas und der ehemaligen UdSSR) herrscht ein Mangel an akkumulierten Ersparnissen, da diese sämtlich in physische Investitionen umgewandelt wurden. In unzähligen Ländern gibt es "Überinvestitionen" verglichen mit der derzeitigen Nachfrage auf dem Markt. Automobilwerke, Stahlwerke, Ölraffinerien - sie alle stehen still, weil keiner ihre Erzeugnisse kauft. Es gibt keinen physischen Mangel an Mitteln, um mehr Reichtum zu erzeugen. Warum können leerstehende Betriebe und beschäftigungslose Arbeiter nicht zusammengebracht werden, um die Produktion von neuen Gebrauchswerten massiv zu erhöhen - als Voraussetzung für eine neue weltweite Wachstumsphase?

Der Haken an der Sache ist, daß sich die Produktion heute unter dem Kapitalismus vollzieht. Was Kapitalisten aller Art - ob aus der Industrie oder der Finanzwelt, ob "private" oder staatliche - interessiert, ist nicht die Aussicht, die Produktion von Gebrauchswerten zu steigern, sondern die von Tauschwerten, die ihnen in Form von Profiten wieder zufließen. Wenn Industrielle mit einer garantiert hohen Profitrate rechnen könnten, würden sie die Produktion auf altem Niveau wieder aufnehmen und sie sogar ausweiten, wohlwissend, daß sie in der Lage wären, kurzfristige Schulden bald zurückzuzahlen. Parallel dazu würden Bankiers - davon ausgehend, daß die Profite in der Industrie hoch genug wären, um eine Rückzahlung neu gewährter Kredite samt Zinsen zu garantieren - solche Kredite bereitwillig gewähren, auch wenn sich dadurch das Verhältnis der Rücklagen zu den Schulden ungünstiger gestalten würde. Wie es ein Bankier gegenüber der Financial Times

¹⁵⁸ Zahlen aus der 'Financial Times', 16. November 1992.

¹⁵⁹ B. Morris in 'Independent on Sunday', 22. März 1992.

ausdrückte: »Nicht das fehlende Geld ist das Problem, sondern das Fehlen von guten Gelegenheiten, es auszugeben.«¹⁶⁰

Das Argument der "Kreditklemme" führt uns direkt zur Frage der Profitrate zurück. Ersparnisse in einer kapitalistischen Wirtschaft sind im wesentlichen die Ersparnisse der Kapitalistenklasse, ihrer Firmen und ihres Anhangs¹⁶¹ - was sogar die Keynesianer stillschweigend mit ihrem Hinweis anerkennen, daß die "Konsumneigung" der Armen größer als die der Reichen sei. Wenn die Profitrate niedrig ist, dann ist auch die Sparquote in der Gesamtwirtschaft von einem Jahr zum nächsten gemessen niedrig. Wenn sich jedoch Kapitalisten für Investitionen entscheiden, ist nicht das gegenwärtige Niveau der Profite oder der Ersparnisse für das Ausmaß dieser Investitionen bestimmend, sondern der Zwang, mit ihren Rivalen Schritt zu halten. Und dafür ist es notwendig, das Ausmaß vorangegangener Investitionen zumindest zu erreichen und im Idealfall sogar zu übertreffen. Es besteht ein Widerspruch zwischen dem hohen Investitionsniveau, das der Wettbewerbsdruck verlangt, und dem niedrigen Niveau des Mehrwerts, der aus diesen Investitionen gewonnen werden kann. Wie es Marx im Kapital ausdrückte:

»Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert, ... während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maße ... zum Ziel hat.«¹⁶²

Mitte und Ende der 80er Jahre drückte sich dieser Widerspruch in einem Überschuß an Investitionen im Verhältnis zu den zu ihrer Aufrechterhaltung notwendigen finanziellen Mitteln aus. Auch wenn die Zunahme an produktiven Investitionen begrenzt war, so flossen doch riesige investierbare Finanzmittel in Projekte zur Steigerung der Profite durch Spekulationsgeschäfte und grandiose Investitionen in Immobilien- und andere unproduktive Geschäfte. Das Ergebnis war, wie wir gesehen haben, eine Überlastung des ganzen Systems. Die Profite, die aus produktiven Investitionen stammten, mußten auf die ganze Masse der produktiven und unproduktiven Investitionen verteilt werden.¹⁶³ Es mußte früher oder später der Punkt erreicht werden, an dem manche Investitionen noch verhältnismäßig profitabel sein konnten, dafür aber andere vollkommen unprofitabel wurden. In dieser Situation mußte dann anderswo im System erzeugter Mehrwert angezapft werden, bloß

¹⁶⁰ B. Kensall, Direktor der Marketing- und Kommunikationsabteilung bei der Barclays Bank, in 'Financial Times', 10. April 1992.

¹⁶¹ So können "Familienersparnisse" genauso kapitalistische Ersparnisse sein wie Ersparnisse von Firmen, da die privaten Einkommen der Superreichen Kapitaleinkommen sind - sogar dann, wenn diese die Gestalt von Gehältern einnehmen - und nicht Arbeitslöhne. Diese Tatsache wird durch herkömmliche Statistiken, die alle Gehälter einfach zu den Löhnen zählen und daraus "die Gesamteinkommen aus abhängiger Beschäftigung" oder "durchschnittliche Einkommen in der verarbeitenden Industrie" usw. machen, verschleiert.

¹⁶² Karl Marx: "Das Kapital", Bd.III, S.259.

¹⁶³ Fred Moseley kommt im Fall der US-Wirtschaft sogar zu dem Ergebnis, daß die Profitrate in der verarbeitenden Industrie Ende der 80er Jahre höher lag als in den 50er und frühen 70er Jahren, daß sie aber wieder aufgezehrt wurde durch die wachsenden Belastungen, die daher rührten, daß auch den nicht-produktiven Sektoren der Wirtschaft eine Durchschnittsprofitrate garantiert werden mußte. Siehe Moseley, a.a.O.

um letztere über Wasser zu halten. In der Folge sackte nicht nur die Profitrate ab, sondern auch die Gesamtmasse der Profite im ganzen System.

Aus kapitalistischer Sicht gab es zur gleichen Zeit eine Überakkumulation an altem Kapital in Form von Produktionsmitteln als auch einen Mangel an neuem Kapital in Form von liquiden Mitteln für eine erneute Akkumulationsrunde. Die "Kreditklemme" war die Folge davon, daß diejenigen, die den Mehrwert kontrollierten, nicht bereit waren, ihn auszuleihen, solange die Bedingungen seine Verwertung nicht garantierten. Und das lag daran, daß die Verwertung durch das Ausmaß vergangener Investitionen abgewürgt wurde. Das ist der Zusammenhang, den prokapitalistische Kommentatoren unbeabsichtigt anerkennen, wenn sie über die Frage der Ersparnisse nachgrübeln. Wie es ein Kommentator ausdrückte:

»Sowohl die USA als auch Großbritannien haben nach der althergebrachten Wirtschaftsweisheit Sparprobleme. Aber besteht ihr gemeinsames Problem in zuviel oder zuwenig Sparen? Die verwirrende Antwort lautet: Beide Feststellungen treffen zu. Beide Länder brauchen einen Rückgang der privaten Sparquote, um den Aufschwung zu nähren. Die mittelfristigen wirtschaftlichen Eckdaten beider Länder sind jedoch von einer zu geringen Gesamtsparquote gekennzeichnet, nicht von einer zu hohen. Länder mit einer hohen Sparquote haben tendenziell einen höheren Anteil des nationalen Ausstoßes investiert.«¹⁶⁴

Ersetzt man das Wort "Sparen" durch das Wort "Mehrwert" (aus dem der Großteil der Ersparnisse stammt), dann wird der Sachverhalt klar. In einer Zeit der wirtschaftlichen Flaute und der abgeschwächten Investitionstätigkeit kann eine mengenmäßige Erhöhung des Mehrwerts, der aus den Arbeitern herausgepreßt wird, nur die Nachfrage noch weiter dämpfen und die Rezession verschärfen. Aber wenn wieder akkumuliert werden soll, dann müssen sowohl die Menge des Mehrwerts als auch die Profitrate steigen.

Die ganze Diskussion über die "Kreditklemme" ist ein Zeichen dafür, daß das System in eine Sackgasse geraten ist. Es kann nur funktionieren, wenn sich die Produktivkräfte weiterentwickeln und eine neue Akkumulationsrunde eingeleitet wird. Aber seine eigene Antriebskraft, der Zwang, wachsende Mengen an Mehrwert herauszupressen, hindert es daran. Wie Henryk Grossmann Ende der 20er Jahre schrieb:

»Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und den Produktivkräften ist ein Gegensatz zwischen Wert und Gebrauchswert, zwischen der Tendenz zur unbegrenzten Produktion von Gebrauchswerten und einer durch die Schranken der Verwertung begrenzten Produktion von Werten... [die Selbstverwertung des Kapitals C.H.] Die Akkumulation von Gebrauchswerten (die zugleich eine Akkumulation von Werten darstellt) führt zu einem Fall der Profitrate, was seinerseits bedeutet, daß die Verwertung des vorgeschossenen Kapitals nicht mehr im selben Ausmaß geschehen kann. Das bedeutet Krise.«¹⁶⁵

Grossmann fährt mit der Feststellung fort, daß die Krise über kurz oder lang durch ihre eigene Auswirkung überwunden wird, einzelne Kapitalisten in den Bankrott zu treiben und ihr Kapital zu entwerten. Wie wir aber bereits gesehen haben, ist diese Art der Reorganisa-

¹⁶⁴ E. Balls in 'Financial Times', 16. November 1992.

¹⁶⁵ H. Grossmann, a.a.O., S.272-274.

tion bzw. Umstrukturierung des Systems mit Hilfe der Krise bei fortschreitendem Alter des Kapitalismus zunehmend schwierig geworden. Die Reorganisation findet statt, aber ein Großteil der Kosten für die Entwertung einzelner Kapitalien wird vom Staat und vom Finanzsystem getragen, was das gesamte System belastet und die weitere Akkumulation erschwert.

Wohin treibt der Kapitalismus?

Es wäre falsch, jegliche Erholung von der Krise auszuschließen. Es gab eine gewisse Erholung von den Krisen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre. Es kam sogar zwischen 1934-36 zu einer zeitweiligen Erholung der amerikanischen Wirtschaft von der großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre mit einem spürbaren, wenn auch sehr kurzlebigen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Schlüsselindustrien, bevor eine erneute Rezession in der Periode 1937-40 einsetzte. Jede Erholung heute wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach nur eine schmale und seichte Basis in den produktiven Schlüsselindustrien finden und einen Großteil ihrer Schubkraft von kurzlebigen spekulativen Aufschwüngen in unproduktiven Sektoren beziehen.

Die US-Wirtschaft hat die Probleme deutlich gemacht, die mit einer "Erholung" verbunden sind. Ende 1992 schoß die Wachstumsrate plötzlich von einer Jahresrate von 1 Prozent (nicht genug, um den Schrumpfungsprozeß des vorangegangenen Jahres auszugleichen) auf 3 Prozent. In den Medien wurde das "Ende der Rezession" gefeiert. Es war aber schwer zu sehen, wie die gestiegenen Ausgaben für Konsumgüter, die das Rückgrat des Aufschwungs gebildet hatten, weiter aufrechterhalten werden sollten, denn es hatte keine nennenswerte Zunahme der Beschäftigtenzahlen oder der Verbrauchereinkommen gegeben. Wie Wirtschaftsjournalisten bemerkten: »*Zum ersten Mal seit 1945 erleben die USA eine Erholung ohne neue Arbeitsplätze*«,¹⁶⁶ während das real verfügbare Einkommen kaum höher lag als 18 Monate zuvor.¹⁶⁷

Einige der Kommentatoren, die sich so sehr für das Wachstum begeisterten, waren dieselben, die sich auch für den schnellen Produktivitätszuwachs vor allem infolge der Computerisierung im Dienstleistungsbereich begeistert hatten, durch den die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gebremst und die Lohnkosten gesenkt wurden. Ed McKelvey, führender Volkswirt bei Goldman Sachs, faßte das Dilemma für die Anhänger des Systems zusammen: »*Die Produktivität der bestehenden Belegschaften ist besser als erwartet, eine frohe Botschaft für die Rentabilität des Unternehmens. Aber ohne zusätzliche Arbeiter steht die allgemein erwartete Erholung der Konsumnachfrage auf wackligem Boden.*«¹⁶⁸

Um weiterzukommen, müßten kapitalistische Nationalstaaten unnachgiebig Maßnahmen ergreifen, die nicht nur weitaus brutalere Angriffe auf den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse bedeuteten, als sie im Verlauf der letzten 18 Jahre gewagt worden sind, sondern die darüber hinaus den Kapitalanteil großer Teile der herrschenden Klasse selbst entwerten oder gar zerstören würden. Denn nur dadurch würde

¹⁶⁶ M. Prowse, 'Financial Times', 5. Februar 1993.

¹⁶⁷ M. Feldstein, 'Financial Times', 5. Januar 1993.

¹⁶⁸ Zitiert im 'Observer', 14. Februar 1993.

sich für manche Kapitalien die Aussicht eröffnen, der Krise auf Kosten anderer zu entkommen. Theoretisch bieten sich Staaten zwei Möglichkeiten, um eine solche Entwicklung herbeizuführen.

Die eine wäre eine Politik, die das Ziel verfolgt, die Rezession in eine tiefe Krise wie in den 30er Jahren zu treiben (als in wichtigen Industrieländern jeder Dritte arbeitslos war, so z.B. in Deutschland und in den USA 1932). Der Staat würde auf den Zusammenbruch einer beträchtlichen Zahl sehr großer Firmen bauen, um so den Weg für andere zu ebnen, ihre Rentabilität wiederherzustellen, und gleichzeitig würde er für Rahmenbedingungen sorgen, die eine massive Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen ermöglichen.

Die andere Möglichkeit bestünde darin, der Inflation bewußt freien Lauf zu lassen. Damit würde die Schuldenlast für viele Firmen enorm reduziert, die Ersparnisse der Mittelschichten ausradiert und der Lebensstandard von Empfängern staatlicher Leistungen und von schlechter organisierten Teilen der Arbeiterschaft gesenkt. Als Ergebnis davon würden einige Sektionen des Kapitals genügend unverhoffte Gewinne machen, um sich auf einen neuen Investitionszyklus einzulassen.

Diese beiden Möglichkeiten schließen sich nicht gegenseitig aus. Nach dem Ersten Weltkrieg zum Beispiel verfolgte der deutsche Kapitalismus vier Jahre lang eine Politik der Inflation und benutzte dann eine scharfe Rezession, um das gewonnene Terrain für das Großkapital zu sichern. Auch die Akkumulation in Argentinien in den 50er und 60er Jahren durchlebte alternierende Phasen der Hyperinflation und der Krise, die beide ihren Teil dazu beitrugen, den Lebensstandard der Arbeiter um etwa 50 Prozent zu senken und eine sehr hohe Akkumulationsrate zu ermöglichen.¹⁶⁹

Beide Optionen sind jedoch für die kapitalistischen Staaten in den 90er Jahren mit enormen Schwierigkeiten verbunden. Die Krisenvariante bietet keinen automatischen oder schnellen Ausweg aus der Krise, aus Gründen, die weiter oben beschrieben wurden - wegen der enormen Größe und der gegenseitigen Abhängigkeit der einzelnen Kapitalien. Sogar in den 30er Jahren bedurfte es einer Entwicklung von 11 Jahren und des größten Krieges, den die Welt bislang erlebt hatte, damit der amerikanische Kapitalismus die Krise vollständig überwinden konnte. Heute ist der Grad der Zentralisation und Konzentration des Kapitals so groß, daß jede Regierung, die sich für die reine Krisenvariante entscheidet, eine noch nie dagewesene Zerstörung der Wirtschaft riskiert. Sie würde gefährliches, unbekanntes Terrain betreten, ohne die Garantie eines Auswegs.

Die Inflationsvariante birgt genauso viele Gefahren in sich. Sie könnte nur über einen sehr kurzen Zeitraum hinweg funktionieren, wenn die nationale Wirtschaft vom Rest der Welt bis zu einem gewissen Grad abgeschottet werden könnte. Andernfalls würde sie wahrscheinlich zu einem Rückgang der Exporte und einem Anstieg der Importe in dem Maße führen, wie die einheimischen Kosten schneller als die der ausländischen Konkurrenten stiegen. Außerdem würden riesige Geldmengen das Land auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten in Ländern mit höheren Realzinsen verlassen. Die Internationalisierung der Produktion macht eine solche Abschottung heute schwieriger als noch vor drei oder vier Jahrzehnten. Regierungen auf der ganzen Welt versuchen, die Märkte von lokal ansässi-

¹⁶⁹ Siehe M.A.Garcia: "Argentina: El veintenio desarrollista" in Debate, Nr.2, Rom April/Mai 1978.

gen Firmen auf die eine oder andere Weise zu schützen.¹⁷⁰ Die US-Regierung hat wiederholt Strafmaßnahmen wegen des angeblichen Dumpings von Microchips durch die Japaner und von Stahl durch die Europäer angedroht. Die Europäische Gemeinschaft hat den Import von japanischen Autos begrenzt. Japan stützt sich auf eine Reihe informeller Geschäftspraktiken, um europäische und amerikanische Industrieimporte fernzuhalten. Aber die gegenseitige Abhängigkeit ihrer nationalen Wirtschaften läßt die Regierungen davor zurückschrecken, den protektionistischen Weg voll einzuschlagen. Der Welthandel hat während der drei Rezessionen der vergangenen 20 Jahre weiter expandiert, im Gegensatz zu den 30er Jahren, als er stark schrumpfte.

Gleichzeitig hat die wachsende Internationalisierung des Bankensystems die Fähigkeit der Regierungen geschwächt, Zinssätze zu manipulieren. Die Zentralbanken können zwar nach wie vor die kurzfristigen Leitzinsen beeinflussen. Sie haben aber weitaus weniger Einfluß auf die langfristigen realen Zinssätze, die dazu tendieren, sich international anzugleichen. So lagen die Zinsen für Kredite mit kurzer Laufzeit in den USA im Sommer 1992 sechs Punkte tiefer als in Deutschland, aber der Unterschied bei den Zinserträgen für zehnjährige Obligationen betrug lediglich 0,5 Prozent.¹⁷¹ Um diesen Trend umzukehren, bedürfte es einer vollständigen Rückkehr zu den national selbstgenügsamen Bankensystemen - ein Schritt, der die multinationalen Konzerne und die verschuldeten Regierungen wie die der USA und Großbritanniens von den internationalen Geldquellen abschneiden würde, die sie zur Eigenfinanzierung brauchen.

Vor einem Jahrzehnt haben einige Regierungen tatsächlich versucht, die einheimische Wirtschaft auf Expansionskurs zu steuern, während die Weltwirtschaft gedämpft blieb. Sie gerieten sehr bald in ernste Schwierigkeiten. Die neugewählte Mitterand-Regierung in Frankreich wurde gezwungen, erneut einen Deflationskurs anzusteuern, der die französischen Wachstumsraten für den Rest des Jahrzehnts niedrig hielt.

Dem "militärischen Keynesianismus" der US-Wirtschaft unter Reagan schienen hingegen einige Anfangserfolge beschert zu sein - die USA hatten nach wie vor die weltgrößte Einzelwirtschaft, sie waren weniger als andere vom Außenhandel abhängig und waren deshalb in einer günstigeren Lage, um ein Wachstum im nationalen Rahmen anzusteuern. Dennoch untergrub das Wachstum die Wettbewerbsfähigkeit der in den USA beheimateten Firmen und ließ das Handelsdefizit außer Kontrolle geraten. Die Reagan-Regierung wurde genötigt, das Wachstum der Militärausgaben zu beschränken, noch bevor sich die UdSSR aus Afghanistan zurückgezogen, ihren Anspruch auf Osteuropa aufgegeben hatte und schließlich selbst auseinandergefallen war. Die Gesamtausgaben fürs Militär stiegen zwar weiter an, aber nicht mehr so schnell wie das Nationalprodukt. 1990 war ihr Anteil am Bruttosozialprodukt mittlerweile von 7 auf 5,4 Prozent zurück gegangen und lag somit nur unwesentlich über dem Niveau von 1980. Zur Zeit des Falls der Berliner Mauer war viel von einer "Friedensdividende" die Rede. In Wirklichkeit führte dieser Rückgang zu Produktionseinschränkungen, unter denen insbesondere die Wirtschaft Kaliforniens stark zu

¹⁷⁰ Auch wenn diese selbst in fremdem Besitz sind, wie im Falle von Ford und Vauxhall (General Motors) in Großbritannien.

¹⁷¹ 'Financial Times', 18. Mai 1992. Die unterschiedliche Entwicklung der kurzfristigen (realen und nominalen) Zinsen verglichen mit den langfristigen Zinsen über die Ländergrenzen hinweg von 1980 bis 1992 wird dokumentiert in "OECD Economic Outlook", 1992, Tabellen 5 und 6.

leiden hatte und durch die der Weg für eine allgemeine Rezession Anfang der 90er Jahre geöffnet wurde. Die USA konnten nicht mehr die Rolle einer Lokomotive für die Weltwirtschaft spielen, die sie in den 50er Jahren übernommen hatten, ohne sich selbst zu überanstrengen. Und was die USA durch expansionistische Maßnahmen nicht erreichen konnten, das können andere umso weniger.

Die Schwierigkeiten, die Nationalwirtschaften im Lot zu halten, würden möglicherweise nicht entstehen, wenn die Regierungen mehrerer wichtiger Länder, ob zufällig oder absichtlich, jedenfalls aber gleichzeitig Ankurbelungsmaßnahmen ergreifen würden. Das würde allerdings sehr schnell andere Schwierigkeiten mit sich bringen. Haushaltsdefizite waren im Jahr 1992 überall hoch, noch bevor irgendeine ernsthafte Erholung von der Rezession stattgefunden hatte. Der Durchschnitt für die wichtigsten OECD-Länder war von 22,7 Prozent im Jahr 1979 auf mittlerweile 43,6 Prozent gestiegen¹⁷² und man ging davon aus, daß bis Ende 1993 kein Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft das in Maastricht gesteckte Ziel von 3 Prozent des Bruttosozialprodukts würde einhalten können.¹⁷³ Wachsende Defizite und weitere Verschuldung, um die Wirtschaft anzuschieben, könnten leicht eine nicht mehr kontrollierbare Inflation hervorrufen, auch wenn dadurch die Schuldenlast für einzelne Firmen gelindert werden mochte. Jegliche Erholung der Produktion könnte nur um den Preis einer erhöhten politischen Instabilität erzielt werden, sobald Arbeiter darum zu kämpfen begännen, mit den Preiserhöhungen Schritt zu halten, und Teile der Mittelschichten gegen die Perspektive der Verarmung aufbegehrten.

Genau diese Umstände waren es, die die Regierungen aller wichtigen Länder Mitte der 70er Jahre in Panik versetzten und sie dazu veranlaßten, "keynesianische" Ankurbelungsmaßnahmen für das wirtschaftliche Wachstum aufzugeben und stattdessen den Weg der Deflation einzuschlagen. Es gibt wenig Grund für die Annahme, daß die Reaktionen diesmal viel anders ausfallen würden. Manche Regierungen mögen sich vielleicht schließlich für die inflationäre Variante entscheiden, aus Angst, durch eine ungezügeltere Wirtschaftskrise zerstört zu werden. Sie werden aber bald entdecken, daß auch diese Variante wirtschaftlichen und sozialen Aufruhr hervorruft und daß unter solchen Umständen ein kurzfristiger Boom ihnen genauso schaden kann wie eine gnadenlose Rezession.

Sowohl die Rezessions- als auch die Inflationsvariante bergen politischen Sprengstoff in sich, denn sie bedeuten die Bereicherung eines Teils der herrschenden Klasse auf Kosten anderer Teile, nicht nur auf Kosten der Arbeiter und Mittelschichten. Das Resultat kann nur das Herausbrechen verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie bis hin zum politischen Bürgerkrieg innerhalb der herrschenden Klasse sein, in dem jede der rivalisierenden Fraktionen versucht, den Staatsapparat für ihren Ausweg aus der Krise zu gewinnen. Unter solchen Bedingungen kann der politische Bürgerkrieg sogar in einen offenen Bürgerkrieg übergehen, wie auf dem Balkan und in den südlichen Gebieten der ehemaligen UdSSR.

Politische Konflikte daheim werden unweigerlich von politischen Konflikten auf internationaler Ebene begleitet. Die Multinationalisierung des Systems bedeutet, daß deflationäre wie auch inflationäre Maßnahmen, für die sich ein Land entscheiden mag, unmittelbare

¹⁷² Ebenda, Tabelle 7.

¹⁷³ 'Financial Times', 27. Januar 1993.

Auswirkungen auf andere Länder haben und bittere Streitigkeiten entfachen werden, in denen innenpolitische Auseinandersetzungen und internationale Wirtschaftsdiplomatie aufeinander wirken. Wohin der Weg führen kann, zeigten 1992 die politischen Auseinandersetzungen um das europäische Währungssystem, um den Maastrichter Vertrag, um die nordamerikanische Freihandelszone, um die GATT-Verhandlungen. All diese Streitpunkte vermengten sich noch mit anderen Konflikten über das Ob und Wie einer Intervention der Großmächte auf dem Balkan, am Horn von Afrika und im Nahen Osten.

Das alles heißt nicht, daß plötzliche Perioden der wirtschaftlichen Expansion in dem einen oder anderen Teil des Weltsystems ausgeschlossen sind. Der Kapitalismus ist naturgemäß kein statisches System. Es wird immer einige Sektoren geben, die auf Kosten anderer expandieren, auch wenn die allgemeine Tendenz rückläufig ist. Schließlich verschafft eine katastrophale Krise Pfandleihern, Zwangsvollstreckern, Konkursverwaltern und Lieferanten von verdorbenen Lebensmitteln eine Menge Gelegenheiten für ein gutes Geschäft. Die verzweifelte Suche nach Profiten kann zu plötzlichen Ausbrüchen spekulativen Fiebers führen und dabei kurzfristige Einkünfte für eine mehr oder minder große Schicht der Gesellschaft erzeugen (wie 1987-89), auch wenn die reale Rentabilität niedrig ist. Und die blinde Jagd nach neuen Profitquellen kann sogar eine Kette von Investitionen im produktiven Sektor lostreten (wie in Japan in den späten 80er Jahren), auch wenn diese die erhofften Gewinne niemals hervorbringen können und bald in Scherben gehen.

Bürgerliche Wirtschaftskommentatoren sind zwangsläufig kurzsichtig. Es ist daher nicht überraschend, wenn einige von ihnen, die beim Anblick der oberflächlichen Anzeichen für eine Erholung Mitte der 80er Jahre in Ekstase gerieten, heute wie Selbstmordkandidaten in ihrem Glauben verharren, daß jede Erholung vollkommen ausgeschlossen sei - so zum Beispiel der ehemalige Herausgeber der Times, William Rees Mogg, mit seinem Gerede von der endlosen Wirtschaftskrise und dem Ende der Zivilisation innerhalb der kommenden 30 Jahre. Wir müssen eine solche eindimensionale Perspektive ablehnen, genauso wie es Anfang der 80er Jahre notwendig war, die Ansicht zurückzuweisen, daß die "Deindustrialisierung" in Großbritannien und den USA überhaupt jede wirtschaftliche Expansion oder die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen unmöglich machen würde. Grundsätzliche Züge des Systems machen es für den Kapitalismus sehr schwierig, irgendeine grundlegende Verbesserung der langfristigen Profitraten zu erzielen, und schließen jede Rückkehr zu den Bedingungen des langen Nachkriegsbooms aus. Das kann aber weder einige Sektoren der Weltwirtschaft am Wachsen hindern, während andere schrumpfen, noch kann es Kapitalisten und Regierungen davon abhalten, sich von auftretenden kurzfristigen Erholungen (ob realen oder künstlichen) der Profitraten den Kopf verdrehen zu lassen und so zu handeln, als ob ein langfristiger Aufschwung möglich wäre, und sich wieder auf großangelegte spekulative Unternehmungen und weniger großangelegte produktive Investitionen einzulassen, die die Bedingungen für einen vorläufigen Aufschwung schaffen, bevor der harte Boden der Realität erneut berührt wird.

In der unmittelbar bevorstehenden Periode wird der Schuldenberg eine Erholung aller Wahrscheinlichkeit nach verzögern und dafür sorgen, daß diese schwach und kurzlebig ausfällt. Wir würden aber die Blindheit der Kapitalisten für die ihrem System innewohnenden Widersprüche unterschätzen, wenn wir annähmen, daß sie sich niemals wieder Illusionen wegen eines "neuen Wirtschaftswunders" machen und dementsprechend investieren

könnten.

Die bevorstehende Periode wird nicht einfach die eines stetigen und gradlinigen wirtschaftlichen Rückgangs sein. Sie wird vielmehr einer Achterbahn ähneln, mit plötzlichen Aufschwüngen gefolgt von langwierigen Abschwüngen, entsprechend begleitet von absurdem kurzfristigem Optimismus der Ideologen der herrschenden Klasse ebenso wie von verzweifelter andauerndem Pessimismus. Und immer wieder wird die langanhaltende wirtschaftliche Malaise konzentrierten Ausdruck in politischen Krisen finden.

Vor elf Jahren schloß ich mein Buch "Explaining the Crisis" mit einer Polemik gegen diejenigen, die glaubten, daß eine simple Umstrukturierung eine neue Periode des kapitalistischen Friedens und der Prosperität einleiten würde:

»Die gegenwärtige krisenhafte Phase wird aller Wahrscheinlichkeit nach anhalten, bis sie entweder durch ein Abgleiten der Welt in die Barbarei oder aber durch eine Krise von Arbeiterrevolutionen gelöst wird ... Das heißt nicht, daß die Weltwirtschaft einfach zum Niedergang verurteilt wäre. Eine allgemeine Tendenz zur Stagnation kann immer noch von kleineren Aufschwüngen mit einer kleinen aber kurzfristigen Zunahme der Beschäftigtenzahlen begleitet werden. Jeder derartige Aufschwung verschärft allerdings bloß die Probleme des Systems als Ganzes zu weiterer Stagnation und sogar extremer Verwüstung bestimmter Teile des Systems.«¹⁷⁴

Wir haben seitdem erlebt, was »Verwüstung bestimmter Teile des Systems« für einen Großteil Afrikas südlich der Sahara, für Teile Lateinamerikas und der ehemaligen Sowjetunion bedeutet. Die beiden Golfkriege, der Krieg in Afghanistan und die Bürgerkriege auf dem Balkan und in Afrika bieten uns auch einen schrecklichen Vorgeschmack von der Reise in die Barbarei. Zum Glück haben wir auch das Potential massenhafter Revolten gegen das System erlebt, da die wirtschaftliche Krise sogar die ausgeklügeltesten Apparate der politischen Kontrolle und ideologischen Dominanz erschüttert, indem sie herrschende Klassen durch die Mitte spaltet. Wir haben den Zusammenbruch von stalinistischen Monolithen in Osteuropa und der UdSSR, von Militärregimes in Brasilien und Argentinien, verschiedener Einparteien-Staaten in Afrika und, in kleinerem Ausmaß, das Ende des Thatcherschen Molochs in Großbritannien und der Präsidentschaft Bushs in den USA erlebt.

Alles deutet darauf hin, daß diejenigen, die die Hebel des Kapitalismus in der Hand halten, in den 90ern noch weniger Grund zum Optimismus haben als sogar zu Anfang der 80er Jahre. Ihr Spielraum für eine wirtschaftliche Erholung durch Umstrukturierung ist enger geworden, nachdem der Schuldenberg, den die wilde spekulative Party der ausgehenden 80er Jahre übrig gelassen hat, sogar den Begeistertesten den unternehmerischen Mut nimmt. Eine Rückkehr zu den glorreichen 60er Jahren bleibt ihnen verwehrt, und sogar ihre Versuche, die unrühmlichen 80er Jahre wieder herbeizuzaubern, werden ihren Wirrwarr nur verschärfen. Die kommenden zehn Jahre werden härter und unangenehmer werden, sowohl für sie als auch für uns, und deshalb wird die Zukunft von großen und explosiven Kämpfen durchsetzt sein.

¹⁷⁴ C. Harman: "State capitalism, the arms economy and the crisis today" in: "Explaining the Crisis", London 1984, zuvor erschienen in: 'International Socialism' 2:16.



Theoretisches Organ der
Internationalen Sozialisten

Politische Berichte ■ marxistische Analysen ■ Radikale Kommentare
DM 5,-